

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:

Abonnements-Preis pränumerando:
 Vierteljährlich 3,30 M., monatlich 1,10 M.,
 wöchentlich 28 Pfg. frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntags-
 nummer mit illustrierter Sonntags-
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pfg. Post-
 nummer: 110. Post pro Monat.
 Eingetragene in die Post-Zeitungs-
 Verzeichnisse. Unter Kreuzband für
 Deutschland und Oesterreich 4 Mark,
 für das übrige Ausland
 5 Mark pro Monat.

Ersteinstellung außer Montags.

Die Insertions-Gebühr

beträgt für die sechsgehebelte Kolonelle
 oder deren Raum 40 Pfg. für
 politische und gesellschaftliche Anzeigen
 und Besondere Anzeigen 25 Pfg.
 „Kleine Anzeigen“, das erste (fest-
 gedruckte) Wort 10 Pfg., jedes weitere
 Wort 5 Pfg. Worte über 15 Buchstaben
 zählen für zwei Worte. Injunctive für
 die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr
 nachmittags in der Expedition abgegeben
 werden. Die Expedition ist an Sonntags-
 tagen bis 7 Uhr abends, an Sonn-
 und Festtagen bis 8 Uhr vormittags geöffnet.

Telegraphisch: „Korrespondenz“
 „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: S.W. 68, Lindenstrasse 69.
 Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1982

Donnerstag, den 11. Januar 1906.

Expedition: S.W. 68, Lindenstrasse 69.
 Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Quittung.

Im Monat Dezember gingen bei dem Unterzeichneten folgende
 Parteibeiträge ein:

Augsburg, sozialdemokr. Verein 4. Quartal 05 10.—, Alt-Cofel,
 von Parteigenossen 5.—, Berlin, Beiträge der Wahlkreise: 2. Kreis
 1970,30, 3. Kreis 500.—, 4. Kreis (Ost) 1500.— (darunter Ueberich,
 v. Bergmüller des 184., 185. u. 188. Stadtbezirks 25.—, desgl. v.
 180. u. 181. Stadtbezirk 40,90.) 6. Kreis 2000.— (darunter Kamin,
 Nehmarnstr., 1,80, Hamburger Sängler 10.—, Lotterieverein „Glück
 auf“ 10.—, Geburtstagsfeier Replerstr. 41 1.—, A. D. Wäster 1.—)
 Berlin, diverse Beiträge: E. L. 1.—, R. S. 50.—, S. 2. 3.—,
 Dr. L. A. 100.—, Jungesellen 10.—, In der Veleidigungslage
 Turt wider Welcher der Parteikasse zur Sühne überwiesen 10.—,
 Krankenunterstützung zu Weihnachten dankend angenommen, Varietel
 10.—, Julie, Ritterstr. 85, 4. Quartal 05 22,10, Nachetes 5.—,
 Hamster, Andreasstraße 13.—, Gutenberg 84,90, Kontobuch-
 arbeiter vom Wedding 5.—, A. Lu., Dieffenbachstraße 3.—, Ch.,
 4. u. 1. 50.—, Munition zum Kampfe für Recht und Wahrheit 5.—,
 P. S. 50.—, A. S. 50.—, G. Kohn, Barou 4,60, C. D.,
 Gubrau 1.—, Sechs Gutmacher, Königsstr. 25 13.—, Dem Andenken
 von Dr. C. F. 100.—, Sparverein „Kamenlos“, Gasmessersfabrik
 Mariendorf 20.—, Sangesbruder Hottenroth 2.—, Wilhelm
 Wieshoit 100.—, Ruhbach i. S. C. A. 4.—, Bramschweig, Theater-
 verein „Freie Bühne“ 100.—, Vern 50.—, Zugzuge, v. d. Alten
 durch Weber 2.—, Bremen, von den Parteigenossen 500.—,
 Breslau, sozialdemokr. Verein 150.—, Cassel, Wahlkreis Cassel-
 Mellungen 50.—, Dresden, die sozialdemokr. Vereine des 4., 5. und
 6. säch. Reichstagswahlkr. 10 000.—, Erfurt, Gen. D. C., Partei-
 beitr. f. 4. Quart. 05 2.—, Falkenberg (Oberh.) 3.—, Fürth,
 sozialdemokr. Verein Oktob.-Nov. 60.—, Gotha, durch den Ver-
 trauensmann 30.—, Gera (Neuf) v. sozialdemokr. Verein für
 Neuf j. 2. 150.—, Hartha, Parteibeitr. v. 10. säch. Reichstags-
 wahlkreis 400.—, Hamburg, im Monat Dezember in der Exped. des
 „Hamburger Echo“ eingegangen 147,50, Kattowij, vom sozialdemokr.
 Verein 5.—, Lengened i. S., R. G. 1.—, Lgd., C. S. 20.—,
 Lübeck, sozialdemokr. Verein, 4. Quartal 05 350.—, Limbach i. S.,
 Parteibeitr. des 15. sächsischen Reichstags-Wahlkreises 500.—, Leipzig,
 12. und 13. sächsischer Reichstags-Wahlkreis 2000.—, Ludenwalde,
 Rufus 5.—, Magdeburg, vom sozialdemokratischen Verein 200.—,
 Mühlhagen, Waldläufer 5.—, Nohwy bei Slogau, vom Arbeiter-
 verein 15.—, Nixdorf, die Parteikasse der Arbeiter von Pardemann
 u. Co. 25.—, Rochester, J. Neuter 2,90, Schwerin i. P., Annonce
 zum Herbstvergessen 6.—, Solingen, 25 Prozent freiwillig ge-
 zahlter Parteibeiträge der Genossen des Kreises E. 12,30, Schwarz-
 bach a. S., sozialdemokr. Verein 5.—, Stuttgart, G. U. 10.—,
 Schweinfurt, sozialdemokr. Verein 10.—, Sachsen-Weimarsche Landes-
 organisation 100.—, Schmiedeburg i. Niedersch., von Parteigenossen
 30.—, Trier, sozialdemokr. Verein 10.—, Desgl. 3. Quartal 16.—,
 Teltow-Beeslow-Charlottenburg, sozialdem. Zentralwahlverein 3000.—,
 Desgleichen Monatsbeitrag 250.—, (darunter Allgemeine Kranken-
 und Sterbekasse, Zahlstelle Charlottenburg 20.—, Geburtstagsfeier
 der 2. Zgr, Bau Hardenbergstr. 27 4,75), Wunsiedel, sozialdemokr.
 Verein 10.—, „Wahrer Jakob“ 3000.—, Württemberg 100.—,
 Zeit. Wahlkreis Zeit-Weissenfels-Raumburg 300.—,
 Berlin, den 10. Januar 1906.
 Für den Parteivorstand: A. Gerisch, Lindenstr. 69.

Fort mit dem Dreiklassenwahlrecht!

Als die Sozialdemokratie Preußens sich an den Landtags-
 wahlen im Jahre 1903 beteiligte, geschah das unter der Vor-
 aussetzung, daß es möglich sein würde, durch ein Wahlbündnis
 mit den Liberalen ein paar Mandate zu gewinnen. Der Ver-
 lauf der Wahlen hat diese Auffassung korrigiert. Wohl stellte
 sich in einigen Wahlkreisen das Ergebnis heraus, daß die frei-
 sinnigen und sozialdemokratischen Wahlmänner zusammen gegen
 die anderen Parteien eine Mehrheit bilden konnten. Sie
 hätten somit die Mandate erobern und unter sich verteilen
 können. So in Teltow-Charlottenburg und in Breslau. Die
 Sozialdemokratie war auch zum Abschluß eines solchen Kom-
 promisses auf Grund der vorausgegangenen Parteitagbeschlüsse
 bereit. Sie verlangte von drei oder zwei Mandaten je eins.
 Die Freisinnigen hätten also den Löwenanteil bei diesem Ab-
 kommen davongetragen. Trotzdem ist es in keinem Falle zu
 einem solchen Wahlbündnis gekommen. Einzelne freisinnige
 Führer wie Barth rieten zwar dazu, aber die Masse der frei-
 sinnigen Partei war nicht dahin zu bringen. Sie ließ in ihrem
 philistinhafte Grauen vor den Umstürzern die Mandate lieber
 in die Hände der Konservativen oder Nationalliberalen
 übergehen, als daß sie den Sozialdemokraten einen Anteil an
 dem sicheren Siegespreis zugestanden hätte. Damit ist die
 Bündnisunfähigkeit des Liberalismus für die Sozialdemokratie
 in Preußen erwiesen. Dem Klassenbewußten Proletariat gegenüber verschwinden die
 Interessengegensätze unter den bürgerlichen Parteien. Die
 preussischen Liberalen selbst haben den Beweis dafür geliefert,
 daß auch für sie ein Hüben, ein Drüben nur gilt. Dem
 reaktionärsten Junker, dem aufführungsfeindlichsten
 Ultramontanen fühlen sich diese sogenannten bürgerlichen
 Demokraten immer noch näher verwandt als der wahrhaft
 demokratischen Volkspartei, die die Interessen der ausgebeuteten
 Massen des Volkes vertritt.

So hat die Wahl von 1903 für uns nur einen
 agitatorischen und aufklärenden Wert gehabt. Sie hat den
 sozialdemokratischen Proletariaten die Lehre eingeprägt, daß sie
 auch im politischen Leben Preußens nur angewiesen sind auf
 die eigene Kraft. Unter der Herrschaft des elenden Dreiklassenwahl-
 rechts ist ihnen der Weg in das Geldparlament versperrt.
 Nur ganz besondere Verhältnisse in einigen Wahlkreisen mit
 nahezu ausschließlich proletarischer Bevölkerung eröffnen ihr

eine schwache Aussicht, ganz für sich allein eine hinreichende
 Anzahl von Wahlmännern auch in der zweiten und ersten
 Klasse zu gewinnen, um ein Mandat erobern zu können.
 Zwingender noch als je zuvor drängt uns diese Erfahrung
 dazu, für die Beseitigung des Dreiklassenwahlrechts zu kämpfen,
 wenn wir in Preußen den berechtigten Ansprüchen des Pro-
 letariats auf die Selbstbestimmung über seine Geschicke Geltung
 verschaffen wollen.

Haben wir denn eine gründliche Reform des preussischen
 Wahlrechts von den bürgerlichen Parteien und der Regierung
 zu erwarten?

Die Frage aufgeworfen, heißt sie verneinen. 54 Jahre
 lang ist es im wesentlichen bei den Bestimmungen des
 oktroierten Dreiklassenwahlrechts geblieben. Änderungen
 geringfügiger Art wurden wohl vorgenommen. Grundlegende
 Änderungen betreiben heute selbst nicht einmal mehr die
 liberalen Parteien.

Eine Probe davon, was wir zu erwarten haben von dem
 honetten Bürgertum, liefern die Verhandlungen des preussischen
 Abgeordnetenhauses über den Antrag Barth
 v. Wiemer, der als Föder für die Wahlagitator im Jahre
 1903 vor den Landtagswahlen zur Verhandlung gebracht
 wurde. Die freisinnigen Reformer hatten sich selbst damals
 beileibe nicht zu der Forderung des allgemeinen, gleichen und
 direkten Wahlrechts nach dem Vorbild des Reichstagswahl-
 rechts aufgeschwungen. Nur die geheime Abstimmung wollten
 sie herbeiführen und die Wahlkreise nach der Bevölkerungs-
 zahl neu eingeteilt haben. Nicht einmal dieses schwächliche
 Begehren fand Gnade vor den Augen der Geldadsmajorität.
 Auch das Zentrum, das sich hin und wieder, wo Worte
 genügen, als Volkspartei aufzuspielen versteht, ließ durch den
 Mund seines Führers Dr. Porck erklären: „Für uns ist
 es ziemlich gleichgültig, nach welchem System
 gewählt wird.“ Der Anspruch der arbeitenden Klasse
 auf Gleichberechtigung wurde mit einem Aufsehn von der
 Schutztruppe des Papsttums abgewiesen. Die katholischen Ar-
 beiter sollten aber aus dieser und ähnlichen Äußerungen der
 Zentrumsdemagogen erkennen, wie sehr sie sich selbst
 ins Fleisch schneiden, wenn sie diesen Arbeiterfeinden, denen
 ihre Rechte gleichgültig sind, noch ferner gedankenlos Gesolg-
 schaft leisten. Auf den Regierungsbänken fanden die rich-
 tigsten Anschauungen des Junkertums über das Wahlrecht
 verhandlungsunfähigen Widerhall. Der jetzt verstorbene Minister
 v. Hammerstein feierte das Dreiklassenwahlrecht als das
 Ideal eines Wahlverfahrens und schwelgte in den Schönheiten
 der öffentlichen Abstimmung, die allein würdig sei des freien
 Mannes. Das sagte er als Mitglied einer Regierung, die die
 Mahregelung ihrer Beamten wegen oppositioneller Gesinnung
 zum System erhoben hat. So wird das Unrecht durch bitteren
 Lohn verfestigt.

Eine geringfügige Änderung wurde indes, widerrechtlich
 obendrein, noch vor den letzten Wahlen durch Verordnung
 eingeführt. Das Gesetz sieht für die ländlichen Wahlkreise
 einen bestimmten Ort als Schauplatz der Abgeordnetenwahl
 vor. Das Anwachsen einzelner Wahlkreise macht aber die Aus-
 führung dieser Bestimmung schwierig, weil in dem Orte der
 Wahlhandlung kein genügend großes Lokal vorhanden ist.
 Dieser Umstand machte sich besonders geltend in dem
 Wahlkreis Teltow-Charlottenburg, dessen gesetz-
 licher Wahlort die kleine Stadt Köpenick ist. Die Zahl
 der Wahlmänner war auf etwa 2000 angewachsen. In keinem
 Nebenraum ließ sich eine solche große Zahl von Menschen
 unterbringen. Da verlegte die Verwaltung, dem Wortlaute
 des Gesetzes zuwider, die Abgeordnetenwahl kurzer Hand nach
 einem großen Saale Nixdorfs. Sachlich wäre gar nichts gegen
 diese Verlegung einzuwenden. Bezeichnend ist nur, daß die
 Regierung selbst sich ungeniert über das Gesetz hinweg-
 setzte, als ihr dessen Bestimmungen nicht in den Stramp-
 fäßen.

Bei der Regierung sowohl wie bei den bürgerlichen
 Parteien besteht nunmehr Neigung, die großen Wahl-
 kreise zu teilen, also wo jetzt in einem unsicher ge-
 wordenen Wahlkreise zwei oder drei Abgeordnete zu wählen
 sind, daraus zwei oder drei besondere Wahlkreise mit je einem
 Abgeordneten zurechtzuschneiden. Man will die Unbequemlich-
 keiten einer Wahlhandlung durch Laufende von Wahlmännern
 beseitigen und gleichzeitig eine etwaige Ausnutzung dieser
 ungefügen Wahlhandlung durch die Sozialdemokraten zur
 Demonstration der Fehlerhaftigkeit des Wahlrechts nach
 Kräften verhindern.

Darauf zielt ein dem Abgeordnetenhause in der letzten
 Session vorgelegter Antrag des Freikonservativen
 Dr. Arendt ab. Natürlich denkt dieser Menschenfreund
 nicht daran, auch die Zahl der großstädtischen Abgeordneten
 zu vermehren, wie es die Bevölkerungszahl verlangen würde.
 Außerdem will er aber noch die Klasseneinteilung
 innerhalb der Gemeinde vornehmen lassen, wie das
 früher der Fall war. Die gegenwärtige Einteilung der Wähler
 in die drei Steuerklassen innerhalb des Wahlbezirks führt
 allerdings zu den absurdesten Konsequenzen. Es hängt jetzt
 häufig von dem Wohnsit ab, ob jemand als Wähler erster,
 zweiter oder dritter Klasse rubriziert wird. In dieser Absur-
 dität liegt aber gleichzeitig eine, wenn auch schwächliche Kor-
 rektur des plutokratischen Charakters des Wahlrechts. Dieser
 Bestimmung, durch die unter Umständen Proletariaten in die
 zweite oder gar erste Klasse hineinkommen, ist es nämlich zu
 danken, daß wir in einzelnen Wahlkreisen eine größere Zahl von

Wahlmännern erster und zweiter Abteilung uns sichern konnten. So
 gewannen wir in den drei Wahlkreisen Berlin III
 (Norden), Altona und Linden über ein Drittel
 aller Wahlmänner, kamen also der Eroberung jener
 Wahlkreise aus eigener Kraft ziemlich nahe. Wird die Klassen-
 einteilung innerhalb der ganzen Gemeinde einheitlich vor-
 genommen, so wird die Möglichkeit der Sicherung von Wahl-
 männern erster oder zweiter Abteilung für die Sozialdemokratie
 bis auf ein Minimum reduziert. Daher der Eifer der bürger-
 lichen Staatsretter für dieses Stückchen Reform.

Bezeichnend ist es nun, daß die drei liberalen Fraktionen,
 die sich auf einen Verbesserungsantrag zu dem Antrag Arendt
 geeint haben, für die Klasseneinteilung über die ganze Ge-
 meinde sich gleichfalls erklärten. Außerdem wollten sie im
 Parteinteresse noch die Zwölfteilung nach dem Vor-
 schlage der Regierung von 1893 sowie eine Neu-
 einteilung der Wahlkreise nach der Be-
 völkerungszahl, den Kern des Meibels, die Dreiklassen-
 einteilung an sich tasteten sie aber nicht an. Sie blieben sich
 darin nur getreu, haben die Liberalen aller Schattierungen doch
 auch sonst, wo sie das Heft in Händen haben, in den Gemeinde-
 vertretungen, in den einzelnen Staatsparlamenten, nicht zum
 wenigsten in Sachsen, nach Möglichkeit zur Verkümmern des
 Wahlrechts beigetragen. Es ist auch nicht zu erwarten, daß
 die vor einigen Tagen erwähnten Bemühungen des Dr. Barth,
 die Freisinnigen zum unbedingten Eintreten für das all-
 gemeine gleiche direkte und öffentliche Wahlrecht zu bewegen,
 jetzt mehr Erfolg haben werden, als früher. Auch Herr Barth
 wird sich schließlich überzeugen müssen, daß es vergebene
 Mühe ist, einen bleiernem Säbel zu schleifen.

Was also hat das Proletariat von dem Wohlwollen der
 Regierung und der bürgerlichen Parteien zu erwarten? —
 Nichts!

Was aber kann es aus eigener Kraft gewinnen? —
 Alles!

Wie die Befreiung des Volkes vom Druck der politischen
 Unterdrückung und wirtschaftlichen Ausbeutung nur das Werk der
 Arbeiterklasse selbst sein kann, so wird sie auch die Eroberung
 dieses einen wichtigen Rechtmittels, des allgemeinen gleichen
 Wahlrechts in allen deutschen Einzelstaaten nur sich selbst,
 ihrer zielbewußten Agitation, ihrer Kampfbereitschaft und
 Opferwilligkeit zu danken haben.

Nichts ist verkehrter, nichts entwerdender, als der Arbeiter-
 schaft einzureden, sie habe zu hoffen und zu harren auf Hilfe
 des Wohlwollens seitens der bürgerlichen Parteien, seitens
 der herrschenden Klassen. Wollte die Arbeiterschaft Deutsch-
 lands, wollte die Sozialdemokratie sich darauf verlassen, so
 wäre sie wahrlich verlassen genug. Nur klassenbewußte Agitation
 gegen das entehrende, widerrechtlich eingeführte Dreiklassen-
 wahlrecht kann zum Ziele führen. Der Preis ist auch höchster
 Anstrengung wert. Es handelt sich doch nicht dabei bloß um
 die Eroberung eines natürlichen Rechtes an sich, nicht bloß um
 die Befriedigung des allgemein im Volke empfundenen
 Anspruchs auf Gleichberechtigung. Höchst wichtige Angelegen-
 heiten des ganzen Volkes sind von dem preussischen Landtag
 zu entscheiden und werden jetzt durch eine Geldadsmehrheit
 und eine herrenhäuslerisch eingekapselte Junkerklasse ent-
 schieden ohne Mitwirkung der größten Partei in Preußen.

Die gesamte Landesverwaltung untersteht der Kontrolle
 des Landtags. Alle die politischen Beamten, Regierungs-
 präsidenten, Polizeipräsidenten, Landräte, Amtsvorsteher,
 Gendarmen und Polizeibeamte aller Art ressortieren von dem
 preussischen Ministerium und unterstehen der Landtagskontrolle.
 Selbst die schimpflichen Ausweisungsbefugnisse, mit denen
 unsere fremdländischen Gesinnungsgenossen aus Preußen
 hinausdrangsalieren werden, sind Landesangelegenheit.

Im engsten Zusammenhange mit der Landesverwaltung
 stehen die wirtschaftlichen und Verkehrsbetriebe des preussischen
 Staates. Nach Hunderttausenden zählen die Beamten und
 Arbeiter, die im Eisenbahnwesen, in den fiskalischen Berg-
 werken und Forsten ihre Arbeitskraft verbrauchen. Die
 amtierende Bureaucratie bringt gegen sie alle die Praktiken zur
 Anwendung, mit denen die Unternehmer die Ausbeutung der
 Proletariaten zu einem möglichst ertragreichen Geschäft zu machen
 suchen. Im politischen Leben kann sich aber der Staats-
 arbeiter noch weit weniger frei bewegen als irgend eine andere
 Arbeiterkategorie, denn der preussischen Bureaucratie gilt das
 patriarchalische Verhältnis als Ideal der Beziehungen zwischen
 Unternehmer und Arbeiter. Sie sträubt sich mit Händen und
 Füßen dagegen, den Arbeiter als gleichberechtigten Staats-
 bürger anzuerkennen. Kein Sozialdemokrat ist jetzt im Land-
 tage zur Stelle, um die drückenden Mißstände, die sich in den
 Staatsbetrieben entwickelt haben, mit flammenden Worten zu
 brandmarken als Vorkämpfer der preussischen Staatsarbeiter
 für Menschenwürde, Freiheit und Bürgerrecht.

Ebenso harren die Landarbeiter Preußens einer Vertretung
 im Abgeordnetenhause. In ihrem Geschick, in dem Zustande
 der Abhängigkeit, in die sie durch das modrige Gesinde
 Preußens gedankt sind, prägt sich der halbfeudale Charakter
 dieses Junkerstaates aus. Schlimmer ausgebeutet als die
 Industriearbeiter und doppelt entrechtet, rütteln die Land-
 arbeiter hin und wieder an ihren Ketten; aber erst im Bunde
 mit den klassenbewußten Industriearbeitern, erst als Glieder
 des großen Emanzipationsheeres des Proletariats, als ziel-
 bewußte Sozialdemokraten werden sie dazu kommen, diese
 Ketten zu brechen. Umso jähneler und wichtiger wird die
 Aufstellung der Landarbeiter sich vollziehen, je früher sie

Die sozialdemokratischen Mahnworte von der Tribüne des Abgeordnetenhauses vernehmen.

Der sozialdemokratischen Kritik bedarf auch die Vergewandlung von Geldern für die obrigkeitliche Liebesgabenpolitik, die insbesondere in der Handhabung der ungeheuerlichen Aufhebungsgesetze zu Tage tritt. An sich schon durchbrechen diese Gesetze mit ihrer gegen die polnische Bevölkerung gerichteten Tendenz den Verfassungsgrundsatz der Gleichberechtigung, wie sie auch mit den Reichsgesetzen nicht in Einklang zu bringen sind. Aber die Durchführung schüttet obenrein einer Anzahl halbertrachteter grundherrlicher Existenzen und aber Millionen aus den Taschen des arbeitenden Volkes in den Schoß. Auch dies Gesetz war nur möglich in dem verjüngerten Reichsparlament des Dreiklassenrechts.

Und schließlich handelt es sich im Landtage um die Schulgesetzgebung, um die Bildung der Kinder des Volkes, die jetzt einem vermögerten System pfäffischer und bürokratischer Verbümmung preisgegeben sind. Ueberall gilt es zu bessern, überall die Interessen des Volkes wahrzunehmen. Und zwar des ganzen Volkes, nicht nur das Interesse der Männer, sondern auch der Frauen, denen heute noch die politischen Rechte vorenthalten werden, wie zu den Zeiten der völligen Versklavung des weiblichen Geschlechts. Die Frauen haben umso mehr die Vertretung durch die Sozialdemokratie nötig, da wir die einzige Partei sind, die auch die Gleichberechtigung der Frau, das volle Wahlrecht für beide Geschlechter auch in Preußen auf ihr Banner geschrieben hat. Eine Fülle von Unrecht, Jahrzehnte schmähvoller Entrechtung gilt es zu sühnen. Wahrlich Grund genug für die Sozialdemokratie Preußens, mit aller Kraft den Kampf gegen die preussische Reaktion aufzunehmen und durchzuführen mit dem Ruf:

Nieder mit dem Dreiklassenwahlrecht!
Hoch das allgemeine, gleiche, direkte und öffentliche Wahlrecht!

Politische Uebersicht.

Berlin, den 10. Januar.

Vor den Aufrufen.

Als ob das Zentrum einen Blütenstreit in Szene gesetzt hätte, so gähnt die Beere der Zentrumsbänke den Rednern entgegen, die ihre parlamentarische Verehrbarkeit an den Steuer- vorlagen der Regierung versuchen. Nur Herr Müller- Fulda, der Steuerpolitiker des Zentrums, hält auf einer der vorderen Bänke die Wache für seine Fraktion. Dann und wann leistet ihm ein Abgeordneter der Nachbarfraktionen Gesellschaft. Inzwischen, auch die Bänke der anderen Fraktionen sind äußerst lüdenhaft — gegenüber der Wichtigkeit der Steuerentwürfe eine gravierende Beschäftigungsfähigkeit des Reichstags!

Diese Interesslosigkeit suchen die Redner der Rechten noch zu steigern durch die Mahnung an die Redner der Opposition, Einzelheiten der Vorlagen im Plenum nicht zu besprechen; dazu sei in der Kommission bessere Gelegenheit. — Kettich und v. Kardorff erzielen mit dieser Mahnung, die gestern schon dem Schatzsekretär Freiherrn v. Stengel ein ironisches Lachen eintrug, keinen Eindruck. Es ist nur die Scheu vor der Öffentlichkeit, die den Wunsch nach diskussions- loser Verweisung der Vorlagen an eine Kommission hervorruft. Aus diesem Grunde unterließen es natürlich diese Redner, sachliche Ausführungen über die die Massen bedrohenden Vorlagen zur Bier- und Tabaksteuer zu machen. Zwar hoffen die unentwegten Stützen fiskalischer Volkswirtschaft, in der Kommission werde sich manches von den im Volke so lebhaft bekämpften Vorlagen retten lassen. Aber sie schließen auch aus der Interesslosigkeit der Zentrums- fraktion an den Beratungen im Plenum auf geringe Aussichten eines Erfolges für die Regierung in der Kommission. Einen tröstlichen Ausblick eröffnet ihnen einzig die notorische Bereitwilligkeit des Zentrums, Verständigungspunkte mit der Regierung zu finden.

Mit vielen tönenden Worten besprach der Antisemit Raab die Steuervorlagen. Neben seiner Absage bezüglich der Tabaksteuervorlage empfahl er dem Schatzsekretär ein Bündel anderer Steuern: Wehrsteuer, Luxussteuern usw., und erwiderte damit die Ueberflüssigkeit seines antisemitischen Wort- gebühres, das die Hörigkeit der Antisemiten gegenüber der Rechten ja doch nicht verdeckt.

Die Abg. Biemer und Pachnide gaben der Stellung der freisinnigen Parteien Ausdruck, die zur Ab- lehnung der Verkehrs- und Verkehrssteuern führt. Beide Redner sind für eine Erweiterung der Erbschaftsteuer.

Genosse Südekum ironisierte als letzter Redner des heutigen Tages die Art, wie die Redner der Regierungs- parteien vorichtig eine gründliche Besprechung der Vorlagen zur Bier- und Tabaksteuer vermeiden. Er selbst unterwarf die geforderte Biersteuer einer eingehenden Untersuchung und wies ihre technischen, volkswirtschaftlichen und sozialpolitischen Schäden schlagend nach.

Donnerstag Fortsetzung der Debatte. —

Aufreizung zu Gewalttätigkeiten!

Aus Breslau erhalten wir folgende Privatdepesche: Redakteur Genosse Löbe von der „Volkswacht“ wurde wegen Aufreizung zu Gewalttätigkeiten, die in dem Aufruf an die preussischen Proletarier, in den Kampf um Er- ringung des allgemeinen gleichen Wahlrechts für den Landtag einzutreten, gefunden wurde, zu einem Jahre Gefängnis und sofortiger Verhaftung verurteilt. Wegen einer Kaution von 10000 M. wurde Genosse Löbe vorläufig auf freien Fuß gesetzt.

Dies Breslauer Urteil übertrifft beinahe noch die Schreckens- urteile, die in den letzten Tagen von den sächsischen Gerichten gegen wirkliche und vermeintliche Wahlrechtsdemonstranten gefällt worden sind. Der Aufruf, in dem das Breslauer Gericht eine Aufreizung zu Gewalttätigkeiten erblickte, liegt vor uns. Es ist uns vollständig rätselhaft, wie das Richter- kollegium in diesem Aufruf ein derartiges Delikt zu entdecken vermochte. Der Aufruf enthält zum größten Teil eine scharfe, aber sich strengstens an die allerdings aufreizenden Tatsachen haltende Darstellung des preussischen Dreiklassenwahlrechts und der sich daraus ergebenden absoluten Rechtslosigkeit der Arbeiterklasse. Es wird besonders darauf hingewiesen, daß bei der letzten preussischen Landtagswahl im Jahre 1903 weit über dreihunderttausend sozial- demokratische Stimmen abgegeben wurden und trotzdem nicht ein einziger Vertreter der Arbeiterklasse in den Landtag entsendet werden konnte, während die konservativen Volksausbeuter mit annähernd gleicher Stimmenzahl 143 Abgeordnete in den Landtag zu entsenden vermochten! Es wird alsdann die Reaktionspolitik des preussischen Landtages ge- geißelt und speziell das Vergarbeiterwahl-Gesetz als Beispiel

jener Sozialreform zitiert, die das Reichsparlament für die Arbeiterklasse übrig hat. Auch die übrigen Reaktionsstaaten auf dem Gebiete des Volksschulwesens, des Polizeiwesens, der Rechtspflege, des Eisenbahnwesens und der Arbeiterfragen werden kurz charakterisiert. Es wird alsdann die Not- wendigkeit betont, daß dieser Zustand endlich abgeändert werden müsse. Der Wille des Volkes müsse das oberste Gesetz sein, dann erst könnte Freiheit und Wohlergehen herrschen. Der Aufruf schließt mit einem Hinweis auf die Freiheitskämpfe in Rußland und Oesterreich. Jetzt sei auch die Reihe, den Kampf um die Erringung des gleichen Wahlrechts aufzunehmen, an die deutschen Arbeiter gekommen. Der Kampf dürfe nicht eher enden, bis der Sieg errungen, bis das Unrecht zer- trümmert sei. Das deutsche Proletariat habe zu zeigen, daß es in Ehren den Ruf genieße, der Pionier der internationalen Arbeiterarmee zu sein.

Wir halten es geradezu für eine juristische Ungeheuerlich- keit, in diesem Aufruf eine Aufreizung zu Gewalttätig- keiten zu erblicken. Die Richter, die diesen Urteilspruch fällten, müssen eine unbegreifliche Unkenntnis der sozialdemokratischen Anschauungen und der sozialdemokratischen Taktik besitzen, um aus einzelnen mißverständlichen rhetorischen Wendungen auf die Absicht oder auf die Wirkung einer Aufreizung zu Gewalt- tätigkeiten schließen zu können. Offenbar haben sie die Wendungen: „Proletarier Preußens macht Euch kampfbereit“ oder: „Das Proletariat stellt die Waffen nicht mehr aus der Hand“, so aufgefaßt, daß es sich um einen physischen Kampf im Hengabelsinne handele. Eine auch nur geringfügige Kenntnis der deutschen Sozialdemokratie hätte aber die Richter davon überzeugen müssen, daß diese Wendungen nicht nur bildlich gemeint waren, sondern von den Lesern auch unter keinen Umständen anders verstanden werden konnten. Diese rhetorischen Wendungen erhalten auch keinerlei andere Bedeutung durch den Hinweis auf Rußland, wo ein unterdrücktes Volk im Kampf um seine Menschenrechte sein Blut vergießt. Ein solcher Hinweis war angesichts der gegenwärtigen Situation ganz selbstverständlich. Daß es sich nicht darum handeln konnte, die preussische Ar- beiterklasse ebenfalls zum Blutvergießen aufzufordern, ergab sich ja schon daraus, daß diesem Passus unmittelbar der Hin- weis auf Oesterreich folgte, wo der Kampf ja aus- schließlich in Gestalt von friedlichen Kundgebungen ge- führt wurde. Daß man den Aufruf trotzdem als Auf- reizung zur Gewalttätigkeit betrachtete, während die Gerichte blutrünstige Aufreizungen des Dreiklassen- Bädler als harm- lose Widersprüche anzusehen pflegten, das macht das Breslauer Urteil noch unverständlicher.

Die Wirkung solcher Urteile kann nur die sein, die Er- bitterung der Arbeiterklasse zu steigern und die der Sozial- demokratie noch indifferent gegenüberstehenden Schichten für die sozialdemokratischen Lehren nur empfänglicher zu machen. Da man aber nur Einzelne, nicht aber Millionen einerkern kann, wird der Wahlrechtskampf des Proletariates un- widerstehlich sein! — (Den ausführlichen Bericht der Gerichts- verhandlung geben wir an anderer Stelle der heutigen Nummer. N. d. B.)

Deutsches Reich.

Volksparteilicher Parteitag.

Stuttgart, 8. Januar. (Eig. Ber.)

Am Dreikönigstag fand wie alljährlich die Landesversammlung der bürgerlichen Demokratie Württembergs statt. Ihr Verlauf entsprach den Erwartungen. Es wurde nichts gesagt über die Ab- sichten, welche die Volkspartei für die bevorstehenden Landtags- wahlen hegt; es wurde kein kritisches Wort geäußert über die jüngsten politischen Ereignisse (Stuttgarter Gemeindevahl usw.), durch welche nach der Annahme mancher das Verhältnis der politi- schen Parteien Württembergs eine Veränderung erfahren haben sollte. Nach einer von reaktionärer Seite geflüstert verbreiteten Meinung sollte sich nämlich das Zusammenarbeiten von Volkspartei und Nationalliberalen seit der vorjährigen Protestbewegung gegen die Adelskammern zu einem Ordnungsakt gegen die Sozial- demokratie ausgewachsen haben. Es mag sein, daß ein solches Ordnungsakt von gewissen Politikern, denen der demokratische Abg. Conrad Haußmann durch seine tüchtige Rede vom „Kampf gegen zwei Fronten“ Nahrung gegeben hatte, herbeigesehnt worden ist. Die Stuttgarter Nationalliberalen haben ihrem Erstaunen, ja ihrer Befürzung darüber, daß die Volkspartei bei der Stutt- garter Gemeindevahl nicht mit ihnen, sondern mit der Sozial- demokratie marschierte, unverhohlenen Ausdruck gegeben und der „Sapient. Merkur“ verlangt seitdem alle paar Tage, daß die Volks- partei hierfür pater peccavi sagt. So etwas ist nun auf der Dreikönigsversammlung der Volkspartei nicht geschehen. Vielmehr wurden nur einige politische Reden gehalten, die auf die Frage der Parteikonstellation bei den nächsten Wahlen keinen Be- zug hatten. Damit ist erwiesen, was wir immer annehmen und was auch in dem Verlauf der letzten Landtagswahlen seine Be- stätigung fand, daß sich die Parteien in den einzelnen Kreisen so gruppieren werden, wie es ihren jeweiligen Stärkeverhältnissen ent- spricht. Wo Volkspartei und Nationalliberale ihre Gegner nur mit vereinten Kräften besiegen können, werden sie sich zusamen- tun, wie es in Regensburg geschah, und wo dies nicht der Fall ist, werden sie gegeneinander kämpfen, wie in Kreuzenstadt.

An die vielfach gehegte Auffassung, daß die bevorstehenden Landtagswahlen den Abschluß eines sich abspielenden Verschmel- zungsprozesses zwischen Volkspartei und Nationalliberalen bilden würden, glauben wir nicht, am allerwenigsten, nachdem wir auf diesem Landesparteitag wiederum gesehen haben, wie wesentlich verschieden doch in sozialer Beziehung das Milieu des volkspartei- lichen Anhangs von dem der nationalliberalen Gefolgschaft ist. —

Was somit das interessanteste an diesem volksparteilichen Par- teitag dasjenige, was nicht ausgesprochen wurde, so bleibe noch übrig zu erwähnen, daß auf demselben einer Resolution gegen die Haltung der Regierung in bezug der Fleischnot zugestimmt wurde, daß der Reichstagsabge- ordnete Storz ein Referat gegen die neuen Reichssteuern hielt, daß Hummel-Karlstrube am Schluß seiner Ausführungen über sächsisches Eisenbahnpolitik erklärte, daß allen von Süddeutschland mit Preußen getroffenen Vereinbarungen so lange mit größtem Mißtrauen zu begegnen sei, als in Preußen das Dreiklassenparla- ment bestehe, und daß Conrad Haußmann Kritik an der aus- wärtigen Politik Deutschlands übte.

Als Stimmungssymptom möchte ich noch hinzufügen, daß der Parteivorstand Dr. Elsas in seiner Eröffnungsbrede den mit Beifall angenommenen Ausspruch tat: In Frankreich habe die Republik die Trennung von Kirche und Schule fertig gebracht. Zugleich habe sich in Rußland ein Weltgericht am Absolutismus vollzogen. Daraus gehe hervor, daß auf die Dauer kein Staat gegen das Volk und ohne das Volk regiert werden könne.

Gegen die Mehrbelastung des Tabaks.

Der Verein der Tabakinteressenten Berlins, der Verein deutscher Tabakfabrikanten und Händler, der Verein deutscher Zigaretten- fabrikanten und die Vereinigung der Zigarettenhändler Berlins unter- breiten gemeinsam dem Reichstage eine Petition, die sich gegen die verschiedenen Erhöhungen der bisherigen Steuersätze, besonders gegen die Sonderbesteuerung der Zigaretten wendet.

Bezüglich der Wirkung der Steuererhöhungen auf den Konsum und die Lage der in der Tabakindustrie Beschäftigten Arbeiter wird ausgeführt:

„Die (die Arbeiter) würden wohl in erster Linie die Leid- tragenden sein, weil erfahrungsgemäß eine Erhöhung der Betriebs- auskosten bei gleichzeitiger unabweislicher Herabminderung des Konsums einen Druck auf die Punkte geringsten Widerstandes aus- üben muß. Hierzu zählen in vorerster Reihe die Lohnsätze. Nach unseren Feststellungen leben in Deutschland mindestens 200 000 Arbeiter von der Ver- arbeitung des Tabaks und von der Herstellung von Tabakfabrikaten. Wie die Mehrbelastung der Tabakindustrie auf diesen Teil unserer Volksgenossen, die mit den Jahren etwa 1 Million Deutscher darstellt, wirken würde, das hat unsere Industrie nur allzu gründlich am eigenen Leibe bereits zu erfahren Gelegenheit gehabt.“

„Es ist doch eine unmittelbar statistisch nachweisbare Folge der letzten Steuererhöhung aus dem Jahre 1879 gewesen, daß sofort die ohnedies verhältnismäßig nicht übertrieben hohen Löhne mit solcher inneren Zähigkeit sanken, daß sie Jahre und Jahrzehnte lang sich kaum davon erholten konnten. Noch heute, 26 Jahre nach jener ersten Zoll- erhöhung, sind die Löhne in der Tabakfabrikation trotz der all- gemeinen Hebung des Lohnniveaus in Deutschland, trotz besserer Organisation der Arbeitnehmer und trotz Steigerung der Lebens- bedürfnisse und Lebensanforderungen kaum wesentlich und nur ganz allmählich über denjenigen Stand hinausgekommen, den sie vor dem Jahre 1879 bereits innehielten.“

Gerade die körperlich Schwachen unter den Arbeitern und Arbeiterinnen werden, wie keiner näheren Ausführung bedarf, die ersten sein müssen, die bei einer Konsumherab- minderung brütlos werden. Die Regierung selbst (vergl. S. 18 und 19 der amtlichen Ausgabe des Gesetzes wegen Veränderung der Tabaksteuer, Spalte 6 und 9) rednet aus, daß die Einfuhr von unbereinigtem Tabakblättern, die zur Herstellung aller Tabak- fabrikate, für Rauch-, Kon- und Schnupftabak dienen sollen, unter der erhöhten Zollbelastung nur 430 000 dz betragen wird, d. h. rund 14 000 dz weniger als bisher zur Einfuhr gelangte. Demnach müssen bereits nach dem Zugeständnis der Re- gierung 5—6000 Arbeiter brütlos werden, 5 bis 6000 solcher deutscher Männer und Frauen, von denen ganz sicher kein einziger in einem anderen Erwerbszweige ein Unterkommen wird finden können.“

Durch eine alberne Ausrede sucht das „Berliner Tageblatt“ seine schamlose Beschimpfung des proletarischen Wahlrechtskampfes abzu- schwächen. Es sei selbstverständlich, daß auch der Moskische Zerkow „für eine gründliche Reform des verrotteten Drei- klassenwahlrechts in Preußen“ eintrete. Er habe auch nicht das geringste dagegen einzuwenden, wenn die Sozialdemokratie mit gesetzlichen Mitteln, durch Verteilung von Flugblättern und durch Massenversammlungen gegen das Dreiklassenwahlrecht kämpfe: „Was wir allein bekämpfen, das ist das Spielen mit dem Gedanken von Straßendemonstrationen nach russischem Muster, wie es in Dresden schon in die Praxis übertragen worden ist.“

Diese Art der Verteidigung ist fast noch schlimmer als die gestrige Schmähung, die dadurch gemildert werden soll. „Straßen- demonstrationen nach russischem Muster“ — das ist eine geradezu insame Demagogie der deutschen Sozialdemokratie an die Adresse der Schornacher! Russisch waren die Demonstrationen in Dresden höchstens insofern, als man auch dort einer friedlichen Demonstration mit dem Polizeihäkel zuleide ging! Statt für das Recht der Straßendemonstrationen, das den Bürgern eines wahrhaft liberalen Staates, wie England, als etwas Selbstverständliches an- steht, mit Entschiedenheit einzutreten, reizt das „reifeinnige“ Mos- kow-Blatt die Gewaltthäter direkt dazu auf, den Arbeitern „russisch“ zu kommen. So hilft das „Berl. Tagebl.“ dem Proletariat, Volksrechte zu erkämpfen!

Zhielen.

Ein Volkssches Telegramm meldet, daß der frühere Minister der öffentlichen Arbeiten v. Zhielen heute nachmittag gegen 1 Uhr verstorben ist. Der Verstorbenen wurde 1832 geboren, hat also ein Alter von fast 74 Jahren erreicht. Von Haus aus Jurist, trat Zhielen 1864 zur Eisenbahnverwaltung über, wo er rasch Karriere machte. Im Jahre 1881 wurde er Präsident der Eisenbahndirektion Oberfeld und 1887 Präsident der Eisenbahn- direktion Hannover. Im Jahre 1891 wurde er dann als Nachfolger Raybachs zum Minister der öffentlichen Arbeiten ernannt. Sein Ministeramt bekleidete er 11 Jahre lang bis zum 21. Juni 1902. Als Grund seines Rücktritts betrauerte man den täglichen Rückzug der Regierung in der Kanalfrage.

Dem Verstorbenen wird in der bürgerlichen Presse nach- gerühmt, daß er in seinem hoch im überaus tüchtiger Mann ge- wesen sei und sich um die Verkaufung der Eisenbahn erhebliche Verdienste erworben habe. Der Umfang des Eisenbahnebeses er- weiterte sich während seiner Leitung ganz beträchtlich. Die Zahl der Beamten und Arbeiter im Eisenbahnbetrieb stieg während der 11 Jahre von 280 000 auf 400 000. Leider kann Herrn v. Zhielen nicht nachgerühmt werden, daß er in sozialreformerischer Beziehung den preussischen Eisenbahnbetrieb zu einem Musterbetrieb ausgestaltet habe. Wie es immer um den guten Willen v. Zhielen's gestanden haben mag, sicher ist, daß er nicht die Energie besaß, mit dem System der fiskalischen Plusmacheri zu brechen, daß im Gegenteil die Tendenz immer mehr hervortrat, durch die Herausveräußerung recht hoher Eisenbahnbetriebschäfte der bestehenden Klasse in Preußen das Zahlen von direkten Steuern nach Möglichkeit zu ersparen. Selbstverständlich konnte es bei einem solchen System nicht ausbleiben, daß die Unterbeamten und Arbeiter über eine überlange Arbeitszeit und ungenügende Löhne zu klagen hatten. Unter Zhielen's Nachfolger Ludde ist es freilich nicht besser geworden. —

Eine Lernerzulage für Lucanus. Eine Gehaltserhöhung für Herrn v. Lucanus ist in dem neuen preussischen Etat vorgesehn. Sie hat die Form einer persönlichen pensionsfähigen Zulage von 10 000 Mark und einer Dienstalterszulage von 900 Mark. Der Ge- heime Rabinetsrat, wie der amtliche Titel für den Rabinetschef lautet, erhielt bisher 20 000 Mark nebst freier Dienst- wohnung.

Das ist also eine Gehaltserhöhung von 50 Proz. Die Ge- haltserhöhungen für Unterbeamte pflegen in Preußen weniger glänzend auszufallen. —

Das Zentrum und die Reichsteuervorlagen.

Auf dem dieser Tage abgehaltenen Parteitag der nationalliberalen Zentrums- partei soll nach den Berichten bürgerlicher Blätter der Abgeordnete Trimborn-Möln erklärt haben:

„Von den neuen Reichsteuern hält die Partei eine Staffelung der Verbrauchs-, eine höhere Zigarettensteuer und einen höheren Wertzoll für feineren Tabak, die Zehnfachsteuer und die Erbschaftsteuer für diskutabel. Unbedingte ablehnend steht sie der Quittungssteuer gegenüber. Die Finanz- reform darf das Reich nicht von den Einzelstaaten unabhängig machen, damit diese nicht das Interesse an einer sparsamen Wirt- schaft verlieren.“

Es wird von dem abhängig sein, was die Regierung auf kirchenpolitischem Gebiet bietet, ob Herr Trimborn manhaft an dieser Absicht festhält, oder sich schließlich zu einer milderer Auf- fassung bekehrt. —

Landtagswahl in Schaumburg-Lippe.

Aus dem Fürstentum Schaumburg-Lippe wird uns geschrieben: Hier finden am Freitag, den 12. d. M., die Neuwahlen zum Landtag statt, in dem die Sozialdemokratie bis jetzt noch nicht ver- treten gewesen ist. Unsere Genossen beteiligen sich mit eigenen

Kandidaten in 6 von den 10 Kreisen. Die bürgerlichen Parteien gehen rücksichtslos gegen unsere Kandidaten vor, hauptsächlich im 3. und 8. Wahlkreis, da hier die Aussichten für die Sozialdemokratie die günstigsten sind.

Wenn auch hier die Wahl eine direkte und geheime ist und nicht, wie in Preußen eine Dreiklassenwahl, so ist es doch dem Arbeiter recht schwer gemacht, sein Wahlrecht auszuüben, denn in jedem Wahlkreis befindet sich nur ein Wahllokal, so daß die Wähler hunderte Wege bis zu diesem machen müssen. Außerdem dauert die Wahl nur von 10 bis 1 Uhr mittags. Doch unsere Genossen haben an alle Landtagswähler die Aufforderung gerichtet, sich hierdurch nicht von der Wahl abhalten zu lassen, sondern in jedem Falle ihr Wahlrecht auszuüben. Es ist durchaus nötig, daß die Sozialdemokratie auch in den Schaumburg-Spitzschen Landtag einzieht, haben wir doch nicht einmal das Recht, uns zu einem Verein zusammenzuschließen, und außerdem müssen Versammlungen dreimal 24 Stunden vorher angemeldet werden.

Die „Freie Vereinigung der Berliner Weißbierbrauereibesitzer und Direktoren“ hat an den Reichstag eine Eingabe gerichtet, in der sie um Abhebung der Brauereierhöhung und zugleich um das Verbot der Verwendung von Holzstücken zur Bierbereitung bittet. Zur Begründung heißt es in dem Schriftstück:

„Die unveränderte Erhaltung der Eigenart ihres Erzeugnisses ist für die Berliner Weißbierbrauereien geradezu eine Lebensfrage. Wir glauben daher mit gutem Grunde den Anspruch an die Gesetzgebung stellen zu dürfen, daß dieselbe nicht etwa dahin führe, durch bedingungslose Zulassung von Holzstücken für bestimmte Brauereien diesen eine ungerechtfertigte Bevorzugung zuteil werden zu lassen und damit womöglich die Weißbierbrauereien dem Zwange auszuheben, infolge des ungleichen Wettbewerbes die Eigenart ihres Produktes früher oder später preiszugeben und ebenfalls Holzstücken zu verwenden. Hier ist nach unserer Ansicht ein Produkt, welches nur aus Malz, Hopfen, Hefe und Wasser hergestellt werden sollte. Sollte jedoch der hohe Reichstag beschließen, als Malzstoffsätze „technisch reinen Zuder“ für bestimmte obergärige Brauereien zuzulassen, so ist es unbedingt notwendig, daß Biere, welche unter Verwendung dieses Malzstoffsatzes hergestellt sind, auch nur unter einer, diese Verwendung kennzeichnenden Bezeichnung in den Verkehr gebracht und feilgeboten werden dürfen.“

Die nimmersatten Agrarier, denen die durch den neuen Zolltarif in Aussicht gestellte, zum Teil jetzt schon eingetretene Preissteigerung der landwirtschaftlichen Produkte noch nicht weit genug geht, kommen jetzt schon mit Abänderungsvorschlägen zum neuen Zolltarifgesetz, obwohl dieses Gesetz noch gar nicht in Kraft getreten ist. So ist dem Reichstage von dem Grafen von Ansbau, namens des Vorstandes der Landwirtschaftskammer für die Provinz Schleswig-Holstein eine Petition zugegangen, welche die Forderung stellt: durch eine Novelle zum Zolltarifgesetz die dort vorgeschriebene Zollfreiheit für Milch und Rahm zu befestigen und in den handelspolitischen Verhandlungen mit Dänemark, Schweden, Norwegen und Holland für Milch und Rahm Zollsätze zu vereinbaren, die für Milch (frisch und peptonisiert) mindestens 4 M. pro Doppelzentner und für Rahm mindestens 10 M. pro Doppelzentner betragen sollen.

Husland.

Frankreich.

Sozialistische Senatoren.

Paris, 8. Januar. (Fig. Ver.)

Zum erstenmal ziehen in den Senat der dritten Republik zwei Sozialisten ein. Unter den wenig bedeutenden Resultaten der gestrigen Wahlen ist dieses sicher eines der bedeutendsten. Indes mag die Prüfung der näheren Umstände am Platze sein, um eine Ueberschau dieser Tatsache hinzuzufügen. Es ist nämlich nicht zu leugnen, daß die zwei Mandate nicht der Stärke der proletarischen Massenorganisation zu danken sind. Der eine Gewählte, der ehemalige Arbeiterführer Bürgermeister Plaisièrès, gehört der gemäßigten Partei überhaupt nicht an und ist hauptsächlich mit radikalen Stimmen gewählt worden. Schon im ersten Wahlgang stimmten vorwiegend bürgerlich-radikale für ihn, trotzdem er auch einen radikalsozialistischen Gegenkandidaten hatte! Immerhin ist zu hoffen, daß Plaisièrès, der vor der Wahl ein Verlangen nach Kollektivdienst veröffentlicht hat, seiner rühmlichen Vergangenheit weniger Schande machen wird als die bekannten Fierden des „parlamentarischen Sozialismus“.

Wenn man der politischen Entwicklung dieses einen „sozialistischen“ Senators mit Gleichmut entgegensehen darf, so kommen beim zweiten die Parteinteressen ins Spiel. Die Wahl im Departement Gironde ist ein wenig merkwürdiges auf. Der dort im zweiten Wahlgang gewählte sozialistische Generalat Delion ist ein gewähltes Mitglied der gemäßigten Partei, und er hat von seiner Wahl — als „disziplinierter Mitglied“ — der „Humanität“ sofort Meldung erstattet. Daraus bleibt es doch unbestreitbar, daß seine Wahl nur infolge eines Disziplinbruchs erfolgt ist. Die Föderation von Gironde hat in Gironde nicht nur für den Antrag Cassin gestimmt, der für den ersten Wahlgang die Aufstellung von Klassenkandidaten vorschreibt, sondern sogar gefordert, daß die Klassenkandidaturen, auch für die weiteren Wahlgänge, aufrecht erhalten werden sollen. Und nun hat dieselbe Föderation nach einem mit knapper Mehrheit gefassten Beschlusse ein Kompromiß mit den Radikalen schon für den ersten Wahlgang abgeschlossen! Delion erhielt sofort 300 Stimmen, während die von der gemäßigten Partei aufgestellten Kandidaten etwa 30 Stimmen bekamen. In der Stichwahl wurde er dann mit 508 Stimmen gewählt. Er verdrängt einen Senator von der demokratischen Linken, der es nur auf 341 Stimmen brachte.

In der „Humanität“ legt Jaurès entschieden Verwahrung gegen die opportunistische Kompromißerei ein, die auf Parteitaggen einen dekorativen Radikalismus zur Schau trägt. Jedenfalls sind die Umstände der Wahl in Gironde eine nützliche Erinnerung daran, welche Arbeit noch tut, um in die offiziell geeinigte Partei die unumgängliche proletarisch-sozialistische Disziplin und politische Konsequenz zu bringen.

Die Wiederwahl Doumèrs.

Paris, 9. Januar. (Fig. Ver.)

Die Wiederwahl Doumèrs zum Präsidenten der Kammer kam nicht überraschend. Ungeachtet der Größe der GröÙe seiner Mehrheit, und von diesem Gesichtspunkte kann das heutige Resultat nicht als schlecht bezeichnet werden. Im vorigen Jahre siegte Doumèrs mit 293 gegen 240 Stimmen. Damals betrug seine Majorität also 25 Stimmen. Diesmal hatte er mit 297 Stimmen nur 18 Stimmen mehr als sein republikanischer Gegner. Diesmal war eben die Wahlbeteiligung erheblich größer. Wenn die Rechte alle Anstrengungen machte, um ihren Kandidaten durchzubringen, so bekam der zahme Radikale Sarrien einen noch größeren Zuwachs von Stimmen, die im Vorjahre für den Jakobiner Vrissou nicht zu haben waren. Das Resultat ergibt — mit dem Ergebnis der Senatorenwahlen zusammengehalten — den notwendigen Durchfall Doumèrs bei der Wahl in Versailles, vorausgesetzt, daß sich nicht unüberwindbare Vertreter ereignen. Die republikanische Mehrheit im Senat, durch die vorgestrichen Wahlen noch verstärkt, überwiegt die Doumèrsche Mehrheit ausreichend; wenn man kann nicht zu annehmen, daß Abgeordnete, die dem wenigstens offiziell radikalen Sarrien ihre Stimme gegeben haben, sie, ohne direkt bestochen zu sein, dem gemäßigten Republikaner Fallières entziehen werden.

Italien.

Ein Kaiser-Versuchen.

Rom, 10. Januar. (V. S.) Visconti Venosta wurde gestern vor seiner Abreise nach Algier vom König in Audienz empfangen, welche über eine Stunde dauerte. Der König setzte Visconti Venosta in Kenntnis von einem Telegramm des deutschen Kaisers, worin er dem Könige seine Befriedigung über die Wahl Visconti Venostas zum

Delegierten Italiens auf der Marokkolonferenz ausdrückt. Visconti Venosta hatte alsdann noch Unterredungen mit den Botschaftern von Frankreich und Deutschland.

Spanien.

Die Arbeitslosigkeit nimmt noch ständig zu, ebenso die Verteuerung der notwendigen Lebensmittel. Die Regierung sieht dem untätig zu, begieriglich sie weiß sich keinen Rat. Die Aufhebung des Jolles und des Oktrois wären die geeignetsten Mittel, wenigstens dem Schlimmsten zu begegnen. Hierzu aber kann sich die Regierung im Interesse der herrschenden Klassen nicht entschließen. In Madrid hat sich nun unter dem Vorsitz von Pablo Iglesias ein Komitee gebildet, um den Kampf gegen die erwähnten Mißstände weiter zu führen; es sollen Versammlungen einberufen und eine planmäßige Agitation eingeleitet werden.

Wie in Spanien Wahlen „gemacht“ werden, darüber gewährt „El Socialista“ interessante Einblicke, indem er folgendes erzählt: Bei den kürzlich stattgehabten Wahlen in Puebla de Casalla kämpften die Konservativen und Liberalen mit den verwerflichsten Mitteln. Sie hatten in der Nähe der Wahllokale Schnapshütten errichtet, wo die Wähler betrunken gemacht und dann zur Wahl geführt wurden. Auch wurden Stimmen durch Geld oder Getreide gekauft; das dort herrschende grenzenlose Elend kommt dabei den Wahlmännern zur Hälfte. Nebenbei Vorgänge spielten sich auf den Balconen ab. Trotzdem sich dort die bürgerlichen Parteien aller Schattierungen gegen unsere Genossen verbündet hatten, erlangten diese bereits nachmittags um 2 Uhr einen Vorsprung über ihre Gegner. Da sahen diese mit allen möglichen Gewalttaten ein, um den Sieg unserer Partei zu vereiteln. Sie holten nicht bloß alle Beamten herbei, sondern auch die Insassen des Armenhauses, welche, von Polizisten herbeigeführt, wählen mußten. Sozialistischen Wählern wurden einfach die Zettel entzogen und ihnen bürgerliche dafür gegeben. Auf diese Weise gelang es den vereinten Gegnern, den Sieg mit wenig Stimmen an sich zu reißen.

England.

Son Wahlkampf.

Liverpool, 6. Januar. Premierminister Campbell-Bannerman sagte in einer Rede, die er heute abend hier hielt, die von Balfour gegen die Liberalen erhobene Beschuldigung, daß sie die Verteidigungsmittel des Reiches schwächen, sei grundlos. Auf Grund einer euföhrlichen friedlichen Politik und gegenseitiger Anerkennung der überflüssigen Rüstungen würde es weder staatsmännisch noch vernünftig sein, eine Verringerung der Rüstungen abzulehnen.

Niederlande.

Einschränkung der Frauenarbeit in den holländischen Ziegeleien.

Daß es keine für das weibliche Geschlecht besonders geeignete Arbeit ist, in den Ziegeleien die mit Steinen beladenen Karren zu schieben, hatte die holländische Regierung bereits im Jahre 1906 erkannt. Das damals erlassene Verbot dieser Frauenarbeit in den Ziegeleien wurde jedoch bis zum 1. Januar 1908 außer Kraft gesetzt, nachdem die Unternehmer durch bittere Klagen über die „schwere Schädigung ihrer Interessen“ das christliche Herz des verstorbenen Ministers Kuyper zum Erweichen gebracht hatten. Da nun die Frist abgelaufen ist, wird dieses im Interesse der Gesundheit der Frauen und ihrer Kinder liegende Verbot hoffentlich streng durchgeführt, es sei denn, daß es den Unternehmern gelingt, bei dem Nachfolger Kuyper, dem Minister Deegens, nochmals einen Aufschub durchzusetzen.

Amerika.

Chinas Erwachen, von dem in der letzten Zeit viel die Rede war, hat die Amerikaner mißtrauisch gemacht. In Washington rechnet man mit der Möglichkeit, daß neue große Feindseligkeiten gegen die Fremden in China ausbrechen werden, und man hält auf den Philippinen für einen solchen Fall Truppen in Bereitschaft. Der Postamt amerikanischer Waren im letzten Jahre soll der Beginn einer allgemeinen Bewegung gegen fremde Einflüsse in China gewesen sein. Man hat bemerkt, daß die Chinesen mit der Ertelung von Konzessionen für fremde Unternehmungen im Lande sehr zurückhaltend geworden sind und daß sie den Bau von Eisenbahnen, den Betrieb von Bergwerken und andere Anlagen nicht mehr Fremden übertragen, sondern selbst in die Hand nehmen. Man hört immer wieder den Hinweis auf Japan, dessen Erfolge Chinas Selbstgefühl gestärkt haben. Die Amerikaner fürchten von Chinas Erwachen die Zerstörung mancher großen geschäftlichen Pläne.

Breslaner Justiz.

Breslau, den 10. Januar 1906.

Telegraphischer Bericht.

Vor der II. Strafkammer des Breslauer Landgerichts kam heute ein Strafprozeß zur Verhandlung, der allenthalben das meiste Aufsehen erregt wird. Angeklagt ist der Redakteur der „Volkswacht“, Genosse Paul Löbe. Den Vorsitz in der Verhandlung führt der durch seine Streikurteile bekannte Landgerichtsdirektor, Geh. Justizrat Jandke, die Verteidigung des Angeklagten hat Reichstagsabgeordneter Rechtsanwalt Wolfgang Heine übernommen.

Die Anklage lautet auf Vergehen gegen § 130 St.-G.-B., wonach mit Geldstrafe bis zu 600 R. oder mit Gefängnis bis zu 2 Jahren bestraft wird, wer „in einer den öffentlichen Frieden gefährdenden Weise verschiedene Klassen der Bevölkerung zu Gewalttätigkeiten gegen einander öffentlich aufreizt“. Diese strafbare Handlung wird gefunden in einem an erster Stelle der „Volkswacht“ abgedruckten „Aufruf an die preussischen Proletarier“, welcher zu energischem und andauerndem Kampf gegen das Dreiklassensystem auffordert. Nach einem Vortrage des Genossen Eduard Verstein war in Breslau im vorigen Herbst beschlossen, die sozialdemokratische Partei aufzufordern, im November, am Ruhstage, eine allgemeine Wahlrechtsdemonstration in Szene zu setzen. Dieser Vorschlag fand damals nicht Anhang. Zum 6. Dezember v. J., dem Zulammentritt des preussischen Landtages, veröffentlichte dann die „Volkswacht“ die oben erwähnte, unter Anklage stehende Proklamation an die preussischen Proletarier.

In dem Schluß des Aufrufs erblickt die Staatsanwaltschaft die Aufreizung zu Gewalttätigkeiten. Der Vergleich mit Rußland soll die Aufforderung enthalten, in Preußen mit den russischen Mitteln gegen das Dreiklassensystem vorzugehen.

Vor Eintritt in die Verhandlung beantragt der Vertreter der Staatsanwaltschaft, Glaher, den Ausschluß der Öffentlichkeit wegen Gefährdung der öffentlichen Ruhe und Ordnung. Nach längerer Beratung lehnt der Gerichtshof diesen Antrag ab, und es wird mit der Vernehmung des Genossen Löbe begonnen. Löbe erklärt, es sei ihm nicht eingefallen, zu Gewalttätigkeiten aufzureizen. Er habe an friedliche Kundgebungen in Versammlungen und auf der Straße gedacht und sie für erlaubt gehalten. Er habe dabei auf Oesterreich und Rußland verwiesen, wo die Demonstrationen zunächst auch friedlich gewesen seien. Diese Parallele hielt er um so mehr für erlaubt, als die Breslauer Strafkammer in einem ähnlichen Strafverfahren gegen ihn und Verstein ebenfalls dergleichen Vergleiche als zulässig anerkannt habe.

Der inkriminierte Artikel wird sodann verlesen. Vorj.: Weshalb sehen Sie sich als Verfasser des Artikels? — Angekl.: Jawohl, ich übernehme die Verantwortung. — Vorj.: Sie werden doch aber zugeben müssen, daß der Artikel nach Form und Inhalt eine Aufreizung enthält? — Angekl.: Nein, das muß ich entschieden bestreiten. Ich habe schon seit längerer Zeit in der „Volkswacht“ der Propaganda für das Wahlrecht das Wort geredet, ohne daß ich dabei an irgend welche Gewalttätigkeiten gedacht hätte. Ich halte die Einführung des allgemeinen Wahlrechts in Preußen für dringend notwendig. Verteidiger Rechtsanwalt Heine stellt sodann eine Reihe von Beweisfragen. Er beantragt, eine Reihe weiterer Artikel der „Volkswacht“ zum Beweise für die Wichtigkeit

der Darlegungen des Angeklagten zu verlesen. Das Gericht gibt diesem Antrage statt, und es werden die verschiedenen Artikel verlesen.

Nach Verlesung der betreffenden Stelle beantragt Rechtsanwalt Heine, einen Artikel aus der „Leipziger Volkszeitung“ zu verlesen, in dem nach seiner Ansicht dem Sinne nach derselbe Vergleich mit Rußland gezogen sei und aus dem der Angeklagte diesen Vergleich entnommen habe. Daraus sei zu folgern, daß, wenn es in Leipzig nach dem Erscheinen des Artikels zu keinen Kundgebungen als zu friedlichen Demonstrationen gekommen sei, daß dann nicht anzunehmen wäre, in Breslau würden nach seinem Artikel andere Kundgebungen zutage treten. Der Artikel: Der Aufruf des sächsischen Zentralkomitees der sozialdemokratischen Partei, wird verlesen und im Anschluß daran das gegen Löbe im August v. J. ergangene Urteil in Sachen des politischen Massenstreiks. In diesem Urteil wird ausgeführt, daß in den Kundgebungen: Es müsse etwas gewagt werden, man müsse seinen ganzen Menschen einsetzen u. a., auch nicht in dem Hinne auf die Vorgänge bei den englischen Wahlrechtskämpfen, eine Aufreizung zu Gewalttätigkeiten gesehen werden könne. — Als Zeuge vernommen, besunder Polizeikommissar Jritsch, daß er sehr oft sozialdemokratische Vereinsversammlungen in Breslau überwaucht und Löbe als guten Redner kennen gelernt habe, der sich stets in den Grenzen des Erlaubten gehalten habe. Welche Stellung Löbe gegenüber den inneren Parteifragen einnehme, besonders ob er friedliche oder gewalttätige Mittel propagiere, darüber weiß Zeuge aus eigener Erfahrung nichts zu sagen. Der Staatsanwalt legt hierauf ein Exemplar der von der Vorwärtsbuchhandlung herausgegebenen „Silbester-Zeitung“ vor, die dem Gedächtnis der Revolutionen von 1789 und 1905 gewidmet ist, außerdem ein Inserat der „Volkswacht“, in welchem die Expedition derselben die „Silbester-Zeitung“ empfiehlt. In der genannten Zeitung sind Bilder aus der englischen, französischen und russischen Revolution mit entsprechenden Artikeln abgedruckt. Der Angeklagte macht darauf aufmerksam, daß er mit dem Inseratenteil der „Volkswacht“ nicht das mindeste zu tun habe und nicht verantwortlich dafür sei. Außerdem habe er die „Silbester-Zeitung“ nur flüchtig gesehen und die Bilder überflogen, aber keine Zeile von dem Inhalt gelesen.

Der Vorsitzende bringt darauf die Titel der Bilder zur Verlesung. Verteidiger Heine macht darauf aufmerksam, daß, wenn aus dieser Verlesung irgendwelche dem Angeklagten unangünstige Schlüsse gezogen werden sollten, er weitere Beweisfragen stellen müsse. Damit ist die Angelegenheit erledigt und die Beweisaufnahme geschlossen.

Hierauf ergreift Staatsanwalt Glaher zu seinem Plaidoyer das Wort: Aus den in den bisherigen Verdicten angeführten Stellen gehe ohne weiteres die Absicht des Angeklagten hervor, die Revolution in Rußland auch in Preußen zu propagieren. Es gebe daraus ausdrücklich hervor, daß die Absicht bestehe, die Revolution in Rußland und in Preußen nicht nur in den Zielen, sondern auch in den Mitteln gleich zu stellen. Wenn der Angeklagte früher gemäßigtere Artikel geschrieben habe, so läme das hierbei nicht in Betracht. Denn das Arbeiterheft, das diese Artikel vorzugsweise lese, frage nicht danach, was Löbe früher einmal geschrieben habe, sondern nur nach dem, was es augenblicklich vor sich sehe. Der Angeklagte könne somit nicht bestreiten, daß darin eine Aufreizung liege; eine Gefährdung des öffentlichen Friedens sei also damit gegeben. Außerdem bestreite die sozialdemokratische Allgemeinheit augenblicklich die Tendenz, möglichst die russischen Zustände in Deutschland zu propagieren. Die sozialdemokratischen Führer seien sich darüber klar, daß sie die Massen nicht in der Hand hätten. Denn Nebel hätte ausdrücklich selber gesagt, daß es nicht möglich sei, in dem Augenblick zu brechen. Die Massen würden durchgehen, wenn es erst so weit gekommen wäre. Außerdem gehe aus dem ganzen Verhalten der Sozialdemokratie augenblicklich hervor, daß man in Preußen auf dieselben Zustände wie in Rußland hinsteuere. Der Angeklagte habe das gewußt, wenn er dergleichen Artikel jetzt gerade veröffentlichte. Er mußte sich sagen und hat sich auch gesagt, daß das jetzt besonders gefährlich sei. Denn in dieser erregten Zeit, wo das Rachehaus in Flammen stehe, bedürfte es nur eines kleinen Windstößes, um unser Haus in Flammen zu setzen. Bei dieser besonderen Gefährlichkeit des aufreißenden Artikels stehe er nicht an, eine Gefängnisstrafe von einem Jahr sechs Monaten zu beantragen und den Angeklagten sofort zu verhaften.

Verteidiger Rechtsanwalt Heine: Er wolle die Zeit des Gerichtshofes zwar etwas länger in Anspruch nehmen als der Staatsanwalt, aber doch die Debatte vom politischen Felde zurückführen auf rein wüchtere, gerichtliche Erwägungen. Nicht mit allgemeinen politischen Sentiments wolle er operieren, sondern nur die Tatsachen erörtern, die die Beweisaufnahme ergeben habe. Er müsse dagegen protestieren, daß dem Angeklagten unerschuldet würde, er habe eine andere Meinung zum Ausdruck gebracht, als wie er früher ausbrachte, nämlich daß er friedliche Demonstrationen für erlaubt halte. Jemand zu unterstellen, daß er anders schreibe, wie er früher geredet habe, sei nicht zu billigen. Wenn sozialdemokratische Redakteure gegenüber einem Gegner dergleichen Unterstellungen machten, seien sie wiederholt mit Gefängnis bestraft worden. Was dem einen recht sei, müsse dem anderen billig sein. Auch der Staatsanwalt möchte sich daran halten und dem Angeklagten das glauben, was er bisher geschrieben und mit seiner Verdon gebet habe. Der Artikel ziele nicht darauf ab, einzelne Klassen der Bevölkerung gegen andere Klassen aufzureizen, er habe im allgemeinen Sturm gelaufen gegen das Dreiklassensystem. Dieses System benachteilige aber nicht nur die Besessenen, sondern auch die Besitzenden. Es sei allbekannt, daß Herr Hilow und sein Portier in derselben Wählerklasse wählten; auch die Minister wählten sämtlich in der dritten Klasse, während tatsächlich Vorbeldwirte in der ersten Klasse gewählt hätten. Es sei also nicht der Kampf einer Klassenbevölkerung gegen die andere, sondern der Wahlrechtskampf stelle den Kampf aller durch dieses Wahlrecht benachteiligten Bevölkerungsklassen dar. Der Angeklagte habe immer darauf hingewiesen, daß er friedliche Straßendemonstrationen wünsche, wie sie in Wien, Dresden und Leipzig tatsächlich erfolgt seien. In den Verdicten des Angeklagten über diese Demonstrationen werde darauf hingewiesen, daß in Wien die Ordner der sozialdemokratischen Partei ohne Eingreifen der Polizei für die Ordnung selbst gesorgt haben, und daß alle bürgerlichen Verdicte, wie die „Frankfurter Zeitung“, die „Breslauer Zeitung“ u. a. die großartige Disziplin und Ordnung der sozialdemokratischen Massen rühmend hervorgehoben hätten. Der Verteidiger beantragt zum Schluß die Freisprechung des Angeklagten beginn auf eine geringe Geldstrafe zu erkennen.

Hierauf zog sich der Gerichtshof zurück und verkündete nach längerer Beratung folgendes Urteil:

Der Angeklagte, Redakteur Löbe, wird zu einem Jahr Gefängnis bei sofortiger Verhaftung und zur Tragung der Kosten verurteilt. Inzudem wird auf Inbrauchbarkeit der Platten erkannt. Der Haftbefehl wird jedoch gegen Stellung einer Kaution von 10000 R. vorläufig aufgehoben.

In der Begründung des Urteils führte der Vorsitzende aus: Der Angeklagte habe tatsächlich verschiedene Bevölkerungsklassen gegeneinander aufgereizt. Das gehe schon aus der fettgedruckten Heberschrift hervor, die sich an die preussischen Proletarier, eine bestimmte, von allen gleichmäßig aufgeschichtete Gesellschaftsklasse, wendet. Der ganze Artikel habe so scharfe Andeutungen, daß darin die Teilbestandsmerkmale der Aufreizung zu finden seien, besonders in den inkriminierten letzten Sätzen: „Deutscher Arbeiter, nun ist die Reihe an Dir“, „Sieh nach Rußland“ usw. Der Angeklagte habe sich sagen müssen, daß das aufreizend sei. Er habe auch das Bewußtsein dessen gehabt und das sei vollkommen nachgewiesen, wenn der Angeklagte auch früher mäßiger geschrieben habe. Es sei erwogen worden, welche Strafe den Angeklagten treffen müsse. Der Gerichtshof sei dabei zu einer hohen Strafe gekommen; denn bei dieser gefährlichen Zeit mußte der Angeklagte sich sagen, daß dergleichen Aufrufe tatsächlich zu Gewalttätigkeiten führen könnten. In Rußland sei es zu Gewalttätig-

teilen gekommen, auch in Dresden und auch an der russischen Grenze in Obersachsen. Wenn der Angeklagte trotzdem derartige Aufrufe veröffentlichte, so müßte ihn eine schwere Strafe treffen.

Gewerkschaftliches.

Aus einer schwarzen Garnison.

Die christlichen Gewerkschaften, welche bekanntlich von dem Zentrum ins Leben gerufen wurden, um den Abmarsch der katholischen Arbeiter zur Sozialdemokratie zu verhindern, werden den christlichen Unternehmern mitunter sehr unangenehm. Wenn auch die Führer der christlichen Gewerkschaften den Zweck der Organisationen genau kennen und auch nur diesen im Auge haben, so müssen sie doch mit einem Teil der Mitglieder rechnen, denen ihre Gewerkschaftsorganisation etwas anderes ist, als eine Kampforganisation gegen die Sozialdemokratie. Diese Mitglieder erstreben durch die Organisation eine Verbesserung ihrer wirtschaftlichen Lage, und um diese Mitglieder nicht zum Feind, den freien Gewerkschaften, übergeben zu lassen, müssen die christlichen Führer mitunter etwas thun. Werden die christlichen Arbeiter in wirtschaftliche Kämpfe verwickelt, dann zumeist gegen den Willen der Führer; handelt es sich in solchen Kämpfen nun gar um einen fromm katholischen Unternehmer, dann versuchen die Leiter der Organisationen alles, um den Streit aus der Welt zu schaffen, dieses geschieht dann in den meisten Fällen auf Kosten der Arbeiter.

So tobt gegenwärtig wieder ein Kampf in dem bekannten Ballfahrtsort Sevelar, welcher den christlichen Führern sehr schwer im Magen liegt. Die dortige Firma Hüsch u. Werler, Gebetbüchcherfabrik, ist den christlichen Gewerkschaften nie freundlich gesinnt gewesen und oft schon haben Streitigkeiten zwischen ihr und den christlichen Organisationen aus der Welt geräumt werden müssen. Vor Weihnachten hat die Firma, es handelt sich um einen Großbetrieb, einen Buchbindergehülfen, der 15 Jahre bei ihr in Stellung war, wegen seiner Zugehörigkeit zur christlichen Organisation aufs Kflaster geworfen. Der Gemahregelte wandte sich an seine Organisation und verlangte der Zentralvorstand von der Firma die Wiedereinstellung. Doch wurde er sofort jaghaft als die Firma erklärte, von einer Wiedereinstellung könne keine Rede sein. Der Buchbinder wäre nicht wegen seiner Zugehörigkeit zum Verband entlassen, sondern wegen „ungebührlichen Benehmens“, eine sehr beliebte Ausrede.

Da stellten sich aber sämtliche christlich organisierten Arbeiter Sevelars auf Seite des Gemahregelten und verlangten nicht allein die Einstellung desselben, sondern sie forderten auch den Abschluß eines Vertrages zwischen der Firma und der Buchbinderorganisation, damit von ersterer nicht mehr fortwährend „Lohnregulierungen“ vorgenommen werden könnten. Während früher die katholische Geistlichkeit die Pflichten aus der Welt schaffte, sind bis jetzt deren Versuche gescheitert. In der kirchlichen Presse des Ortes waren sich die christlichen Gewerkschaftsleiter, soweit sie in Sevelar wohnen, und die Firma gegenseitig Vertragsbruch vor, gleichzeitig erklärt die Firma, daß sie sich von niemand betreffs Entlassung von Arbeitern Vorschriften machen lasse, während von anderer Seite um des „guten Rufes“ des Ortes willen um Einstellung der Streitigkeiten gebeten wird.

Die frommen Firmeninhaber scheuen sich den Teufel um den guten Ruf des Ballfahrtsortes; sie vertreten ihr Masseninteresse, sie wollen einfach „Herr im Hause“ sein. Und die christlichen Gewerkschaftsführer, denen kein Wort so verhasst ist, als das Wort Massenkampf, haben hier den Massenkampf vor sich. Vielleicht kommt ein Teil der christlichen Arbeiter durch diesen Vorgang zur besseren Erkenntnis ihrer Lage.

Berlin und Umgegend.

Der Kampf der organisierten Gastwirtsgehülfen gegen die Gastwirte dreht sich in der Regel um die Anerkennung des Arbeitsnachweises des Verbandes — der Form nach, in der Tat ist es aber auch nur ein Kampf um höheren Lohn und bessere Arbeitsbedingungen. Daß sich die Gastwirte so hartnäckig gegen die Anerkennung des Verbandsnachweises sträuben, hat seine guten Gründe: Die circa 70 bis 80 Vermittlungsstellen — die genaue Zahl läßt sich, da immer wieder neue schiffbrüchige Existenzen aus anderen Berufen das „Gewerbe“ eines Vermittlers ergreifen, kaum feststellen —, sind stets bereit, dem Gastwirt Personal zu den erbärmlichsten Löhnen zu schicken. Die Gewalt der Stellenvermittler über die Stellungslosen ist durch Anwendung schwarzer Listen, Vorkotierung der Organisierten usw. so groß, daß die Masse der Gastwirtsgehülfen sich in geradezu slavischer Abhängigkeit von diesen befindet. Die Konkurrenz der Vermittler untereinander erzeugt eine Situation, die ganz im Interesse der Gastwirte liegt. Daraus erklärt sich der Haß der Stellenvermittler sowohl als der Widerstand der Gastwirte gegen den Verband Deutscher Gastwirtsgehülfen, der bestrebt ist, einmal der Zerstückelung des Arbeitsnachweises ein Ende zu machen, ferner durch die Eroberung des Arbeitsnachweises bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen zu erzwingen. Die Forderungen, welche der Verband Deutscher Gastwirtsgehülfen aufstellt, sind äußerst bescheiden. Nach seinem Lohnsatz sollen feste Kellner mit 2 M. pro Monat entschädigt werden; Ausschülfskellner an Sonnabenden und Sonntagen mit 3 M. pro Tag, an den Wochentagen mit 2 M. pro Tag. Diese lächerlich geringe Vergütung bedeutet allerdings in dem Berliner Gastwirtsgehülfe schon eine hohe Forderung, wenn man bedenkt, daß hier dem Kellner nicht nur ein Lohn von 10 M. oder 6 M. pro Monat gezahlt wird. Hiervon gehen noch Abzüge für Kaffee, Gläserbruch usw. ab. In vielen Restaurationsbetrieben wird aber ein Lohn überhaupt nicht gezahlt, sondern die Kellner haben noch hohe Abgaben an ihren Prinzipal zu machen. Die einzige sichere Garantie, daß der oben angeführte Tarif des Verbandes auch wirklich innewohlt wird, ist die, daß der betreffende Gastwirt sein Personal nicht anderswo her bezieht oder direkt einstellt, sondern es sich durch den Arbeitsnachweis der Organisation vermitteln läßt.

Um diesen Kernpunkt drehen sich auch die Differenzen des Verbandes mit Herrn Cranz, den Inhaber der neu eröffneten „Brachfale des Orens“. Hierüber erhalten wir folgende Darstellung: Herr Cranz hatte trotz seines lange vor Eröffnung des genannten Etablissements gegebenen Versprechens seine ersten Kellner bei Vermittlern bestellt oder unter der Hand angenommen, natürlich nur, um den Tarif des Verbandes nicht zahlen zu brauchen. Er verstand sich nur dazu, bei Arbeiterfehlzeiten „nach Kräften“ den Nachweis zu benutzen; auch war er so freundlich, die von ihm zu niedrigen Löhnen und sonstigen schlechten Arbeitsbedingungen Engagierten der Organisation zuführen zu wollen. Das mußte der Verband, dem sonst gewiß jeder Zuwachs von Mitgliedern sehr willkommen ist, unter den gegebenen Umständen ablehnen, da er ja damit dem Unternehmer nur Vorwand geliefert haben würde in dessen Bestreben, die Forderungen des Verbandes zu umgehen. Herr Cranz wollte seine Kellner der Organisation doch lediglich deswegen zuweisen, um dann der organisierten Arbeiterschaft gegenüber den Anschein zu erwecken, die Forderungen der organisierten Gastwirtsgehülfen bezüglich des Lohnsatzes usw. seien bei ihm erfüllt. Kostete ihm ja das auch gar keinen Pfennig.

Aus demselben Grunde lehnte der Verband die Vermittlung von Ausschülfskräften ab, so lange nicht Herr Cranz die bescheidenen Forderungen der Organisation anerkennen wollte. Es kam schließlich zu Unterhandlungen unter der Leitung des Ausschusses der Berliner Gewerkschaftskommission, die aber, wie im „Vorwärts“ bereits mitgeteilt wurde, zu keinem Ergebnis führten, da Herr Cranz alle im Laufe der Verhandlungen gemachten Zugeständnisse am Schlusse wiederrief. Diese Verhandlungen fanden statt am Freitag, den 6. Januar; am Sonnabend, den 7. Januar hatte der Verband der jugendlichen Arbeiter und Lehrlinge in den „Brachfale des Orens“ ein Winterfest arrangiert. Den Vertretern dieses Vereins gegenüber hatte Herr Cranz wiederholt versichert, daß er die Forderungen der Gastwirtsgehülfen anerkennen habe. Als der genannte Verein sich von Herrn Cranz getrennt sah, kam es zu Auseinandersetzungen, und schließlich erklärte sich Herr Cranz bereit, den Lohnsatz des Gastwirtsgehülfen-Verbandes unter schriftlich anzuerkennen. Dies war in der Nacht vom Sonnabend zu Sonntag; der Verband Deutscher Gastwirtsgehülfen glaubte nunmehr alles in Ordnung und entsand am Montagabend nochmals einen Vertreter zu Herrn Cranz, lediglich zu dem Zwecke, einen Vertrag zur gegenseitigen Unterschrift zu unterbreiten, der in reaktionärer Ausarbeitung aber anderes nicht enthielt als das, was Herr Cranz am Sonnabend durch seine Unterschrift anerkannt hatte. Herr Cranz war aber jetzt, nachdem das oben bezeichnete Fest vorüber, wieder der hartnäckige Unternehmer von vorher; er wollte von der Anerkennung der Forderungen des Verbandes nichts mehr wissen und rief dem Vertreter des Verbandes seine von ihm (Herrn Cranz) unterzeichnete Erklärung und die übrigen Schriftstücke gewaltsam aus der Hand. Herr Cranz hat also dem Verband gegenüber nicht bloß Wortbruch getrieben, sondern hat sich auch in gewaltthätiger Weise wieder in den Besitz seiner von ihm unterschriebenen Erklärung gesetzt.

Damit sind alle Unterhandlungen auf einem toten Punkte angelangt und der Verband Deutscher Gastwirtsgehülfen wird den Betrieb des Herrn Cranz für seine Mitglieder so lange sperren, bis dort die Forderungen in vollem Umfange anerkannt sind.

Die Pianomechanikarbeiter der Firma Geng u. Co. befinden sich seit Weihnachten im Streik. Die Ursache des Ausstandes lag in der Verzögerung von Ueberstunden und der daraufhin erfolgten Entlassung mehrerer Arbeiter. Verhandlungen mit dem Unternehmer waren bisher resultatlos, weil dieser sich auf dem Standpunkt des Herrn im Hause stellte. Mit dem Streik befaßte sich gestern abend eine gut besuchte Versammlung der Mechanikarbeiter aus allen Betrieben der Branche. Es wurde mitgeteilt, daß sich zwar einige Arbeitswillige gefunden haben, im allgemeinen aber der Stand des Streiks als nicht ungünstig bezeichnet werden könne. Um den Ausständigen eine bessere Rückensicherung zu sichern, haben jetzt die organisierten Zusammenhörer mehrerer Maschinenfabriken, wo Gengsche Produkte bearbeitet wird, den Beschluß gefaßt, die Verarbeitung der Gengschen Erzeugnisse während der Dauer des Streiks zu verweigern. Auch in Kopenhagen, wohin die Firma Geng Produkte liefert, sind die Maschinenarbeiter von dem Streik unterrichtet worden, und es steht zu hoffen, daß auch diese die Verweigerung von Streikarbeit ausprechen werden. Wie nicht anders zu erwarten, befinden die übrigen Mechanikfirmen das lebhafteste Interesse an dem Gengschen Streik, denn falls dieser für die Arbeiter verloren ginge, dürften die Arbeitsverhältnisse überall eine Verschlechterung erfahren. Deshalb erklärte sich die Versammlung auch einmütig mit dem Vorgehen der Gengschen Kollegen und Kolleginnen, soweit diese am Streik teilnehmen, einzuverwandeln, und sprach ihnen ihre volle Sympathie aus.

Lohnbewegung der Treppengeländer-Arbeiter. Vor ungefähr einem Jahre wurde in der Treppengeländerbranche ein Lohnsatz abgeschlossen, der nun, nachdem er von den Arbeitern genehmigt worden ist, am 1. Februar sein Ende erreicht. Die Arbeiter verlangen geringe Lohnerhöhungen und wünschen vor allem, daß der neue Tarif so gründlich beraten werde, daß in Zukunft Streitigkeiten über einzelne Bestimmungen so viel wie möglich vermieden werden. Inzwischen haben Verhandlungen mit den Vertretern der Vereinigung der Treppengeländer-Fabrikanten stattgefunden, obwohl die Fabrikanten sich anfänglich ganz entzweit über die „exorbitanten Forderungen“ gebärdeten. Das Ergebnis ist freilich gleich null, wie aus dem Bericht hervorgeht, den der Branchenvertreter Dabke am Montag einer fast vollständig von den Arbeitern der Branche — Tischlern, Drechslern, Stellmachern, Bildhauern, Maschinenarbeitern usw. — besuchten Versammlung, die im Königstadt-Kasino stattfand, gab. Die Fabrikanten wollen nicht auf die Erhöhung des Mindestlohnes von 55 auf 60 Pf. und für Arbeiter, die schon in der Branche tätig waren, auf 65 Pf. eingehen und als Zulage auf die bestehenden Löhne wollten sie höchstens 2 1/2 Proz. statt der geforderten 7 1/2 Proz. bewilligen. Ebenso lehnten sie die Erhöhung des Zuschlages für Montagearbeit ab und in der Jahrgeldvergütung wollten sie sogar eine Verschlechterung durchsetzen und sie nur für die Fälle bestehen lassen, wo das Jahrgeld über 40 Pf. beträgt. Im Affordiaten wollten sie einige Positionen verbessern, was zwar für solche Arbeiten, die auswärts billiger angefertigt und von auswärtig bezogen werden können. — Die Versammlung verhielt sich diesen „Zugeständnissen“ der Fabrikanten gegenüber durchaus ablehnend; sowohl der Referent wie sämtliche Diskussionsredner sprachen sich entschieden im Sinne der folgenden Resolution aus, die danach einstimmig angenommen wurde:

„Die Versammlung nimmt Kenntnis von dem resultatlosen Verlauf der Verhandlungen mit der Vereinigung der Treppengeländer-Fabrikanten und beauftragt die Kommission, die nötigen Vorbereitungen zu treffen, damit die Forderungen zu geeigneter Zeit zur Durchführung gebracht werden können.“

Da die Arbeiter der Branche, die noch vor drei Jahren größtenteils dem Organisationsgedanken verständnislos gegenüberstanden, jetzt beinahe bis auf den letzten Mann organisiert sind, ist es um so mehr verständlich, daß sie jetzt mit aller Macht eine annehmbare Verbesserung ihrer Lohn- und Arbeitsbedingungen anstreben.

Sobald befaßte sich die Versammlung mit dem Thema: „Die Ueberstunden- und Sonntagsarbeit“. Obgleich sich in dieser Hinsicht mit dem Wachsen der Organisation vieles gebessert hat, kommt es immer noch vor, daß hier und da Ueberstunden gemacht werden und Sonntags gearbeitet wird, was übrigens auch gegen den jetzt noch geltenden Tarif verstößt, wie gegen einen einstimmig gefaßten Versammlungsbeschluß. Hierzu wurde folgende Resolution angenommen:

„In Erwägung, daß trotz des einstimmigen Versammlungsbeschlusses immer noch einige Kollegen Ueberstunden- und Sonntagsarbeit leisten, beschließt die Versammlung, daß gegen diese Kollegen einschließliche Stellung genommen wird.“

Die Aussperrung bei der Firma Joseph Drechler war der letzte Punkt der Tagesordnung. Dieser fromme katholische Arbeitgeber hat es für zweckmäßig um christlich erachtet, trotz schriftlicher Vereinbarung keine alten Arbeiter kurz vor Neujahr zu entlassen, angeblich wegen Arbeitsmangel, und sich neue vom katholischen Gesellenverein zu verschaffen, der auch bereitwillig für die nötige Anzahl von Streikbrechern sorgte. Vermutlich ist auch der christliche Holzarbeiterverband an dieser Streikbrecherlieferung beteiligt, obgleich dieser, wie behauptet wird, auch die Werkstatt für gesperrt erklärt hat. Der Zahl noch sind nun wohl die alten Arbeiter erlegt, aber mit den Führern der Streikbrecher soll es sehr schlecht bestellt sein, so daß Herr Drechler sich bemüht, einige von den „Koten“ wiederzugewinnen, damit sie die Streikbrecher anlernen, und er schließlich nur noch gut christliche, folglose Leute in der Werkstatt hat, die sich jeden Tarifbruch ohne weiteres gefallen lassen. Die Aussperrten sind jedoch keineswegs gewillt, ihn in diesem Bestreben zu unterstützen, und ebensowenig wird sich einer von den übrigen tüchtigen Arbeitern der Branche dazu verleiten lassen. Im übrigen werden sämtliche Bauarbeiter auf die Differenzen bei der Firma Joseph Drechler aufmerksam gemacht.

Achtung, Schuhmacher! Anlässlich des Ausstandes der Arbeiter der Schuhfabrik von Hammer-Dresden verfuhr der hiesige sächsische Arbeitsnachweis, Gr. Hamburgerstr. 13-14, Arbeitswillige für genannte Firma zu werben. Besonders russische Flüchtlinge, die bar aller Existenzmittel, sollen zu diesem Zwecke mißbraucht werden. Die Ortsverwaltung Berlin des Schuhmacher-Verbandes.

Deutsches Reich.

Bergarbeiter-Bewegung.

Bochum, 10. Januar. (Privatdepesche des „Vorwärts“.) Die Siebener-Kommission beruft für den 11. und 12. Februar eine Konferenz der preussischen organisierten Bergarbeiter ein.

Dieselbe findet vom 11. Februar, vormittags 9 Uhr ab im van de Looschen Lokal in Essen statt.

Als provisorische Tagesordnung ist festgestellt:

1. Stellungnahme zu dem neuen Knappschafts-Gesetzentwurf.
2. Forderung reichsgesetzlicher Regelung des Bergarbeiter-schutzes und des Knappschaftsloosens.
3. Stellungnahme zu einer Lohnerhöhung in Anbetracht der allgemeinen Teuerung.

Die Bergleute der Krupp'schen Zeche „Glückbrunnen“ sind in den Ausstand getreten. Die Ursache ist in einer Bedingungsänderung zu suchen. Die Arbeiter haben sich geweigert das neue Gebinde zu unterzeichnen und sind wieder die Arbeitsordnung nach Hause geschickt worden. Der Arbeiterausschuß ist beschwerdeführend bei Bergrat Brölinghaus vorstellig geworden. Der Streik dauert an.

Die Arbeiter der Treibriemenfabrik von Joh. Bier zu Bieren sind in den Ausstand getreten. Der Anlaß war die Rahrgelung des Kaffeees. — Zugang ist streng fernzuhalten. — Alle Kastragen sind zu richten an Peter Baummann, Bieren (NHL), Krefelderstr. 79.

Ausland.

Die Bauarbeiterorganisationen von Zürich haben sich dahin geeinigt, von den Unternehmern die Einführung des Neunstundentages mit möglichst gleichmäßiger Tageseinteilung und einem Lohnanfang, der wenigstens dem bisherigen Sommertagsverdienst entspricht, zu fordern.

Bergarbeiterbewegung. Am 14. Januar findet in Wadmes eine Konferenz der Bergleute im Vorinoge-Waden zur Beratung der Lohnforderungen statt.

Die Bauhandwerker von New York arbeiten vom 1. Januar an zum großen Teil unter neuen Verträgen, nach denen sich etwa 60000 Arbeiter richten werden. Die Maurer-Union hat einen Vertrag auf zwei Jahre, die Marmorarbeiter haben einen Vertrag auf drei Jahre abgeschlossen. Früher galten die Verträge immer bis zum 1. Mai, aber auf Wunsch vieler Arbeitgeber fand eine Veränderung statt. Die Löhne der Bauhandwerker sind relativ gute und betragen etwa 4-8 Dollar pro Tag bei achtstündiger Arbeitszeit. Zimmerleute erhalten z. B. 4,50-5 Dollar, Gipser 5,50-6 Dollar Tageslohn. — Einen Fortschritt kann man jedoch den Tarifablauf am 1. Januar für die Arbeiterhaft nicht nennen.

Eingegangene Druckschriften.

Dr. Zoellich u. P. Strickfeld. Die deutschen sozialdemokratischen Gewerkschaften. Untersuchungen und Materialien über ihre geographische Verbreitung 1896-1903. Preis: M. 12.—. Karl Heymanns Verlag, Berlin, W. 8.

Dr. Jenny Herzmark. Die Dohise des „Anjas Potemkin“. 208 S. Wiener Volkshandlung J. Brand, Wien VI.

Stenographischer Bericht über die große Protestversammlung der Berliner Tabakinteressenten. 27 Seiten. Druck J. S. Hermann, Berlin, SW. 19.

Die Lage der Schmiede, Kesselschmiede und deren Hülfenarbeiter in Deutschland. Nach statistischen Erhebungen. 110 S. Preis für Mitglieder 50 Pf. für Nichtmitglieder 1 M. Selbstverlag des Vorstandes des Zentralverbandes aller in der Schmiederei beschäftigten Personen, F. Lange, Hamburg, Herderstr. 2.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Neue Opfer der Wahlrechtsdemonstrationen.

Flauen (Vogtland), 10. Januar. (B. G.) Die Staatsanwaltschaft hat gegen fünfzehn Veranstalter von Wahlrechtsdemonstrationen, begangen am 3. Dezember 1906, Anklage wegen Landfriedensbruch, Aufruhr, Majestätsbeleidigung erhoben. Unter den 15 Angeklagten befinden sich auch der Vorsitzende des Gewerkschaftskartells und der Vorsitzende des Mietervereins.

Und noch ein Opfer!

Wien, 10. Januar. (B. G.) Wegen Beteiligung an am 2. Januar d. J. stattgefundenen Wahlrechtsdemonstrationen wurde der Redakteur der „Arbeiterzeitung“, Tacubler, zu einer Woche verschärfstem Arrest verurteilt.

Die Revolution in den Ostseeprovinzen.

Riga, 10. Januar. (B. G.) Revolutionäre Banden haben in den letzten Tagen einen der ältesten Herrensitze in Kurland, das dem Herrn von der Rede gehörige Schloss Neuburg und das dem Grafen Redem gehörige Gut Lauf, trotzdem eine größere Anzahl Truppen sich zum Schutze auf den Gütern befanden, vollständig niedergebrannt.

„Es herrscht Ruhe.“

Odessa, 10. Januar. (Melbung der Petersburger Telegraphen-Agentur.) Nachdem über das Gouvernement Cherson der Kriegszustand verkündigt worden war, ist dort die Ruhe wieder eingelehrt. An verschiedenen Orten geben die Bauern das geraubte Gut zurück. Die Eisenbahnen sind in regelmäßigem Betrieb. Eine Dynamitniederlage wurde hier entdeckt, viele Waffen wurden beschlagnahmt und eine Anzahl Aufständische verhaftet. Im Kohlenbezirk verkehren die Züge ebenfalls.

Die Hankees und die Marokkokonferenz.

New York, 10. Januar. (B. G.) Der Senat erörterte heute in geheimer Sitzung die Frage der Entsendung der amerikanischen Delegierten zur Marokkokonferenz. Bacon sprach in heftiger Weise seinen Tadel aus, da dies gegen die Tradition amerikanischer Politik sei und wies darauf hin, wie unangenehm es sein würde, wenn die amerikanischen Delegierten für Deutschland oder Frankreich Partei nehmen müßten. Spooner, der vorher mit Wood eine Unterredung hatte, erwiderte, die Amerikaner würden an einer Abstimmung nicht teilnehmen und nur Zuhörer sein. Die Entsendung der Delegierten sei lediglich ein Höflichkeitsschritt den europäischen Nationen gegenüber. Der Senat ist von dieser Erklärung wenig befriedigt und wird die Sache weiter erörtern.

Hotelbrand.

Minneapolis, 10. Januar. (B. T. G.) Das hiesige Westend-Hotel ist niedergebrannt. Soweit bis jetzt bekannt ist, sind 8 Hotelgäste in den Flammen umgekommen. Man fürchtet aber, daß noch andere Personen ihr Leben eingebüßt haben. Ein Feuerwehrhauptmann stürzte bei dem Versuch, eine Frau zu retten, ab und starb.

Reichstag.

10. Sitzung vom Mittwoch, den 10. Januar 1906, nachmittags 1 Uhr.

Am Tische des Bundesrats: Frhr. v. Stengel, Frhr. v. Rheinbaben.

Ein schleuniger Antrag der Abg. v. Normann (L) und Gen. wegen Einstellung eines Strafverfahrens gegen den Abgeordneten v. Bonin (L) wegen Vergehens gegen das Genossenschaftsgesetz für die Dauer der Session wird ohne Besprechung angenommen.

Darauf wird die erste Beratung des Gesetzentwurfs betreffend die Ordnung des Reichshaushaltsetats und die Tilgung der Reichsschuld (Reichsfinanzreform) fortgesetzt.

Abg. Metrich (L): Wir betrachten die Vorschläge der Regierung auch nicht als unantastbar und werden sogar neue Steuern vorschlagen. Bezüglich der Matricularbeiträge ist der größte Teil meiner Freunde für die vorgeschlagene Bindung. Ich stehe auf dem entgegengelegten Standpunkt. Die Kopfsteuer ist die rohste und die ungerechteste Steuer die wir haben. Industrie und Handel treibende Staaten können sie viel besser tragen als Ackerbau und Viehzucht treibende wie zum Beispiel Mecklenburg. Wir sind mit dem Verbot gegen Vierfüßlergatt einverstanden und wir glauben, daß das Bier durch die Steuererhöhung für das Publikum nicht teurer wird. Eine Preiserhöhung könnte ja bei uns nur durch den Ausbruch kommen, wenn man zu der Pfennigrechnung Süddeutschlands übergehen würde. Die Staffelung der Malzsteuer hat in Süddeutschland den Rückgang der kleinen Brauereien nicht aufhalten können; trotzdem halten wir das Prinzip der Staffelung für gut. Fraglich ist nur, ob die Spannung zwischen den Steuerhöhen der großen und kleinen Brauereien, wie sie in der Regierungsvorlage gefordert wird, ausreichend ist. — Der Tabaksteuer stehen meine politischen Freunde mit großen Bedenken gegenüber. Gegen die Zigarettensteuer haben wir keine grundsätzlichen Bedenken. Dagegen können wir von den Stempelsteuern wahrscheinlich nur die Fahrkartensteuer annehmen.

Wir sind grundsätzlicher Gegner der Erbschaftsteuer. Freilich können wir uns nicht der Tatsache verschließen, daß ein großer Unterschied zwischen der Erbschaft von Ehegatten und Deszendenten einerseits und der von anderen besteht. Der Hauptantrag gegen die Vorlage ist der, daß die Landwirtschaft durch sie besonders schwer getroffen wird. (Lachen links.) Ich kann es nicht anders nennen als eine erneute Vermögensschmälerung der Landwirtschaft.

Können wir nicht nach dem Beispiel Englands einen Kohlenausfuhrzoll einführen? Wir sind ferner für einen Kaliszoll. Welche Rolle würden dazu beitragen, den Inlandskonsum zu verbilligen. Eine Einkommensteuer mit 10 Pf. pro Liter würde 50 Millionen pro Jahr einbringen. Vermehrte Einnahmen für das Reich müssen wir auf alle Fälle haben. (Beifall rechts.)

Abg. Dr. Wieser (fr. Sp.): Der Reichsfinanzsekretär hat es sehr eilig, er wird aber noch etwas warten müssen; denn die Steuerprojekte der Regierung fordern ja die Kritik geradezu heraus; eine Erörterung hier im Hause und im Lande wird sich die Regierung also gefallen lassen müssen. Von uns ist die jetzt vorhandene schlechte Finanzlage vorausgesetzt, indem wir auf die Planlosigkeit der Ausgaben hinweisen. Der Reichsfinanzsekretär ist dafür mitverantwortlich, denn die großen Sprünge sind erst seit 1888 gemacht. Das Bild des Reichsfinanzsekretärs von dem armen Reisenden trifft nicht zu; denn das Reich ist für die Einzelstaaten kein Fremder, der an die Türen klopft, sondern hat einen Rechtsanspruch auf Beiträge der Einzelstaaten. Der Reichsfinanzsekretär hat uns versprochen, daß sich der Bundesrat zu einem Vorkurs der Sparbarkeit entwickeln würde bei Annahme der Vorlage. Schön wär's, allein mir fehlt der Glaube, der Bedarf an Steuern ist in den nächsten Jahren nicht so groß, wie Sie gefordert werden. Wir haben keine Reue, Steuern auf Vorrat zu bewilligen. Eine Belastung der weniger begüterten Bevölkerung stellt die Vorlage zweifellos in Aussicht.

Herr v. Stengel hat in der Art Bismarcks die Vorzüge der indirekten Steuern geschildert. — Daß sich die ärmeren Schichten unter dem System der indirekten Steuern nicht so besonders wohl fühlen, zeigt doch das Anwachsen der Sozialdemokratie. Alle diese indirekten Steuern brauchen man nicht bei einer Reform der Brauwirtschaft. Das wichtigste ist für uns aber die Vereinfachung der Liebesabgabe in Höhe von 45,8 Millionen Mark für einige tausend Gutsbesitzer. Hier mahnt aber die Regierung: keine Vermehrung in das Gewerbe zu tragen! Bei anderen Gewerben ist man darin doch nicht so ängstlich. (Sehr richtig! links.) Frhr. v. Stengel ist agrarischer als sein Vorgänger, der doch die Liebesabgabe auf die Hälfte ermäßigen wollte. Frhr. v. Stengel sagte über den Mangel an Opferfreudigkeit. Ich sollte denken, an Opfern hat es das deutsche Volk doch wahrlich nicht fehlen lassen. Er hätte aber an die Opferwilligkeit der Agrarier einmal appellieren sollen!

Ueber die Durchbrechung unseres Steuerprinzips durch die Erbschaftsteuer freue ich mich; ich bin prinzipiell für diese Steuer, wenn ihr Bedarf nachgewiesen wird. Ich bedaure die vielen Begünstigungen, z. B. für die Kirchen. Dadurch wird die Ansammlung von Vermögen in toter Hand besonders begünstigt. Solche Erbschaften müßten aber doch gerade besonders hoch besteuert werden. Die Besteuerung des Abg. Singer für hohe Erbschaftsteuern steht auf demselben Brett, wie die Besteuerung der Reichen für indirekte Steuern. Die Stempelsteuer war eine böse Weihnachtsüberraschung. Auch Herr v. Podbielski hat sich scharf gegen eine Erhöhung der Palettensteuer gewandt. Jetzt will man nun mit Hilfe des Stempels den Preis der 50 Pf. Palette auf 60 Pf. erhöhen.

Die Bier- und Tabaksteuer lehnen wir grundsätzlich ab. Man hat der Biersteuer mit der Staffelung ein soziales Mantelchen umgehängt. Den kleinen Brauereien wird man mit dieser Steuer ebenso wenig helfen wie mit dem Surrogatverbot. Die Tabaksteuer steht im trostlosen Widerspruch zu der stets proklamierten Schonung der schwächeren Schichten. Als Vertreter von Nordhausen muß ich die Steuer auch belämpfen, weil sie den Kautabak trifft. Etwas populärer ist die Zigarettensteuer, die aber in der Praxis die Wirkung hat, den Handel mit der billigen Zigarette zu 1 Pf. unmöglich zu machen. Die kleinen und mittleren Betriebe dieser Industrie würden ihr Geschäft einstellen müssen. Das Gesonnturteil meiner Freunde, wie es bis jetzt vorliegt, ist überaus unglücklich. Wir wollen ein gerechtes, gut ausgebautes Steuersystem, aber keine Steuerpladereien. (Bravo! links.)

Abg. v. Kordorf (Sp.): Der Vordredner und seine Freunde sind mit allen Steuern einverstanden, die die bösen Agrarier recht scharf treffen und Handel und Gewerbe möglichst freilassen. Ich bin so ziemlich in allen Punkten genau entgegengesetzter Meinung als er (Große Heiterkeit), nur darin bin ich mit ihm einverstanden, daß die Matricularbeiträge anders und gerechter verteilt werden müssen. Hoffentlich bringt der Bundesrat bald ein gerechteres System zustande; es sind ja so viele ausgezeichnete Köpfe in dem hohen Kollegium. (Heiterkeit.) — Im Namen meiner Freunde habe ich zu erklären, daß wir uns nach Kräften bemühen werden, das Werk der Reichsfinanzreform zustande zu bringen. Ich hoffe, daß in der Kommission eine Einigung erzielt werden wird; im Interesse einer solchen Einigung will ich es vermeiden, nach Art des Vordredners auf alle Einzelheiten einzugehen. Dazu ist die Kommission der geeignete Ort. (Umrufe, Lachen und heftiger Widerspruch links.) Das Haus nimmt ja auch gar kein Interesse an den steuerrechtlichen Einzelheiten, die Wank sind während der Rede des Vordredners sehr leer geworden. (Heiterkeit.) Das Reich bedarf für seine neuen Aufgaben neue Einnahmen. Die Kolonialpolitik muß weit energischer betrieben werden. (Lachen bei den Sozialdemokraten.)

Bei der Erbschaftsteuer verlangen wir eine scharfe Differenzierung zwischen mobilem und immobilem Kapital. Wenn die Herren Nationalliberalen schon das letzte Wort gesprochen haben, ist für die

Tabaksteuer wenig Aussicht vorhanden. Wir wollen den inländischen Tabakbau schützen. Wenn der Reichstag den ersten Willen hat, diese Finanzmiere zu überwinden, wird ein Werk zustande kommen, das dem deutschen Vaterlande zum Segen gereicht. (Beifall rechts.) Abg. Dr. Paschke (fr. Sp.): Herr v. Kordorf würde, glaube ich, sich die ganze erste Sitzung am liebsten ersparen und den Schwerpunkt in die Kommission verlegen. (Abg. Camp (Sp.): Sehr richtig!) Sehr richtig! ruft Herr Camp und schätzt damit den Wert seiner eigenen Ausführungen — er ist ja zum Wort gemeldet — sehr gering ein. Wir sprechen aber nicht bloß für das Haus, sondern auch für die Öffentlichkeit, die über Weihnachten Gelegenheit hatte, sich mit dem Gegenstande vertraut zu machen. Die Regierung hat uns in der Budgetkommission im vorigen Jahre Andeutungen gemacht, aus denen wir ganz andere Schlüsse ziehen mußten. Es handelt sich dabei um eine, wenn auch nicht gewollte, so doch tatsächliche Zersplitterung des Reichstags. Denn die Regierung fordert jetzt ein Mehrfaches von dem, was sie damals andeutete. Auch Professor Adolf Wagner und der preussische Finanzminister beklagen die Interessenlosigkeit und fordern die Opferwilligkeit, aber sie vergessen dabei die Schultern derjenigen, die jetzt in erster Linie berufen wären, ihre Opferwilligkeit auszusprechen. Ich weise besonders auf die Großbrennereien hin, die doch endlich die Liebesgaben, die ein unverdientes Staatsgeschenk darstellen, herausgeben sollten. Es handelt sich dabei um einen finanziellen Effekt, der wahrlich nicht unterschätzt werden darf. Von den Nationalliberalen hat Abg. Dr. Paschke früher auch einen Antrag in der Richtung eingebracht, wie wir ihn jetzt wünschen. Leider hat der diesjährige Redner der Nationalliberalen nicht die Absicht ausgesprochen, uns in dieser Aktion gegen die Liebesgaben zu unterstützen. Öffentlich findet sich ein anderer nationalliberaler Abgeordneter, der einen solchen Antrag einbringt.

Abg. Wisting hätte gestern noch anführen sollen, daß die Brauereiersteuer entweder den Brauereien getragen werden muß, dann ist sie eine ungerechte Sondersteuer, oder der Verbraucher trägt sie, dann bedeutet sie eine ungerechte Konsumsteuer. Drei Millionen Mark Nationalvermögen werden dadurch entwertet werden. Da müssen doch die Brauereien Abwehrversuche machen. Ob das aber in allen Fällen gelingen wird, darüber sind gerade die Männer der Praxis sehr verschiedener Meinung. Es ist das eine merkwürdige „Wittelschandpolitik“, die das Gastwirtsgebet und die Tabakindustrie in dieser Weise bedroht! Die Ansicht darüber ist geteilt, ob es möglich ist, die Mehrbelastung auf das Publikum abzuwälzen. Eine solche Abwälzung kann sich in sehr verschiedener Weise zeigen: die Speisen können schlechter werden, es kann eine Berechnung für das Zubrot, das bisher in Norddeutschland kostenfrei ist, eintreten usw. Befragt aber, die Abwälzung gelingt in irgend einer Weise, so handelt es sich um eine Konsumbelastung, die wir ebenso bekämpfen, als es Herr Wolf Wagner — im Prinzip — tut. Sie meinen: Was will eine Mehrbelastung von 1,24 Pf. auf das Liter sagen? Aber eine solche macht pro Jahr schon 1 M. 24 Pf. auf den Kopf der Bevölkerung aus. Und das ist der berühmte „statistische Kopf“. (Heiterkeit.) Auf die Familie macht es schon 6 M. 20 Pf. auf das Jahr. Eine solche Belastung der Widerbemittelten ist durchaus verwerflich. Die Hinweise auf die indirekten Steuern des Auslandes passen ganz und gar nicht. Denn man vergißt bei solchen Vergleichen regelmäßig die Hunderte von Millionen, die unsere Lebensmittel dem Volke kosten und die in keiner Statistik erscheinen. Bei der Schaffung der Reichsverfassung ist durchaus nicht jener Grundgedanke, daß das Reich nur auf indirekte Steuern angewiesen werden soll, aufgestellt worden, wie man jetzt allgemein glaubt. Ich führe den Beweis: „Ausdrücklich ist damals das Wort „indirekt“ vor: „Steuern, die das Reich erheben dürfe“, in namentlicher Abstimmung mit 125 gegen 122 Stimmen gefaßt und dadurch dem Reich das Recht gewahrt worden, auch direkte Steuern zu erheben. — Dem Surrogatverbot können wir ungefähr in der vorgeschlagenen Form zustimmen.

Herr Wisting hat in seinem temperamentvollen Auftreten für die Brauereiersteuer unsern feuerfreudigsten Finanztheoretiker, den ehemaligen Unterstaatssekretär v. Mayr, betroffen. Es ist merkwürdig: In der Handelspolitik betrachtet man Deutschland als einen Agrarstaat, in der Steuerpolitik aber als einen Industriestaat. (Sehr richtig! links.) Dort wird die Industrie unberücksichtigt gelassen, hier aber muß sie immer die Hauptrolle spielen. (Vehementer Beifall links.) — Die Rohabaksteuer ist wohl verloren, da auch die nationalliberale Partei sie verteidigt. Der Rückgang der Produktion würde von den 200 000 Arbeitern, die die Tabakindustrie — ungeredet die Hilfsarbeiter — beschäftigt, mindestens 100 000 arbeitslos machen. Nun gibt aber die Regierung selbst zu, daß die große Mehrzahl der Tabakarbeiter viel zu schwach ist, als daß sie noch zu einem anderen Beruf übergehen könnte, zumal da es den Tabakarbeitern schon jetzt recht schlecht geht, jedenfalls viel schlechter, als den Arbeitern vieler anderer Industrien. Daß wir die Quittungssteuer ebenso wenig wünschen wie Sie alle, am wenigsten die Steuer auf Postpakete und Postanweisungen, ist selbstverständlich. Am unsympathischsten ist uns die Fahrkartensteuer; sie steht mit allen Bestrebungen auf Verbilligung der Tarife im Widerspruch. (Sehr richtig! links.) Die beste der vorgeschlagenen Steuern ist zweifellos die Erbschaftsteuer, deren Vorlegung dem Bundesrat an schwersten geworden ist. Sie hat den Vorteil, daß sie die Besitzenden heranzieht und daß sie noch wesentlich erhöht werden kann, ohne unerträglich zu werden. Zu erwas wäre, ob man nicht bei gewissen entfernteren Verwandtschaftsgraden, bei denen ein Zusammengehörigkeitsgefühl nicht mehr in Betracht kommt, das Erbrecht überhaupt aufheben läßt. Wir sind der Meinung, daß durch eine kräftige Erbschaftsteuer und eine veränderte Brauwirtschaft der Bedarf des Reiches einzuweilen zu decken ist. Man jammert jetzt so entsetzlich über die Finanznot. Unsere Schuld ist es ja nicht, daß die Reichsschulden auf 2 1/2 Milliarden angewachsen sind. Aber so verzweifelt, wie man sie jetzt darstellt, ist unsere Finanzlage denn doch nicht. Die Regierung hat nun bei der ersten Sitzung des Reichstages feierlich erklärt, ihre Vorlagen seien ein einheitliches Ganzes. Hier aber hat auf die nachdrücklich gestellte Frage nach dem Sinne jener Erklärung der Reichsfinanzsekretär sich ausgeschwigen. Der Reichstag hat ein Recht darauf, zu wissen, was der Bundesrat sich bei seiner feierlichen Erklärung gedacht hat. (Sehr wahr! links.)

Abg. Kaab (Antif.): Wir sind mit der Uebersetzung der Vorlagen an eine Kommission einverstanden. Uns liegt vor allem an einer wirksamen Schuldentilgung. (Sehr richtig! bei den Antifemiten.) An neue indirekte Steuern ist unter der Herrschaft des allgemeinen Wahlrechts nicht zu denken. Die Regierung unterschätzt offenbar den ausschlaggebenden Charakter solcher indirekten Steuern.

In einer Zeit, wo wir nicht nur die Bourgeoisie, sondern auch eine Autokratie haben, da soll man nicht mit indirekten Steuern kommen, die vielleicht zeitgemäß waren, als wir noch arm waren. Die großen Reichthümer der Spekulation sollen nicht angegriffen werden, wohl aber soll Konsum und Produktion wieder herhalten. Willkommen ist uns das Surrogatverbot und die Jollerhöhung auf ausländische Biere. Der Erhöhung der Biersteuer und Tabaksteuer ausdauern können wir aber keinen Gewinn abgewinnen. Die Fahrkartensteuer ist eine Gewerbesteuer. Wir freuen uns, daß mit der Erbschaftsteuer endlich einmal ein Loch in die Wand geschlossen ist. Ist es dem Schatzsekretär gelungen, dem Bundesrat die Erbschaftsteuer abzurufen, möge er weiter streben; dann wird es ihm auch gelingen, dem Bundesrat die Reichseinkommensteuer abzurufen. Gehe man auch zu Luxussteuern, zu einer Reichswarenhaussteuer, einer höheren Vorsteuer, einer einheitlichen, allein dem Reich zurechnenden Stempelsteuer über! Vernehere man auch die staatlichen Anstalten und Unternehmungen. Mit einem Kaliszoll können wir, da wir hier eine Monopolstellung haben, auch unbedenklich vorgehen. Können nicht auch die Hansagravieren und Millionenbauer noch etwas zahlen? Welche Steigerung der Bodenpreise ist eingetreten! Ich erinnere Sie nur an den Preis des Rothelchen Stiffs

am Halleischen Tor in Berlin. Haben etwa die alten Damen diesen Gewinn verdient?

Abg. Dr. Siedlum (Soz.):

Ich gedenke mich ausschließlich mit der Brauereiersteuer zu befassen. Auf diese Novelle trifft in allererster Linie das zu, was der Abgeordnete Frigen im Anfang der ersten Sitzung des Reichstages ausgesprochen hat, daß sie dem § 6 des Flottengesetzes direkt widerspricht und daher eigentlich vom Reichstag a limbo zurückgewiesen werden müßte. Es ist der Versuch gemacht worden, die Bedeutung dieses Paragraphen dahin einzunengen, als ob er sich nur auf vermehrte Ausgaben für die Reichsmarine bezöge. Aber der Herr Abg. Frigen hat schon darauf hingewiesen, daß diese Einengung der Auslegung unzulässig ist, und er muß es am allerbesten wissen; denn er gehört der Partei an, die diesen Paragraphen vorgeschlagen und in das Gesetz hineingebracht hat. Herr Frigen hat ausdrücklich betont, daß dieser Paragraph die Bedeutung eines politischen Programms habe und daß die Zentrumspartei von diesem Programm nicht abgehen wolle. Ich hoffe, daß diese Stimmung seiner Freunde so lange anhalten wird, wie wir uns mit diesen Steuervorlagen zu beschäftigen haben werden, also etwa bis zum — August dieses Jahres. (Heiterkeit. Zuruf rechts.) Wir würden gerne alle Reden ungehalten lassen, wenn man uns zugestände, daß zum Beispiel die Brauereiersteuer gegen den § 6 des Flottengesetzes verstößt und deshalb von dem Reichstag unannehmbar ist. Aber die Mehrheit des Reichstages hat sich ja entschlossen, die Höflichkeit gegen den Bundesrat so weit zu treiben, daß sie sich sogar mit einer Steuer wie der Brauereier methodisch befassen will. Abgesehen von unserem prinzipiellen Standpunkt, der sich in den Worten zusammenfassen läßt: diesem System keinen Mann und keinen Groschen! lehnen wir auch aus steuerrechtlichen und aus sozialpolitischen Gründen diese Steuer ab. Die Regierung behauptet, daß die Biersteuer eigentlich die notwendigste und beste Steuer sei, die sie zurzeit fordern könne, und sie glaubt, daß der Brauereier die geringsten volkswirtschaftlichen und sozialen Bedenken entgegenstehen. Ich glaube, daß ungekehrt gegen kaum eine Steuer, abgesehen von der Tabaksteuer, so ernste volkswirtschaftliche und soziale Gründe sprechen wie gerade gegen diese Brauereier. Die Regierung weist darauf hin, daß die Biersteuer seit langer Zeit nicht erhöht sei. Das mag vielleicht in den Augen eines eifrigen Finanzministers eine Art Schande sein. Für uns ist es noch lange kein Grund, eine solche Erhöhung zu bewilligen. Dann spricht die Regierung von der Rentabilität der Brauereien. Sie muß aber selbst zugeben, daß im Vergleich zur Rentabilität anderer industrieller Betriebe die Brauereien erst an siebenter Stelle stehen. Wenn also die Rentabilität der Grund ist, warum besteuert man nicht diejenigen sechs Industrien zuerst, deren Rentabilität noch höher ist als die der Brauereien?

Erster zu nehmen ist schon der Grund, daß in Süddeutschland die Biersteuer jetzt höher ist als im norddeutschen Brauereiergebiet. Dennoch ist die Begründung der Vorlage in diesem Punkte unrichtig. Es heißt in der Begründung nämlich: „Es ist kein Grund vorhanden, daß nicht im norddeutschen Brauereiergebiet dieselbe hohe Steuer bezahlt werden soll, als in Süddeutschland.“ Das ist einfach nicht wahr, daß dafür kein Grund vorhanden sein soll. Die Regierung hätte einfach die Pflicht gehabt, diesen Unterschied zwischen Norddeutschland und Süddeutschland auf seine Gründe hin zu untersuchen. Nun wollen wir einmal nachsehen, was die Regierung hier verfaßt hat: In Bayern wird 1 Liter Bier mit 2,25 Pf., bei uns in Norddeutschland mit 0,68 Pf. besteuert. Der Verkaufspreis der Brauereien an die Gastwirte ist annähernd der gleiche hier und im Süden; unter sonst gleichen Umständen müßte also der Profit pro Liter um etwa 1,4 Pf. höher sein. Nun ist aber die Durchschnittsprofitrate im Norden und Süden fast genau die gleiche, wie sie überhaupt in unserer Volkswirtschaft die Tendenz hat, sich auszugleichen, nicht nur regional, sondern auch zwischen den verschiedenen Branchen, und innerhalb der Branche zwischen den verschiedenen Geschäften. Die norddeutschen Aktienbrauereien haben in den Jahren 1901—1903 eine Durchschnittsdividende von 7,23, 7,57 und 7,66 Proz. bezahlt, die bayerischen eine solche von 7,64, 7,81 und 7,98 Proz. Die Dividende ist also im Süden sogar ein wenig höher als im Norden, während sie nach der Ansicht der Regierung im Norden um die Differenz der Steuerquote höher sein müßte. Nur die Verschiedenheit der Verhältnisse kann dies erklären. Aufschlaggebend ist vor allem der sehr viel höhere Konsum im Süden. Es gibt in Bayern Leute, die fast ihr gesamtes physiologisches Flüssigkeitsbedürfnis durch das Bier befriedigen, die das Wasser nur zum Waschen benutzen — es soll zur freisinnigen Volkspartei gewandt! dort freilich auch Leute geben, die das Wasser noch zu anderen Zwecken benutzen. (Heiterkeit.) Dazu kommt etwas anderes: Die Kaufkraftverhältnisse sind im Süden doch wesentlich primitiver als im Norden. Die Biere haben also geringere Spesen. Und auch die Brauereien haben weniger Unkosten, da sie nicht so viel für den Transport auszugeben haben, weil ein großer Teil des Bieres in der Brauerei selbst getrunken wird. Ferner erhalten sie für das exportierte Bier die Steuer zurück. Auch haben sie weniger unter der Konkurrenz des Schnapfes zu leiden. Gewiß trägt im letzten Grunde auch in Süddeutschland die hohe Brauereier zur Verteuerung des Bieres bei. Aber die Einschränkung des Konsums scheitert dort eben an dem unerschütterlichen Durst der Bayern. (Heiterkeit.) Sicher ist jedenfalls, daß in Norddeutschland die Brauereien die Steuererhöhung nicht tragen können; ob die Biere, das ist eine andere Frage. Die Regierung beruft sich in ihrer Denkschrift darauf, daß die Gemeindefiskuslage zur Brauereiersteuer nirgends ein Anzeichen der Schaupreise nach sich gezogen hätten. Das ist nicht richtig. In einer kleineren norddeutschen Stadt, deren Verhältnisse ich genau kenne, wurde ein lokaler Bierzuschlag, natürlich viel höher als in der höchsten zulässigen Höhe von 65 Pf. pro Hektoliter, eingeführt. Darauf zwangen die großen Biere die Brauereien, diesen Bierzuschlag zu tragen, schenkten aber, da das konsumierende Publikum doch einmal eine Erhöhung des Bierpreises erwartete, bei Vergütungen künftig nur noch zwei Zehntel statt zweieinhalb Zehntel für 10 Pf. aus! Die kleineren Biere mußten die neue Steuer auf ihre Tasche übernehmen, so daß die Folge des Gemeindefiskuszuschlages eine Katastrophe unter den konkurrenzunfähig gewordenen Kleinwirten und eine erhebliche Belastung des Publikums war. Genau so würden die Folgen der Biersteuererhöhung im großen sein. (Sehr richtig! links.)

Die Staffelung ist das Feigenblatt dieser Vorlage; mit ihr soll das Publikum und der Reichstag gelodert werden. Aber die furchtbaren Verwüstungen, die die Konkurrenz der Großbetriebe unter den kleineren Brauereien angerichtet haben soll, existieren nur in der politischen Phrasologie und in der Phantasie des Herrn Kaab. Diese furchtbaren „Verwüstungen“ reduzieren sich auf die Erschütterungen jedes großen Umwandlungsprozesses der Volkswirtschaft. „Zurückbare Verwüstungen“ hat auch die Einführung der Eisenbahn unter den Postkutschern und Fuhrmännern hervorgerufen. Die „Verwüstungen“ im Brauereiergewerbe sind weder besonders stark noch besonders bedenklich. Keun Zehntel aller jugendliche gegangenen Kleinbetriebe sind Zwergbetriebe und obergärtige Brauereien, die einer naturgemäßen Wandlung des Volksgemüthes zum Opfer fielen. Die Geschmacksveränderung des Publikums hat das statistische Phänomen gezeigt, daß wir seit langer Zeit jede Woche 5 oder 6 Brauereien haben eingehen sehen. Von den 7347 Brauereien in Norddeutschland entfallen nahezu 6000 Betriebe auf die Zwergbetriebe mit einer Steuerleistung von weniger als 800 M. im Jahre. In Württemberg hat man 1893 eine Staffelung der Brauereier eingeführt mit der Absicht, die kleinen Brauereien gegen die Konkurrenz der Großbetriebe zu schützen. Aber nach 6 Jahren mußte man zugeben, daß der Effekt nicht erzielt worden ist, und das Jahr 1900 brachte eine neue Staffelung, die auch ganz und gar nicht der an sie geknüpften Erwartungen entsprochen hat. 1899 bestanden in Württemberg noch 1631 gewerb-

Neue Brauereien, deren Zahl 1902/3 auf 1385 zurückgegangen ist. Trotz der außerordentlich hohen Staffeln von 75,5 Proz. ist der Rückgang der kleinen Brauereien in Württemberg nicht aufgehalten worden, und die hohe Staffeln hat auch dort nicht verhindert, daß die Konzentration des Kapitals sehr rasch zunahm. Die Zahl der Aktienbrauereien in Württemberg ist von 9 im Jahre 1895 auf 19 im Jahre 1902/3 gestiegen, das Aktienkapital in derselben Zeit von 790 000 auf 1 153 000 M., und die letzte Erhöhung der Zahl der Brauereien ist von zwei Stuttgarter Großbrauereien aufgekauft worden. Deshalb muß der Versuch, uns durch die Staffeln über die Wirkung der Steuer hinwegzutäuschen, entschieden zurückgewiesen werden. Wer trotz dieser Aufklärung noch dafür eintritt, treibt ein sehr gewagtes Spiel, das zu charakterisieren parlarmentarisch nicht möglich ist. Die Erhöhung der Brauereisteuer zu einer Erhöhung des Schnapspreises führen. Der Biertrinker, dem das Bier zu teuer wird, wird nicht abhinken, sondern Schnaps trinken. Die konservative Partei repräsentiert in sich die Vertretung der deutschen Schnapsindustrie; darum kann ich es wohl begreifen, daß sie für die Biersteuer eintritt. Daß die Brauereisteuer eine Wirkung, wie ich schilderte, haben wird, kann ich Ihnen an Dutzenden von Arbeiterbudgets darlegen.

In Schmöllers Jahrbuch, Band 11, finden Sie eine Schilderung des Budgets eines Arbeiters in Leipzig. Dort ist beschrieben, wie der Mann den Schwamm, den er sonst am Munde führt, zurücknimmt und für 6 Pf. Bier trinkt. „Er muß etwas trinken“, heißt es dort, „weil er sonst trotz des Schwammes den ganzen Hals voll Staub hat.“ Manchmal muß er aber statt des Bieres einen Schnaps trinken; er zieht das Bier vor, oft sieht er sich aber gezwungen, sich mit einem Schnaps zu begnügen mit Rücksicht auf den um 1 Pf. niedrigeren Preis des Schnapses. (Bewegung, Gelächter rechts.)

Uns leitet weiter der Gedanke, daß wir es der sittlichen und körperlichen Gesundheit des Volkes schuldig sind, es den Klauen des Alkoholismus zu entreißen. Wer freilich sich leichten Herzens damit zufrieden gibt, daß den über die Grenzen des Geistes hinweggedrängten das Zuchtband aufnimmt, und daß für den, der sich in der Not des Lebens nicht mehr zurechtfindet, das Zuchtband oder der Strick übrig bleibt, der mag wie er dem Jolkartist zugestimmt hat, auch dieser Erhöhung der Konsumsteuer zustimmen. Wir aber lehnen das aufs entschiedenste ab und glauben, damit am besten die Interessen unseres Volkes zu wahren. (Lebhafte Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Hierauf vertagt das Haus die Weiterberatung auf Donnerstag 1 Uhr.

Schluß 6 Uhr.

Parlamentarisches.

Die Budgetkommission des Reichstages begann gestern mit der Beratung des Etats der Reichspost, aus dem als bemerkenswert hervorzuhelien ist, daß 7 Millionen Mark zur Entschädigung an Landbriefträger, infolge starker Erhöhung des Verkehrs mit schweren Paketen, und ferner 34 Millionen Mark für Verbesserung und Neuanlagen des Fernsprechwesens gefordert werden. Durch die Preissteigerung des Kupfers werden allein für Leitungsdrahte 2 Millionen Mark gebraucht. Klagen über den mangelnden Ausbau des Fernsprechwesens bzw. Vermehrung direkter Verbindungen zwischen großen Städten und Industriebezirken, beantwortete ein Kommissar mit dem Hinweis auf den Mangel an Mitteln. Staatssekretär Kraetke legte dar, daß nur der Postverkehr, vielleicht auch noch das Fernsprechwesen rentieren, nicht aber die Telegraphie, die mit dem Telephonwesen zusammen 15 Millionen Mark Zuschuß bedürftig. Das Zentrum fordert in einem Antrag Postfreiheit für alle bis 5 Kilogramm schweren Pakete, die an Soldaten oder von diesen zwecks des eigenen Bedarfs ent- bzw. gelandt werden. Von den Sozialdemokraten wurde folgende Resolution gestellt:

Der Reichstag wolle beschließen: Die Reichspostverwaltung aufzufordern, zur Verbilligung des Palet- und Postanweisungsverkehrs die Abschaffung des Vorkaufgeldes vorzubereiten und dem Reichstag für die nächste Session eine Uebersicht über die voraussichtlichen Wirkungen dieser Maßregel zu unterbreiten.

Weiter wurde auch angeregt, darauf hin zu arbeiten, daß das im Vorortverkehr bestehende fünfseitig-Posto allgemein zur Einführung gelange und den ländlichen Bezirken im Fernsprechwesen durch Verbilligung der Anlagen und Gebühren mehr Rechnung getragen werden solle. — Die Reichspost-Ergelze setzte allen diesen Anregungen Bedenken, auch mehr oder minder große Abneigung entgegen, will jedoch auf keinen Fall in den Verdacht der Verkehrseindlichkeit kommen. Aber die Finanzen müssen neben (soll heißen in erster Linie neben) dem Verkehrinteresse berücksichtigt werden beim heutigen Stande der Reichsfinanzen, wo Ueberschüsse aus der Reichspost dringend notwendig sind. Daß die Vorkaufgelder sehr lästlich sind, gab der Staatssekretär zu, aber — sie bringen 22 Millionen ein, und das ist die Hauptfrage, fernermalen die Reichspost ein — Verlehrsinfakt ist! Gemächlich meinte der Herr Staatssekretär, den Schönheitsfehler des Vorkaufgeldes könnte man vielleicht durch eine Erhöhung des Portos beseitigen. Abg. Siedelum charakterisierte den Zustand mit dem Vorkaufgelde sehr scharf und treffend, ebenso, daß die Reichspost in bezug auf Schnelligkeit den Anforderungen der Zeit nicht entspreche, hinter England z. B. weit zurückstehe. Notwendig sei auch, daß im Verkehr mit Holland und der Schweiz dieselben Portofrage wie mit Oesterreich-Ungarn zur Einführung gelangen. Erleichterung des Verkehrs durch Verbilligung, nicht Erhöhung durch Verteuerung müsse angestrebt werden. Die Postverwaltung werde es wahrscheinlich noch einmal übel empfinden, daß sie den vorgeschlagenen neuen Verkehrssteuern keinen Widerstand entgegensetze. — Von allen Seiten wurde es scharf gerügt, daß einzelne fürstliche Hofverwaltungen mit der den Landesfürsten gewöhnten Portofreiheit schweren Mißbrauch treiben. Gewerbliche Postpakete, Lebensmittel und viele andere Dinge werden portofrei verschickt. Die Debatte zeitigte auch einen Antrag des Zentrums: der Reichstagsrat solle untersuchen, ob und inwieweit eine Einschränkung der Portofreiheit der Fürsten vorgekommen werden könne. — Donnerstag-Fortsetzung der Beratung.

Die Revolution in Rußland.

Die Lage im Kaukasus.

Petersburg, 9. Januar. (Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur.) Der Statthalter im Kaukasus Graf Woronzow-Daschkow telegraphierte am 7. d. M. an den Kaiser: Infolge der Unterbrechung jeder Verbindung zwischen Rußland und dem Kaukasus und falscher von den Revolutionären verbreiteten Gerüchte wurde die revolutionäre Bewegung härter. Nachdem sich die Revolutionäre der Eisenbahnen bemächtigt hatten, leiteten sie den Dienst nach ihrem Gefallen und veranstalteten allgemeine Ausschüsse, in die sie die Regierungsbeamten hineinzuziehen versuchten. Ich erklärte Zifis samt dem Bezirk und der Eisenbahn in Kriegszustand. Es wurden mehrere Bombenniederlagen entdeckt und viele Agitatoren verhaftet. Militärsüge verkehren. Die Agrarbewegung in den Bezirken Gori und Duschet hat wieder begonnen; auch diese Bezirke sind in Kriegszustand erklärt worden. Verhältnismäßige Ruhe herrscht in Daghestan, Baku, Erivan und Karz. Die Kämpfe zwischen Armeniern und Tataren im Gouvernement Elisabethopol dauern fort. Die Ausschüsse der Post- und Telegraphenbeamten sind beendet. Die Bureaus der Ausständigen sind geschlossen worden. Im nördlichen Kaukasus sind die Bahnhöfe von Rostow bis Weßlan militärisch besetzt; die meisten Anführer der Ausständigen wurden verhaftet. Von Rostow gehen Rüge ab, die in Zifis eintreffen.

Konstantinopel, 9. Januar. (Laffan-Meldung.) Die Lage in Zifis hat sich wieder äußerst ernst gestaltet. Russische Artilleriebeschoß die Stadt. Die

Ausständigen warfen Bomben gegen die Kosaken. In Elisabethopol herrscht völlige Anarchie. Armenier und Tataren wüten in entsetzlichen Missetaten gegen einander.

Standrecht in Moskau.

London, 10. Januar. (Bureau Laffan.) Die „Times“ melden aus Moskau: Ahtzehn Revolutionäre, darunter ein Deutscher, namens Schmidt, der Eigentümer einer bekannten Möbelfabrik im Moskauer Stadtteil Presnja, sollen am 6. d. M. in Moskau hingerichtet worden sein.

Die Duma-Pöffe.

Petersburg, 10. Januar. (Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur.) Ministerpräsident Graf Witte anfertete beim Empfange einer Abordnung des Verbandes vom 30. Oktober, die um Aufhebung des Versammlungsverbotes nachsuchte, unter anderem, es sei schwierig, die Zeit des Zusammentritts der Reichsduma zu bestimmen. Viel hänge dabei von der Tätigkeit der Semstwo und der Städte ab. Als Termin sei ihm der 28. April in Vorschlag gebracht worden. Der Kaiser besterhe auf möglichst schleuniger Einkerufung. Ferner teilte Graf Witte mit, daß ein neues Gesetz, welches das Verhältnis der Reichsduma zum Reichsrat regelt, wahrscheinlich bald fertiggestellt sein werde. Der Reichsrat werde 176 Mitglieder zählen, von denen die Hälfte vom Semstwo, dem Adel, der Kaufmannschaft und den Industriellen gewählt werden solle.

Die „Beendigung“ der Revolution.

Der „Tag“ erhält von seinem Moskauer Korrespondenten einen Bericht, dem wir folgende Stellen entnehmen:

„Am Tage bevor ich Moskau verließ, las ich in der Moskauer „Deutschen Zeitung“ ein Berliner Telegramm: „Die Berliner Zeitungen beglückwünschten Rußland zur Beendigung der Revolution.“ Die Redaktion der „Deutschen Zeitung“ brachte das Telegramm ohne Kommentar. Ich aber, der ich der Meinung bin, daß der Moskauer Aufstand in der Geschichte der russischen Revolution einmal so viel bedeuten wird, wie das erste Zusammentreffen der Vortrupps im Verlauf eines großen Krieges, versuchte mir zu erklären, was wohl in Berlin Veranlassung zu meiner Meinung noch so ganz irr-tümlicher und vielleicht verhängnisvoller Anschauung geben könnte. Ich kann mir nur denken, daß der Name Moskau meine Berliner Kollegen geistlich hat. Sie werden sich geigt haben, wenn im historischen Moskau die offene Revolution ausbricht, so muß hier das Zentrum und der Höhepunkt der Revolution sein, und wenn hier die Revolution niedergeschlagen ist, so muß sie über- und niedergeschlagen sein. Eine solche Hochschätzung der alten Zarenzeit, in der noch heute das Herz Rußlands schlägt, wäre nicht übertrieben und der daran anknüpfende Gedankengang nicht ohne Logik.

Rur bedeutete der Moskauer Aufstand nicht den Höhepunkt der Revolution. Er lag für jetzt noch gar nicht in der Absicht der Revolutionsleitung, sondern er brach, durch unvorhergesehene Ereignisse beschleunigt, verzißt aus. Das einzig Tröstliche — bescheiden genug — was sich die russische Regierung aus den Ereignissen herausziehen kann, ist das, daß es ab und zu auch in den Reihen der russischen Revolutionäre einen Mangel an Disziplin gibt.

In der durch einen lokalen Vorgang erregten Stadt traf am Sonntag vor Beginn des Aufstandes der neue Generalgouverneur von Moskau, Vizeadmiral Dubassow, ein. Ein Mann wie geschaffen für diesen Posten, solange die russische Regierung an dem Irrtum festhält, daß die revolutionäre Bewegung sich heute noch mit Gewalt erwidern ließe.

Schon am Montag morgen, am Tage vor dem kaiserlichen Namenstag, brachten alle Moskauer Zeitungen an der Spitze einen Erlaß von ihm, in dem er alle Spitzen der Behörden, der Stadt, des Militärs, des Adels und der Kaufmannschaft ersuchte, am nächsten Tage zum Festgottesdienst in der Hlondsch-Kathedrale zu erscheinen. Schon am Montag mittag versammelte er dieselben Stützen der Regierung im Gouvernementspalais und hielt ihnen eine Ansprache: Moskau sei zu einem Herd der Revolution geworden, er betrachte sich daher als einen Kompositen gestellt, er werde mit den kräftigsten Mitteln vorgehen, und er erwarte von ihnen allen energische Unterstützung. — Am Dienstag hatten 60 000 Männer für den Jaren demonstriert, mindestens zehnmal soviel Gleichgesinnte hatten sich nicht angeschlossen, weil sie entweder ein Wiederaufleben des alten Systems fürchteten, oder weil sie sich ungern in die Volksmenge mischten, oder weil sie die Revolutionäre fürchteten, die gedroht hatten, zu dem Festgottesdienst auf dem roten Platz auch zu erscheinen — aber mit Bomben in der Palettasche. Am Mittwoch befahlen die Revolutionäre: „Morgen, am Donnerstag mittag 12 Uhr, beginnt der General-aufstand.“ Am Donnerstag mittag 12 Uhr schloß in Moskau jeder Ladenbesitzer seinen Laden, vernagelte schleunigst Schaufenster und Eingangstür mit bereitgehaltenen Brettern und ging in zitternder Furcht nach Hause. Jeder Lu die Händler mit Lebensmitteln nicht, da sie vom Revolutionskomitee die Erlaubnis erhalten hatten, täglich zwei Stunden lang ihre Läden offen zu halten.

Den durch die Petersburger Massenderhaftungen, durch die Disziplinlosigkeit des Kosakischen Regiments, durch das energische Auftreten Dubassows und die zarentreue Volksdemonstration auf dem roten Platz und vor dem Gouvernementspalais erregten Moskauer Revolutionären aber stieg die absolute Widerstandsfähigkeit, die der Moskauer Bürger bei der Ankündigung des Generalaufstandes bewies, zu Kopf — sie brachen vorzeitig los, gegen den ausdrücklichen Befehl der Revolutionsleitung, und sie kämpften weiter, trotzdem die Revolutionszentrale schon am zweiten Tage sie aufforderte, den jetzt ganz nutzlosen Kampf aufzugeben.

Uebrigens war es in den ersten Tagen durchaus nicht ganz sicher, ob die Revolutionäre nicht, wenn auch nur vorübergehend, die Herren in Moskau sein würden. Wenn die Eisenbahnenbrücken gesprengt worden und die von Petersburg, Warschau und Kleinrußland gesandten Regimenter nicht rechtzeitig eingetroffen wären, hätte sich höchst wahrscheinlich die kleine Moskauer Garnison aus der Stadt zurückziehen müssen. Und alle Anstalten zur Sprengung der Brücken war getroffen, sie konnten nur nicht rechtzeitig ausgeführt werden. Auch das hätte nur ein kurzer und lokaler Erfolg der Moskauer Revolutionäre werden können.

Die russische Regierung hat also nicht viel Ursache, auf den Moskauer Sieg mit Veruhigung zu blicken. Er hat nicht einmal die Moskauer Revolutionäre entmündigt, viel weniger die revolutionäre Partei, die mit diesem lokalen Aufstand gar nicht einverstanden war. Eine ebensfalls ganz lokale Gefahr ist für den Augenblick beseitigt — das ist alles. Das ist freilich auch alles, was sich mit Maschinen-gewehren und Bajonetten erreichen läßt.

Aus der Partei.

6 Monate wegen Pod- und Stuebel-Beleidigung.

Der Telegraph berichtet aus Frankfurt a. M.: Die Strafkammer verurteilte den Redakteur der „Frankfurter Volksstimme“ Oskar Quint wegen Beleidigung des früheren Kolonialdirektors Dr. Stuebel und des Ministers v. Podbielski zu 6 Monaten Gefängnis. Die Beleidigung wurde in einem vom „Vorwärts“ übernommenen Artikel über die angebliche Beteiligung der Genannten an der Firma v. Lippelskirch u. Co. gefunden.

Der „Vorwärts“, dem die Notiz entnommen war, wurde bekanntlich in derselben Sache nur zu 1000 M. Geldstrafe verurteilt. Die Schwere der Beleidigung ist in diesem Falle also anscheinend mit dem Quadrat der Entfernung vom ersten Zortorte gewachsen.

Der vierde sozialdemokratische Provinzialparteitag für die Provinz Posen fand am 7. Januar 1906 zu Bromberg im festlich geschmückten Verkehrslokal der freien Gewerkschaften mit folgender Tagesordnung statt: 1. Bericht der Agitationskommission. 2. Organisations- und Presse. 3. Agitation und Presse. 4. Beratung sonstiger Anträge. Vertreten waren auf dem Parteitage 10 Orte durch 22 Delegierte, darunter 3 Frauen — aus Bromberg zwei, aus Schönlaufe eine. — Ferner waren erschienen die Zentralvertrauenspersonen der sozialdemokratischen Frauen Deutschlands, Genossin Vaader-Berlin, der Parteisekretär von Ostpreußen, der Parteivertrauensmann von Westpreußen und mehrere Gauleiter verschiedener Gewerkschaften.

Zunächst gedachte der Vorsitzende des Parteitages in einem warmen Nachruf des durch russische Schergenhand ermordeten Genossen Kasprzak, welcher auf dem letzten Parteitage als Delegierter anwesend war.

Ernstli-Posen, der den Bericht von der Agitationskommission gab, schilderte in kurzen Zügen die der Aufklärungsarbeit in dieser Provinz sich entgegenstellenden Hindernisse. Von einer stärkeren Bewegung kann nur in Posen und Bromberg gesprochen werden, in den anderen Orten, wo es an Kräften fehlt, ist die Bewegung nicht die welche sie sein sollte. In der dem Bericht folgenden Diskussion wurde von den weiblichen Delegierten eine regere Anteilnahme der Genossen an der Frauenbewegung gewünscht. Bezüglich der zum Punkt „Organisation“ gestellten Anträge, welche mit kleineren Abweichungen verlangen, daß der Parteivorstand die östlichen Provinzen Posen, Ost- und Westpreußen in zwei Agitationsbezirke einteilen soll, so daß die im südlichen Teil der Provinz Westpreußen liegenden Wahlkreise mit der Provinz Posen einen einheitlichen Agitationsbezirk bilden, wurde der Wahlverein Bromberg ermächtigt, sich mit dem Parteivorstand und den maßgebenden Agitationskommissionen in Verbindung zu setzen, um über die einzuschlagenden Wege eine Verständigung herbeizuführen. In dem hierauf zur Annahme gelangten Organisationsstatut, nach welchem die sozialdemokratischen Wahlvereine der fünfzehn Posen und der durch die Verständigung noch hinzuzukommenden westpreussischen Wahlkreise einen gemeinsamen Verband unter dem Namen „Bezirksverband der sozialdemokratischen Wahlvereine Posen und des südlichen Teils der Provinz Westpreußen“ bilden, werden die Aufgaben des Bezirksverbandes und der Sitz des Bezirksverbandes festgelegt. Ferner wird in demselben bestimmt, daß alljährlich ein Provinzialparteitag stattfinden soll, zu welchem jeder Wahlkreis nicht mehr wie sieben Delegierte zu entsenden hat. Weiter, daß auf dem Parteitage außer den Delegierten die Mitglieder des Vorstandes, die Revisoren, die Reichstagskandidaten resp. Abgeordneten des Bezirksverbandes und je ein Vertreter der Redaktion und des Verlanges des zuständigen Parteiorgans teilnehmen dürfen. Weiter sind in demselben Bestimmungen über die Einkerufung von Parteitagen sowie die zu erledigenden Aufgaben auf denselben festgelegt. Das in den Kreiswahlvereinen zu erhebende Eintrittsgeld wird auf 10 Pf. und der monatliche Beitrag auf 20 Pf. festgelegt. Von den in den Kreisen vereinnahmten Geldern müssen 20 Proz. an den Parteivorstand und 20 Proz. an den Bezirksverband abgeführt werden.

Als Ort, in welchem der Bezirksverband seinen Sitz hat, wurde Bromberg bestimmt.

Das dem Parteitage vorgelegte Statut, welches für sämtliche Wahlvereine des Bezirksverbandes gilt, wurde angenommen.

In dem hierauf folgenden Vortrage des Genossen Schulz über „Agitation und Presse“ ging derselbe näher auf die hierzu gestellten Anträge ein und wurde darauf folgender Antrag angenommen:

„In Anbetracht der Schwierigkeiten der Agitation in den zum Gau gehörigen Wahlkreisen, erachtet der Parteitag die Anstellung eines Parteisekretärs für unbedingt notwendig. Derselbe leitet in Gemeinschaft mit der Bezirksleitung die ganze Agitation in dem Ausbreitungsbezirk des Verbandes.“

Ferner beschloß der Parteitag, den Parteivorstand zu beauftragen, eine Verbesserung der Presse, für deren Ausbreitungsbezirk die Provinz Posen-Westpreußen gilt, zu schaffen. In einer von den Frauen eingebrachten Resolution erhebt der Parteitag entschieden Protest gegen die reichsgerichtlichen Bestimmungen, die den Frauen das politische Vereinsrecht nehmen. In einer anderen wird beschlossen, den Parteivorstand um Bewilligung derjenigen Mittel anzugehen, die im Kampfe gegen die im Bezirk besonders geübte Unterdrückung seitens der Kapitalmacht und Junkersippe notwendig sind, im besonderen aber dauernde Einrichtungen zu schaffen, die die Partei des Bezirks in den Stand setz, ihren Gegnern zu jeder Zeit und erfolgreich entgegenzutreten. Eine dritte Resolution, die angenommen wurde, ist eine Sympathie-Resolution, in welcher den russischen Freiheitskämpfern für ihr mutiges Vorgehen die vollste Anerkennung gezollt wird.

Ein sozialdemokratischer Arbeiter als Richter in Preußen-Deutschland.

In Mülhausen i. Elz, d. 5. im Reiche des Herrn v. Kölller, vollzog sich soeben das merkwürdige Ereignis, daß ein bekannter sozialdemokratischer Arbeiter und Agitator zum Schöffen beim kaiserlichen Amtsgericht berufen wurde. Genosse Josef Gsell, Gauvorsitzender des deutschen Textilarbeiter-Verbandes und sozialdemokratisches Mitglied des Gemeinderates in Mülhausen, erhielt vor einigen Tagen diese Mitteilung von dem dortigen Amtsrichter. Genosse Josef Gsell ist, was die Franzosen einen Militant und wir einen Agitator nennen, im vollsten Sinne des Wortes. Er war bis vor wenigen Monaten, seit über einem Jahrzehnt, in der Fabrik der Weilmaria Dollfus, Wieg u. Cie beschäftigt, wo man ihn wegen seiner öffentlichen Anteilnahme an der gemeinschaftlichen Agitation und wegen Veröffentlichung von Fabrikmißständen schließlich gemahregelt hat. Seither ist er Angehöriger des deutschen Textilarbeiter-Verbandes. Bei der Reichstagswahl von 1903 war er Kandidat unserer Partei in dem politisch noch sehr rückständigen Wahlkreise Wittlich-Lahn, den bis dahin der Landesausfüh-Abgeordnete Forrer Winterer im Reichstag vertrat und trag gegen dessen Nachfolger, dem heutigen Ministerialrat Abg. Dr. Kellin, 4000 Stimmen davon.

Sollte die Befehung, welche der an der Spitze des Ministeriums für Elsaß-Lothringen stehende Staatssekretär Reich. v. Kölller seit den Zeiten der letzten Umstrukturierung durchgemacht hat, durch diese Wahl der deutschen Arbeiterklasse exemplarisch vor Augen geführt werden, damit die Stacheln, die dem alten, im Verkehr mit den Notabeln des reichsständischen Landesausführes gemächlich gewordenen Herrn in der sozialdemokratischen Presse aus aller Abhängigkeit immer noch bisweilen zuteil werden, endlich einmal aufhören? Wer weiß? ... Im Reichsparlament zu Straßburg hat sich Herr v. Kölller neulich mit so auffälliger Rücksichtnahme und Anerkennung über die „klebende Großmacht“ geäußert und seine Empfindlichkeit gegenüber Angriffen der Arbeiterpresse ist so bekannt, daß diese Deutung manches für sich hat. Wieder würden wir sehen, daß nicht nur Herr v. Kölller, sondern das ganze Regierungssystem in Preußen-Deutschland sich auf dem Wege der Verbesserung befindet.

Ein königlich bayerischer Sozialdemokrat.

Aus München meldet man uns folgenden originellen Fall: Vom Gelantandstuch des sozialdemokratischen Vereins München wurde der Vorsitzende der freien Vereinigung der Schuhmachermeister Münders, Johann Hiechager, im Hinblick auf § 2 des Organisationsstatuts der sozialdemokratischen Partei und § 3 des Statuts des sozialdemokratischen Vereins München ein s i m m i g aus der Partei ausgeschlossen. Hierher hatte eine Reihe von Arbeitern der Münchener Zentral- und Betriebsvereine dem Arbeitministerium denunziert, daß diese zu Hause für Handhaken arbeiten und dadurch den Schuhmachermeistern Konkurrenz machen. Unter den Denunzierten befand sich auch ein Arbeiter der Zentralvereine, der schon seit 1900 keinerlei Arbeit mehr verrichtete und infolge dieser Denunziation Hiechagers eine hochnotpeinliche Untersuchung über sich ergehen lassen mußte. Ein von der Partei eingesetztes Schiedsgericht stellte den Sachverhalt fest, eine Entscheidung konnte jedoch nicht

gefällt werden, da der Vorsitzende des Schiedsgerichts durch das Verhalten des Bierhäger sich veranlasst sah, den Vorsitz niederzulegen. Der Gesamtantritt des sozialdemokratischen Vereins hat unterm 11. August auf Grund des über die schiedsgerichtliche Verhandlung aufgenommenen Protokolls Bierhäger einstimmig aus der sozialdemokratischen Partei ausgeschlossen. Der Beschluß wurde von einer Generalversammlung bestätigt. Gegen diesen Beschluß ließ nun Bierhäger durch den juguliberalen Rechtsanwalt Dr. Fr. Goldschmidt II. Klage beim Landgericht München I erheben mit dem Antrage: Das Landgericht wolle erkennen: Der Beschluß des Gesamtantrittes und der Generalversammlung des sozialdemokratischen Vereins vom 11. bezw. 18. August auf Ausschließung des Klägers wird für rechtswidrig erklärt. Die Klage wird damit begründet, daß der Ausschluß Bierhäger aus der sozialdemokratischen Partei auf Grund des § 2 des Organisationsstatuts der sozialdemokratischen Partei erfolgt sei. Diese Behauptung stehe mit den Tatsachen in Widerspruch, denn nach den Satzungen entscheide über den Ausschluß ein im Statut vorgesehene Schiedsgericht. Ein solches Schiedsgericht habe auch getagt, ohne jedoch zu einem Ausschlußbeschlusse gekommen zu sein. Für das Verfahren im Gesamtantritt und in der Generalversammlung fehle jede satzungsgemäße Grundlage. — Die Verhandlung wurde auf acht Tage vertagt. — Herr Johann Bierhäger hat außerdem gegen den Vorsitzenden des sozialdemokratischen Vereins, Landtags-Abgeordneter Franz Schmitt Klage wegen Verleumdung gestellt, weil dieser es unternehmen hätte, den Ausschluß Bierhäger und die Begründung auftragsgemäß in der „Münchener Post“ zu veröffentlichen. Diese Klage kommt am 14. Februar vor dem Schöffengericht München zum Auftruf. Soweit unter Verleumdung.

Gelingt dem Kläger sein originelles Vorhaben, d. h. geben ihm die Gerichte recht, dann wird er „im Namen des Königs“ zum Sozialdemokraten erklärt.

Aus Industrie und Handel.

Kapitalismus in der Wanderschaft.

Raum hat der Kapitalismus seinen Einzug in die Wanderschaft gehalten, und schon beginnt er in seinen kulturwidrigen Wirkungen sich unangenehm fühlbar zu machen. Naturgemäß zeigt er sich dort am ersten, wo der Charakter des Rehrwerkes am sinnfälligsten in Erscheinung tritt, bei der Grundrente. Der Kapitalismus beginnt seinen Pfändereis- und Siegeszug mit Steigerung der Boden- und Mietspreise. Im Konsultatsberichte aus Rufsland werden darüber folgende Angaben gemacht:

In den Bodenpreisen ist während der Kriegsjahre ein starker Aufschwung zu bemerken gewesen. Kleine Besitztümer, die vor wenigen Jahren für geringe Summen erworben wurden, bringen nun beim Verkauf keine Vermögen ein. Gutgelegene Baustellen in dem Fremdenviertel werden pro Acre (40,5 Ar) mit 8000 bis 9000 amerikanischen Dollar bezahlt. Der Preis eines englischen Quadratkfußes Land in der Fremdenviertelsteigerung erhob sich nach näherer Schätzung im Jahre 1905 auf 3,35 Dollar, während er 1902 nur 1,15 Dollar betragen hatte und nach dem Borgersaufstand 1903 auf 75 Cents, 1904 sogar auf 60 Cents herabgegangen war. Eine zum Wohnbau gut geeignete Parzelle, die vor drei Jahren mit 2100 Dollar erworben worden war, wurde kürzlich mit 15400 Dollar bezahlt. — Die bedeutendste Steigerung der Bodenpreise trat nach der Schlacht bei Mukden ein.

Eine außerordentliche Erhöhung wiesen auch die geforderten Mietspreise auf, und da die Nachfrage weit stärker war als das Angebot, wurden die höchsten Mieten meist auch bewilligt. Einer der ältesten Fremden in Rufsland bezahlte seit langen Jahren für ein kleines einstöckiges Haus eine Monatsmiete von 17 Dollar; im letzten Sommer bot ein unternehmender japanischer Kaufmann für dasselbe Gebäude 200 Dollar pro Monat. Eine japanische Baufirma zahlte gegenwärtig für ein ganz gewöhnliches Gebäude mit Laden- und Bureauräumen am Mai, mit einem Flächenraum von 40 zu 100 engl. Fuß, und entsprechend dahinter liegenden Platz mehr als 200 Dollar pro Monat, nachdem in den vorhergehenden zehn Jahren der Besitzer kaum 15 Dollar pro Monat für dasselbe Mietsobjekt erhalten hatte.

Daß die Grund- und Hausbesitzer irgend ein Verdienst reklamieren können, wodurch ihre Besitz einen höheren Nutzungswert erhalten hat, wird kein Agrarier behaupten können, sie belegen aber die sich entwickelnde industrielle Betätigung vorweg mit einer Steuer, sie belasten die Produktion. So gelangen sie zu den „wohlerwerbenden“, „lauer verdienten“, „ersparten“ Reichthümern.

Vom Berliner Baumarkt.

Niedrige Steigerung der Grundrente und Konsolidierung im Haus- und Grundbesitz konstatiert der neue Jahresbericht des Vereins Berliner Grundstücks- und Hypothekendarsteller. Es heißt da unter anderem:

Die Umsätze auf dem Immobilienmarkt in allen seinen Einzelbranchen hat dieses Jahr eine Ausdehnung erfahren, die alles bisher in Groß-Berlin Dagegen in Schatten stellt. Schon in den Vorjahren konnten wir von einer gesunden Entwicklung des Gesamtmarktes berichten, welche im vergangenen Jahre einen etwas flüchtigen Charakter annahm, doch im vorliegenden Berichtsjahre noch um ein Bedeutendes übertrifft wurde. Es läßt sich nur schwer beurteilen, ob die steigenden Bodenpreise in allen Stadtteilen sowie die enorme Wertminderung nicht den Bedürfnissen vorausgeht, und Rückschlüsse zu erwarten sind. Die gesteigerte Zahl der leerstehenden Wohnungen in Berlin sollte eigentlich zu Bedenken Veranlassung geben, doch hängt dies auch damit zusammen, daß ein Teil auf Rechnung des Juges nach den westlichen Vororten zu stellen ist. Im Stadtkern hat das im Vorjahre geschäftliche Bestehen großer Institute, Prachtbauten zu besitzen und die bestehenden zu erweitern, weitere Fortschritte gemacht. Hierzu treten noch zahlreiche Umsätze, welche viele Millionen umfassen, die sich in den immer mehr in Aufnahme kommenden Seitenstraßen der Friedrichs- und Leipzigerstraße vollzogen haben. Die Straße Unter den Linden ist auf der Südseite anverkauft, deshalb haben sich einige große Firmen genötigt, Erwerbungen auf der Nordseite zu machen und Preise anzulegen, welche die kühnsten Erwartungen übertrafen. In der Leipzigerstraße dauert die Preis-erhöhung fort, und sind bei den erfolgten Verkäufen, welche dortselbst immer seltener aus dauerndem Besitz erfolgen, ungeheure Summen erzielt worden. Die Konsolidierung des Besitzes der Innenstadt geht ganz deutlich aus dem Bilde hervor, welches die bis jetzt von uns festgestellte Substitutionsstabelle zeigt. Während die Zwangsversteigerungen in der Innenstadt gegen das Vorjahr ungefähr die gleichen geblieben, ja eher etwas zurückgegangen sind, so sind dieselben in den Baubestritten erheblich gestiegen. Es wurden

	1903	1904	1905
Kantgericht I Berlin	171	207	246
Charlottenburg	41	50	66
Rixdorf	80	74	86

Die Substitutionsstabelle bedeutet, daß Grundstücke und Häuser immer mehr in den Besitz weniger Hände übergehen, die kleinen Besitzer ausgeschaltet werden. Zeitweise werden die Zwangsverkäufe aber auch eine Folge des bekannten Schwindels im Baugewerbe mit vorgeschobenen Strohmännern usw. sein.

Belebung offener Buchforderungen. Im Zentralauschuß hiesiger kaufmännischer, gewerblicher und industrieller Vereine wurde Montag eingehend über die von verschiedenen Seiten angeregte Frage der Belebung offener Buchforderungen verhandelt. Von mehreren wurde zur Begründung dieser in Oesterreich eingeführten Einrichtung darauf hingewiesen, daß besonders die Inhaber von Spezial- und mittleren Engrosgeschäften ihrer Liquidität sehr langfristige Kredite gewähren müssen, während sie selbst nur gegen kurzfristige Kredite laufen können, wenn sie leistungsfähig sein wollen. Der so entstehende Mangel anbarem Gelde

behindert den Kaufmann häufig in seiner Bewegungsfreiheit und führt zuweilen sogar seinen Ruin herbei. Wenn ihm nun ermöglicht würde, die in seinem Buche stehenden Guthabende die oft viele Tausende ausmachen, sofort zu realisieren, wäre ihm vielfach geholfen. Zu diesem Zwecke haben sich in Oesterreich zahlreiche Genossenschaften gebildet, welche unter bestimmten Bedingungen offene Buchforderungen beleihen. Die von diesen Genossenschaften herausgegebenen Rechnungsbücher lassen erkennen, daß die neue Einrichtung sich bewährt hat und in zunehmendem Maße Anklang findet. Nach eingehender Diskussion, in welcher auch warnende Stimmen gegen die Einführung derartiger Institute erhoben wurden, wurde eine Kommission damit beauftragt, nach Einholung von Erkundigungen in Oesterreich die Angelegenheit daraufhin zu prüfen, ob die Gründung solcher Genossenschaften sich für hiesige Verhältnisse empfiehlt. Es soll dann in einer späteren Vollversammlung des Zentralauschußes hierüber Bericht erstattet werden.

Steigerung der Eisen- und Kupferproduktion in Amerika. In der Periode von 1895 bis 1905 ist die Kupferproduktion der Vereinigten Staaten von 6 000 000 Pfund auf 84 000 000 Pfund und die Kobaltenerzeugung ist in der gleichen Zeit von 563 000 auf 22 000 000 Tonnen gestiegen. Die Schwankungen im Preise von Kupfer während der letzten zehn Jahre waren zeitweilig heftig. Fachleute der Eisen- und Stahlbranche behaupten, daß innerhalb von 10 bis 15 Jahren die Kobaltenerzeugung unseres Landes einen Umfang von 40 000 000 Tonnen per Jahr erreicht haben wird, was mit einem großartigen Aufschwung der industriellen Aktivität Hand in Hand gehen würde. Es scheint fraglich zu sein, ob die Produktion der Kupferminen mit dieser voranschreitenden außerordentlichen Entwicklung der Eisen- und Stahlindustrie Schritt zu halten imstande sein wird.

Soziales.

Bohloktfreies Bier vom Kammergericht gebolkt.

Die Gastwirte Vornen, Aray und Vorkmann in Gerne hatten zur Zeit des Verbotstages in Westfalen und Rheinland im Mai und Juni in ihren Gasthäusern Plakate mit folgender Aufschrift ausgehängt: „Hier wird bohloktfreies Bier vergast. Die lokale Kommission.“ Eine polizeiliche Erlaubnis war nicht eingeholt worden. Vornen, Aray und Vorkmann wurden wegen Verletzung der §§ 9 und 41 des preussischen Preßgesetzes vom 12. Mai 1881 angeklagt, die noch als zu Recht bestehend gelten. § 9 bestimmt im Absatz I: „Anschlagzettel und Plakate, welche einen anderen Inhalt haben als Aufzählungen über geistlich nicht verbotene Versammlungen, über öffentliche Vergünstigungen, über gestohlene, verlorene oder gehandhabte Sachen, über Verkäufe, oder andere Nachrichten für den gewerblichen Verkehr dürfen nicht angehängt, angeheftet oder in sonstiger Weise öffentlich ausgestellt werden. Und durch § 10 in der durch § 30 des Reichspreßgesetzes veränderten Fassung wird vorgeschrieben, daß niemand auf öffentlichen Wegen, Straßen, Plätzen oder an anderen öffentlichen Orten Bekanntmachungen, Plakate und Aufrufe u. a. verteilen, anheften oder anhängen darf, ohne daß er dazu die Erlaubnis der Ortspolizeibehörde erlangt hat. § 41 enthält die Strafbestimmung.

Die Angeklagten bestreiten strafbar zu sein und betonen, daß die Plakate lediglich „Nachrichten für den gewerblichen Verkehr“ enthalten hätten, so daß sie durch § 9 des preussischen Preßgesetzes gedeckt seien, wonach ja Plakate solchen Inhalts freigegeben seien. Das Schöffengericht verurteilte jedoch die Angeklagten zu Geldstrafen und das Landgericht wies die Berufung zurück. Begründend wurde ausgeführt: Der Ausdruck sei ein öffentlicher gewesen, da das Gastzimmer jedem Gaste zugänglich sei. Die Angeklagten hätten sich einer Verletzung des Gesetzes schuldig gemacht, indem sie Plakate öffentlich ausgehängt hätten, die nicht zu denen gehörten, welche nach § 9 des Gesetzes vom 12. Mai 1881 angehängt, angeheftet oder in sonstiger Weise öffentlich ausgestellt werden dürfen. Ihre Angabe, daß es sich hier lediglich um Nachrichten für den gewerblichen Verkehr gemäß § 9 handele, sei verfehlt. Das Gericht habe die Ueberzeugung erlangt, daß die Plakate in erster Linie den politischen Zwecken des Verbandes der Brauereiarbeiter hätten dienen sollen. Die vereinigten Brauereiarbeiter hätten über einige Brauereien den Boykott verhängt zu dem Zweck, die Brauereien, die den politischen (?) Zielen des Verbandes entgegenstrebten, zu schädigen und sie eventuell den Wünschen der Brauereiarbeiter geneigt zu machen. Wenn nun jene Plakate mit der Aufschrift: „Hier wird bohloktfreies Bier vergast. Die lokale Kommission“ ausgehängt wurden, so sei, wie die Unterschrift ergebe, nichts anderes bezweckt worden, als auf die den Verbande entgegenstrebenden Brauereien einen Druck auszuüben und sie zu schädigen. Sie seien also nicht zum Aushang gebracht worden lediglich des gewerblichen Verkehrs halber, wenn sie auch Mitteilung machten über den Bezug des Bieres und sodann den gewerblichen Interessen des Wirts mit dienen. Dieser Umstand könne den politischen Zweck des Plakats nicht aufheben. Die angehängten Wirtseien für den Aushang der Plakate in ihren Gasthäusern verantwortlich.

Die Angeklagten legten Revision ein. Sie wurden durch A. v. Dr. H. Heinemann vor dem Kammergericht vertreten, welcher geltend machte, daß es gar nicht darauf ankommen könne, welchen Zweck die Herausgeber der Plakate, die lokale Kommission, verfolgte, sondern daß entscheidend wäre, ob der Ausdruck in dem Plakate unter den bestimmten Umständen einem gewerblichen Zweck diene. Offenbar sei die Tendenz geblieben, auf den Bierkonsum in den Wirtschaften der Angeklagten, also auf den gewerblichen Verkehr einen Einfluß auszuüben, so daß man es hier mit einer Nachricht für den gewerblichen Verkehr im Sinne des § 9 zu tun habe.

Das Kammergericht verwarf indessen am Montag die Revision des Angeklagten und führte aus: Bei den Plakaten komme es nicht auf den Zweck des Anschlags an, sondern auf den Inhalt. Hier handele es sich um eine Bekanntmachung der lokalen Kommission, denn sie mache bekannt: es gibt hier bohloktfreies Bier. Das gehe über eine Mitteilung, daß Bier zu haben sei, hinaus. Diese Bekanntmachung der lokalen Kommission sei nach ihrem Inhalte nicht ohne polizeiliche Genehmigung anzubringen gewesen.

Die Begründung des Urteils fällt nach mehreren Richtungen hin auf. Unverkennbar ist, weshalb die Anzeige, daß bohloktfreies Bier zu haben ist, keine „Nachricht für den gewerblichen Verkehr“ sein soll. Die Anzeige teilt denjenigen, die aus bestimmten Brauereien Bier nicht trinken wollen, mit, daß sie in dem Lokal Bier aus anderen Brauereien erhalten. Diese Nachricht erfolgt, damit das ausgebotene Bier getrunken wird. Das ist genau so gut eine Nachricht für den gewerblichen Verkehr wie die Mitteilung, daß etwa „Pilsener Bier“ zu haben ist oder Stoffe aus englischen Fabriken zu kaufen sind. Der vom Kammergericht durch Einbringen „politischer“ Gesichtspunkte erfolgte Boykott des Plakats ist weder mit §§ 9, 43 des altpreussischen Preßgesetzes noch mit den Grundfragen der Gewerbefreiheit vereinbar. Das Urteil des Kammergerichts fällt durch seine weitere irrtümliche Auslegung der §§ 9, 41 auf. Es behauptet, Plakate, die nicht nur Nachrichten für den gewerblichen Verkehr enthalten, seien „mit polizeilicher Genehmigung“ zulässig. Dem ist nach § 9, den wir oben dem Wortlaut nach anführten, nicht so. Solche Plakate sind nach dem veralteten Joxf des 1851er Gesetzes überhaupt nicht zulässig. Da die preussische Polizei trotz der kammergerichtlichen Nachsicht vor dem Saubermann des Verhinderers des gesetzlich gewährleisteten Streikpostens stehen noch immer — nach dem Gesetz — nicht mehr als das Gesetz gilt, so hat auch sie ein Recht für Genehmigung solcher Plakate nicht. Die Art ausgleichender Gerechtigkeit, dem Arbeiter und Mittelstand Rechte, die das Gesetz ihm gibt, zu nehmen und dafür der Polizei Rechte zu geben, die sie nach dem Gesetz nicht hat, mag Massenjustiz oder absolutistischer Polizeiwirtschaft entsprechen, paßt aber nicht in den Wortlaut preussischer Gesetze. Wiewohl nach § 9, 41 andere Plakate als solche mit Nachrichten für den gewerblichen Verkehr nicht zulässig sind,

sieht man in jeder Strafe derartige unzulässige Plakate. Wie kommt es, daß eine Verfolgung fast nur eintritt, wenn die Verfolgung als dem Interesse der Unternehmungskasse dienlich erachtet werden kann? Das Plakatgesetz von 1881 gehört zu jenen Polizeigesetzen, deren Hebrlichkeit selbst Graf von Potobowoly und Graf von Stolberg kürzlich im Reichstag anerkannten. Der Beilegung dieses und ähnlicher Polizeigesetze mag von manchen aus der Annahme widerprochen werden, sie seien für Applizierung kleinlicher Nadelstiche gegen Arbeiter noch brauchbar. Die so denken, vergessen die aufsteigende Wirkung, die solche Gesetze und die Nachsprechung auf Grund solcher Gesetze auf Personen ausübt, welche noch in der Infanzion leben, Gesetz und Gericht seien keine Instrumente der herrschenden Klasse, sondern dienen der Verwirklichung der Gerechtigkeit.

Aus der Frauenbewegung.

Fraueninteressen und Parlamente.

Im größten deutschen Bundesstaate, in Preußen, rüstet das Klassenbewußte Proletariat zu einer wichtigen Demonstration gegen das Dreiklassenwahlgesetz.

Nieder mit dem Junkerparlament! wird es laut und vielstimmig in Versammlungen und Flugblättern widerhallen. Bei dieser wichtigen Kundgebung, die Zeugnis von der politischen Reife des Proletariats ablegt, dürfen auch die Frauen nicht fehlen; ruht doch in den Händen der preussisch-deutschen Selbstparlamente die Lösung so vieler, die große Masse des Proletariats und vor allen Dingen auch die Frauen interessierenden Fragen. Lassen wir zunächst einmal das Vereins- und Versammlungsrecht Neuen passieren. § 8 Abs. 3 des preussischen Vereins- und Versammlungsgesetzes lautet: „Frauenpersonen, Schüler und Lehrlinge dürfen den Versammlungen und Sitzungen der politischen Vereine nicht beiwohnen.“ Auf diesem Gebiete marschiert das reaktionäre Preußen in Deutschland wirklich voran. Man glaube allerdings, daß nach der Jertus Wuch-Affäre den Frauen etwas mehr Spielraum gewährt werde, doch man täuschte sich; denn wenige Tage nach der bekannten „Sogmenitche“ gab Minister Freiherr von Hammerstein seine Weisheit kund, indem er erklärte, seit dem nunmehrigen 50jährigen Bestehen des Vereins- und Versammlungsgesetzes sei nichts geändertes, was eine Änderung dieser Materie nötig mache. — Der Minister will nicht, daß Frauen in politischen Versammlungen mitreden. Es soll deshalb der Polizei immer die Befugnis (Frauen von politischen Versammlungen auszuschließen) bleiben und sie soll sofort eintreten, sobald die Frauen versuchen, auch politisch tätig zu sein.“ Die gleiche Ansicht äußerte mit ähnlichen Worten Staatssekretär Graf Potobowoly.

Die braunschweigische Regierung hat aus den gleichen Motiven eine Änderung des Vereins- und Versammlungsgesetzes abgelehnt.

Frauen und volkhäufige Mädchen, die fortwährend durch ihre Arbeitsleistung Mehrwert hervorbringen, die für andere Wohlleben schaffen, die recht häufig als Ernährerinnen ihrer Familien im Verdacht kommen, werden durch diesen famosen Paragraphen mit Kindern und unwilligen Personen auf eine Stufe gestellt. Täglich bestätigen und persönliche Erfahrungen und auch die Presse, daß dieser Paragraph in fast gemeingefährlicher Weise von einzelnen Beamten gehandhabt wird.

Die Änderung des Vereins- und Versammlungsgesetzes ist Sache des Landtags. Da gilt es nun zu kämpfen für die Forderung der Sozialdemokratie: Abschaffung aller Gesetze, die die Frauen in öffentlicher und privatrechtlicher Beziehung gegenüber dem Manne benachteiligen.

Ebenso großes Interesse dürfte die Mutter an der Gestaltung der Volksschule haben, denn welche Mutter hegte nicht den sehnlichsten Wunsch, daß ihre Kinder beim Eintritt ins öffentliche Leben so viel Wissen aufgenommen haben, daß sie damit im Leben vorwärts kommen. Wie sieht es aber damit aus? Der Kopf des Kindes wird in der Volksschule schematisch mit allem möglichen vollgepfropft, leider aber fehlen zumeist die Kenntnisse, die im späteren Leben notwendig gebraucht werden, so daß man auf das junge Menschenkind mit voller Berechtigung das Goethewort anwenden kann:

„Was man nicht weiß, das eben braucht man, und was man weiß, kann man nicht brauchen.“

Schuld an diesem Zustand ist zunächst der Mangel an Schulen in Preußen und in anderen Bundesstaaten, wodurch an die einzelnen Lehrkräfte unendlich hohe Anforderungen gestellt werden. Wenn 70 bis 80 Schüler auf eine Lehrkraft entfallen, kann von einer individuellen Ausbildung keine Rede sein. Dazu kommt noch die meist jämmerliche Befoldung der Lehrkräfte. Es gibt noch eine große Anzahl Lehrer, die ein Gehalt von 400 M. und darunter beziehen. Da es zum Leben nicht reicht, sind diese Jugendbildner gezwungen, noch Nebenbeschäftigung zu suchen. Daß solche Erscheinungen ungünstig auf die ganze Institution der öffentlichen Jugendberziehung wirken und schwere Anklagen gegen den Staat erheben, braucht nicht besonders betont zu werden.

Die Schule ist den Einzelanfragen unterstellt, und daher kann es den Frauen nicht gleichgültig sein, wie sie zusammengefaßt sind, ob Junfer und Pfaffen darin die Herrschaft führen oder ob dort freirechtliche Ideen im Interesse der Gesamtbevölkerung zur Geltung kommen.

Auch die Arbeiterschutzgebung muß die Aufmerksamkeit der Frauen wachrufen. Diese Materie ist wohl reichsweit geregelt, aber die Ueberwindung der Bestimmungen untersteht der Landesgesetzgebung, und da ist es für die Arbeiterinnen und Mütter besonders wertvoll, zu sehen, in welcher Weise die Gewerbeinspektion ausgestattet ist und in welchem Geiste die Maßnahmen der Gesetzgebung befolgt werden.

Alljährlich vergrößert sich die Zahl der Arbeiterinnen und jugendlichen Arbeiter, in deren Interesse eine wirksame Arbeiterschutzgebung liegt. Heute entspricht leider die ganze Arbeiterschutzgebung noch bei weitem nicht den berechtigten Forderungen der Arbeiterheit. Daher gilt es für das Proletariat: Einzug in das Parlament zu halten, wo derartige Gesetze geschmiedet und überwacht werden.

Und noch eine wichtige Angelegenheit, die häufig geeignet ist, das mütterliche Gefühl zu verletzen, soll nicht unerwähnt bleiben. Die Gesundheitsordnung, die aus dem Jahre 1884 stammt und eigentlich längst schon in die Kumpfkammer gehörte, hat zum Teil noch heute Gesetzeskraft; und unter solcher Justel seufzen allein die Kinder des Proletariats.

Wer erinnerte sich nicht der Zustände in Ostpreußen, wo die Dienstmädchen (beiderlei Geschlechts) noch mit der Heiligkeit des gnädigen Herrn Bekanntheit zu machen Gelegenheit haben. Ist es doch schon vorgekommen, daß junge Mädchen auf den entblößten Körper geschlagen wurden. Aber auch bei städtischen Herrschaften haben die Dienstmädchen nicht selten unter Handgreiflichkeiten der „Gnädigen“ zu leiden. Christen und Christinnen berechnen nicht zum Verlassen des Dienstes, und sehr selten ziehen solche „Liebenswürdigkeiten“ Bestrafung nach sich.

Ueber alle genannten Einrichtungen beschließt der Landtag. Im Dreiklassenparlament herrscht aber zurzeit unumschränkt die Junkersippe, der Großindustrielle und der Paffe.

Da eine solche Vertretung ängstlich bemüht ist, nur ihre eigenen Klasseninteressen im Landtage zu wahren, kann von jenem Aleeblatt der „Ordnungsstufen“ nichts Gutes für die Arbeiterklasse herauskommen.

Die Tatsache zeigt den Männern und Frauen, daß sie nicht ruhen und rasten dürfen, um für sich das allgemeine, gleiche, direkte Wahl- und Stimmrecht mit geheimer Stimmabgabe aller über 20 Jahre alten Reichsangehörigen ohne Unterschied des Geschlechts für alle Wahlen und Abstimmungen zu erobern, damit endlich das Privileg des Geldsacks gestürzt wird und die Stimme des Volkes zur Geltung kommt.

Brickkasten der Redaktion.

Durch Befragen von Bekannten und bei einer Prüfung aller Urteile über türkische Cigaretten müsste man sich beinahe von der Unmöglichkeit überzeugen, alle Cigaretten-Raucher zu befriedigen. Allerdings ist es fast unmöglich. Nur die in einer Lebenszeit gesammelten Erfahrungen können dies ganz ermöglichen.

JOSETTI CIGARETTEN

stellen das Resultat langjähriger Versuche dar, dem Geschmack der besten deutschen und ausländischen Kenner gerecht zu werden.

Nach einer langen Reihe von Versuchen ist es uns geglückt, eine Anzahl Marken herzustellen, welche den verschiedenen Geschmacksrichtungen angepasst, an Güte den höchsten Anforderungen entsprechen. Alle diese Marken sind sich darin gleich, dass sich bei sämtlichen alle Erfordernisse einer guten Cigarette vereinigen und haben sie sich hierdurch die höchste Gunst des Publikums erworben.

Joseppi Juno 10 St. 20 Pfg.



Das Verpacken türkischer Blättertabake in Ballen. Die ausgewählten Blätter werden nach Qualität sortiert und kommen zum Versand in Ballen.

Holz-, Stein-, Gipsbildhauer u. Modelleure!

Die Kollegen werden ersucht, die zur Befragung gelangten persönlichen Fragebogen so bald als möglich ausgefüllt nach dem Bureau, Engel-Ufer 15, Zimmer 26, zu senden. Fehlende Formulare dort zu haben.

Am Donnerstag, den 11. Januar, abends 8 1/2 Uhr, im großen Saale des Gewerkschaftshauses

Oeffentliche Versammlung.

Fortsetzung der Diskussion über: Die Entwicklung der Gewerkschaften zu Berufsorganisationen und Industrieverbänden.

Die Versammlung wird pünktlich eröffnet und ist jeder Kollege verpflichtet zu erscheinen. Die Agitationskommissionen aller Branchen.

Marmor-Arbeiter.

Sonntag, den 11. Januar 1906, vormittags 10 Uhr:

General-Versammlung

im Englischen Garten, Alexanderstraße 27c.

Tages-Ordnung:

1. Bericht über den Jahresabschluss und Jahresabrechnung.
2. Bericht des Vorstandes.
3. Neuwahl des Gesamtvorstandes.
4. Gewerkschaftliches.

Wegen der Wichtigkeit der Tagesordnung ist es Pflicht eines jeden Kollegen, pünktlich zu erscheinen. Der Vorstand.

Achtung, Rohrer!

Sonntag, den 14. Januar, vormittags 10 Uhr:

Mitglieder-Versammlung

des Vereins der Rohrer Berlins u. Umgegend.

Tagesordnung: 1. Vortrag. 2. Wahl des zweiten Vorsitzenden, der Rechnungs- und des Kartelldelegierten. 3. Abrechnung vom vierten Quartal. 4. Vereinsangelegenheiten.

Auch werden in der Versammlung die neuen Bücher ausgegeben. Gustav Kowald, Vorsitzender.

Masken-Garderobe
von
Carl Ernst
Königsplatz 126, 1 Et.
Größte Auswahl!
Billigste Preise!
Vorzeiger dieser Annonce
erhält 10 % Preisermäßigung.

Fülle Dein Bett
mit neuen Gänsefedern!
Ungerissen mit allen Daunen
von 1,30 M. an
gleich süßfertig 1,75
Gehirne Federn 2,00
Reelle Bedienung! Umtausch gestattet!
Paul Paegelow,
Bettfedern-Großhandlung
Wriezener, Oberbruch.

Verlag G. Birk & Co., München.

Neu erschienen:

Ed. Bernstein: Die heutige Sozialdemokratie in Theorie und Praxis. Preis 1 Mt.

Dr. med. G. Zepler: Radikalismus und Ektik. Rachmord zum „Vorwärts“-Konflikt als Mahnwort an die Genossen. Preis 20 Pf.

Der „Vorwärts“-Konflikt. Gesammelte Aufsätze. 570892. Preis 30 Pf.

Durch alle Buchhandlungen und Kolportage sowie direkt vom Verlag zu beziehen.

Englischer Garten,
Alexanderstr. 27c.
Gabe für Vereine noch einen Sonnabend im Februar und März meinen großen Saal frei (zwei 300 Personen).
57342* Max Quasler.

KNORR'S
Maccaroni.

Neue Welt
1905
Einbanddecken
Preis 1 Mk. Porto 30 Pf.
Den Abonnenten unserer Parteiblätter wird die Einbanddecke willkommen sein, durch die es erleichtert wird, diese beliebte Sonntags-Beilage dauernd zu bewahren.
Buchhandlung Vorwärts
Berlin SW. 68, Lindenstr. 69

Berliner Ulk-Trio.
Felix Scheuer
Stralauerstr. 1.

Danksagung.
Für die Beweise herzlicher Teilnahme und der reichen Krangspenden bei der Beerdigung meines lieben Mannes
Karl Geppert
lage ich allen Verwandten und Bekannten, sowie den Genossen des vierten Berliner Reichstagswahlkreises Südost und den Kollegen des Verbandes der Hafenarbeiter unseren herzlichsten Dank.
1807b
Die trauernde Witwe Berta Geppert
nebst Kindern.

Hustentropfen
überaus schnell und sicher
Nur ein Tropfen, wenn man Marke „Medico“ kennt.
Preis 50 Pf.

Sozialdemokratisch. Wahlverein Rixdorf.
Todes-Anzeige.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Schankwirt
Adolf Scholz
(5. Bezirk)
verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute Donnerstagmittag 3 Uhr von der Leichenhalle des Richard-Richthofes (Hermannstraße) aus statt.
232/1 Der Vorstand.

Verein der Heizer u. Maschinisten Charlottenburgs.
Zahlstelle No. 1.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß der Kollege
Fritz Waarilich
verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Freitag, den 12. Januar, nachmittags 4 Uhr, vom Leichenhof, Fürstenbrunner Weg, aus statt.
138/2

Zentral-Kranken-u. Sterbekasse der Zimmerer.
(E. S. Nr. 2, Hamburg.)
Oertliche Verwaltung Berlin VI.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß das Mitglied
Felix Dobbertin
am 8. Januar verstorben ist.
Die Beerdigung findet am 12. Januar, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Gethsemani-Richthofes in Nieder-Schönhausen aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
250/1 Der Vorstand.

Am 9. verstarb mein lieber Mann, unser guter Sohn und Bruder, der Bauarbeiter
Hermann Holzkamm.
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 14. Januar, nachmittags 3 Uhr, vom Trauerhause Platten. 61 nach dem Gemeindefriedhof Lichtenberg, Krugstraße, statt.
1816b

Todes-Anzeige.
Allen Freunden, Bekannten und Verwandten die traurige Nachricht, daß am 9. Januar, vormittags 9 Uhr, nach langen schweren Leiden unsere gute Tochter und Schwester
Anna Bathe
im Alter von 24 Jahren verstorben ist.
Um süßes Beileid bitten die Eltern
Hugo Bathe, Auguste Bathe, Hugo Bathe, Bruder.
Die Beerdigung findet am Freitag, den 12. Januar, nachmittags 2 Uhr, vom Trauerhause, Neu-Lichtenberg, Margaretenstraße 9, nach dem Gemeindefriedhof, Krugstraße, statt.
1815b

Rauchklub „Frohes Leben“.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß die Ehefrau des Bundesbruders
Jacob
verstorben ist.
Ehre ihrem Andenken!
Die Beerdigung findet heute, nachmittags 4 Uhr, in Adlershof, statt.
285/9 Der Vorstand.

Danksagung.
Für die innigsten Beweise der Teilnahme bei der Beerdigung meines lieben Mannes, Vaters und Schwiegervaters, des Ruhers
August Prütz
lagen wir allen Freunden, Bekannten und Kollegen, insbesondere dem Gesangsverein der Ruhers, den Genossen des 706. Bezirks, sowie dem Lotterieverein „Fortuna 1901“ unseren herzlichsten Dank.
1817b
Witwe **Justine Prütz** nebst Kindern.

Für die innige Teilnahme bei der Beerdigung meines lieben Mannes und Vaters, des Tischlers
Friedrich Thomas
lagen wir allen, insbesondere den Kollegen der Firmen Köhde, Lohmann, Altmeyer sowie der Charlottenburger Tischlerkasse unseren herzlichsten Dank.
Witwe **Thomas** nebst Kindern.
57362
Danksagung.
Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme und die Krangspenden bei der Beerdigung meines lieben Mannes
Wilhelm Lehmann
lage ich allen Freunden, Bekannten und Verwandten meinen innigsten Dank.
Emma Lehmann und Kinder.
1814b

Revolutionärsphilister.

Unter diesem Titel schreibt Genosse Mehring in der soeben erschienenen Nummer der „Neuen Zeit“:

„Denn eben wo Begriffe fehlen, da stellt ein Wort zur rechten Zeit sich ein.“ Ein solches Wort ist die Phrase von der Revolutionärsphilister, die augenblicklich grassiert, nicht nur in der feudalen oder bürgerlich-reaktionären Presse, sondern ihr gerade apportiert von dieser oder jener Seite, von der man wirklich vernünftigeres hätte erwarten können.

Freilich kann man sagen, daß dies Wort auch einen Begriff hat oder doch gehabt hat. Um und nur auf deutsche Verhältnisse zu beschränken, so gehören zum Beispiel Klopstocks Oden auf die französische Revolution oder Schillers „Käuber“ zur Revolutionärsphilister. Sie redeten rein ins Blaue hinein und warfen mit gewaltigen Phrasen um sich, hinter denen auch nicht die Spur einer greifbaren Wirklichkeit stand. Sie waren nur geeignet, die reaktionären Scharfmacher zu reizen und alle besonnen-staatsmännischen Bestrebungen für eine gründliche Reform an Haupt und Gliedern zu durchkreuzen. Wie tief durchdracht waren dagegen Goethes Urteile über die französische Revolution, wie gründlich fertigte sein „Bürgergeneral“ alle unreifen Empörung- und Teilungsgelüste ab!

Eines dabei ist nun freilich wunderbar. Man kann nicht einmal die philisteröseste Literaturgeschichte aufschlagen, ohne Klopstocks Oden auf die französische Revolution und Schillers „Käuber“ ehrenvoll erwähnt zu finden, während der „Bürgergeneral“ und ähnlicher Galimatias dem Genius Goethes im günstigsten Falle gerade nur noch verziehen sind. Das historische Urteil hat schließlich eine Macht, der sich selbst der Philister beugt. Aber deshalb hört der Philister nicht auf, Philister zu sein, und der werdenden Geschichte redet er ebenso dummdreist drein, wie er sich schließlich in die gewordene Geschichte fügt. Erweckt heute die russische Revolution in den deutschen Arbeitermassen eine Begeisterung, wie einst die französische Revolution in den erlauchtesten Geistes der deutschen Dichtung, so ist ihm das eitel Torheit und Verbrechen, so ist ihm das eine „Revolutionärsphilister“, vor der sich jeder echte und gerechte Staatsmann dreimal bekreuzigen muß.

Latzfischig steht in solcher Staatsmännerei aber nichts als das reine und unerschöpfliche Philisterium, als die kurzfristige Spieghürgerei, die den Deutschen durch eine dreihundertjährige Anwartschaft eingepreßt worden ist. Unsere klassische Literatur war der erste Versuch, sich aus diesem intellektuellen und moralischen Elend zu erheben, und hätte sie nicht ihre „Revolutionärsphilister“ gehabt, so würde heute das unbeschreibliche Urteil der Geschichte lauten: so tief war am Ende des achtzehnten Jahrhunderts die deutsche Nation gesunken, daß nicht einmal ein Funken aus dem Flammekeimer der Revolution in ihr zu günden vermochte. Nach der Absicht der Philister, die jetzt über die „Revolutionärsphilister“ das Blaue vom Himmel heruntergeredet bezugnehmend, soll demalst über die deutsche Arbeiterklasse im Anfang des zwanzigsten Jahrhunderts das historische Urteil lauten: Mit vollendetem Stumpfsinn sah sie dem Heidenkampf ihrer russischen Brüder zu und hütete sich vor jedem ledigen Worte, das die verrottete Wunde der Scharfmacher hätte reizen können.

Es kann und es wird dahin ja gewiß nicht kommen. Aber eine häßliche Erscheinung bleibt deshalb doch die Gefahr von der „Revolutionärsphilister“, das nichts hinter sich hat als ein vollständiges Verloren sämtlicher Philisterphrasen. Daß deutsche Zustände nicht russische Zustände sind, daß man den Kopf nicht an der Mauer einrammen solle, daß Bürgerblut nicht ohne Not vergossen werden dürfe, daß die Hunde, die am lauffeigen bellen, am schlechtesten heißen — die befehlende Gemüthslosigkeit solcher Wahnhaftigkeiten spricht aus den empörenden Reden der erhabenen Denker, die von der „Revolutionärsphilister“ ein für allemal nichts wissen wollen. Daß alle diese Redensarten wie die Faust aufs Auge passen, daß kein Mensch daran denkt, deutsche Zustände mit russischen Zuständen zu vergleichen oder mit dem Kopfe gegen die Mauer zu rennen usw. — kümmert sie weiter nicht. So sinnlose Absichten werden ohne alles Federlesen denen unterstellt, die in der glücklichen Lage sind, gegenüber einer weltgeschichtlichen Erscheinung, wie der russischen, noch andere Empfindungen und Gedanken zu haben, als in den leeren Damentationen des Spieghürgertums enthalten zu sein pflegen.

Trenn wir nicht, so war es Lassalle, der einmal sagte, das ganze Unrecht der Philister bestehe darin, recht zu haben. Mit anderen Worten: der Philister vermag nur die platteste Wahrheit zu erkennen, die dem oberflächlichsten Witz offen liegt, und eben deshalb begreift er niemals den wirklichen Zusammenhang der Dinge, weil dieser Zusammenhang niemals auf der Oberfläche zu finden ist. Er beweist euch mit der dürftigen Weisheit des Einmaleins, daß man niemals eine stärkere Macht angreifen dürfe, wenn man sich nicht einer Niederlage aussetzen wolle, aber er begreift nie, er kann und wird nie begreifen, daß damit das Kapitel der revolutionären Strategie und Taktik nicht erschöpft ist. Gebendet durch den äußeren Schein der Dinge, fragt er sich nie, ob sich unter diesem äußeren Schein das wirkliche Machtverhältnis nicht völlig umgewälzt haben kann, sieht er nie ein, daß die revolutionäre Entladung ebenso die Wirkung, wie die öffentliche Proklamtion eines solchen Umwälzungen sein kann. Jede revolutionäre Erhebung greift eine Macht an, die ihr noch allen äußeren Merkmalen überlegen ist; soll der Grundfah entscheiden, den die Revolutionärsphilister jetzt mit so gewaltigem Pathos predigen, dann wäre es nie zu einer revolutionären Bewegung gekommen, dann sähen wir heute noch in den germanischen Wäldern und ähen Eichen.

Und was ist denn nun an „Revolutionärsphilister“ in Deutschland passiert, um die Revolutionärsphilister auf die Schanzen zu rufen? Die deutschen Arbeiter haben ihren russischen Brüdern ihre Sympathie bekundet; sie haben die mächtige Waffe der russischen Revolution, den politischen Massenstreik, einer eingehenden, aber rein theoretischen Betrachtung unterzogen; sie haben in einigen fälschlichen Städten gegen den von ihrem Wahlrechte begangenen Raub durch friedliche Strafenkundgebungen demonstriert. Das ist alles, und man könnte danach höchstens nur fragen, ob es genug sei. Aber den Revolutionärsphilister ist es schon viel zu viel. Sie rufen: Stille, stille, kein Geräusch gemacht! Die deutsche Sozialdemokratie soll noch ihnen gar kein Gelächere verraten, auch einmal den Pfad ihrer russischen Brüder zu gehen; sie soll immer nur, zur Befestigung aller Scharfmacher, erklären: Deutsche Zustände sind keine russischen Zustände; wir denken nicht daran, uns den Kopf an der Mauer zu zerschellen; wir verabscheuen jeden gemaltigen Aufstand, wir wollen auch nichts vom politischen Massenstreik wissen, bei dem die Arbeiterklasse niemals Seide spinnen kann.

Sehen wir selbst von der Würde dieser Taktik ab, so ist es nicht einmal um ihre Pflichtigkeit gut bestellt. Die herrschenden Klassen wissen sehr gut, woran sie mit der deutschen Arbeiterklasse sind, und lassen sich kein I für ein II machen. Den neuesten Beweis dafür liefern die empörenden Strafen, die über einzelne Teilnehmer an den Dresdener Strafenkundgebungen verhängt worden, Strafen, die das landläufige Gerüde von den deutschen Zuständen, die nicht russische Zustände seien, zu einer sehr fragwürdigen Phrase machen, wie denn die Ähnlichkeit dadurch noch wächst, daß gleichzeitig der Graf Büdler für seine Aufforderung, die Juden totzuschlagen und zu berauben, zum Vergnügen einer kurzen Festungshaft begnadigt wird. Aber man kann den Dresdener Richter nicht bestreiten, daß sie die getreuen Dolmetscher ihrer Klasse sind, und dieser Klassenjustiz durch eine demütig-vorsichtige Taktik ausweichen zu sollen, das wäre nicht nur die entwürdigendste, sondern auch die tödlichste Politik, die der deutschen Arbeiterklasse zugemutet werden könnte.

Würde sie befolgt, so würden die Scharfmacher nicht eher ruhen, bis sich das deutsche Proletariat zu einer völligen Hammelherde entmannt hätte, und über diese Hammelherde würden sie dann erst recht ihre Peitsche knallen lassen.

Ergogen durch die Lehre großer Denker, hat die deutsche Arbeiterklasse seit vierzig Jahren niemals eine tollkühne Politik getrieben, die mehr auf Spiel gesetzt hätte, als sich nach reiflicher Erwägung ihrer Interessen rechtfertigen ließe. Es liegt auch nicht der geringste Anlaß zu der Befürchtung vor, daß sie, nachdem sie nunmehr das Schwabenalter hinter sich hat, sich auf politischen Leichtfertigkeiten ertappen lassen wird. Aber deshalb hat sie doch niemals eine Politik getrieben, die aus ängstlicher Vorsicht sich die Gelegenheiten entschläpfen ließ, die sie ergreifen konnte, um ihre Sache zu fördern. Solche Gelegenheiten warten im Kriege nicht, wie schon Verrius den Athenern auseinandergesetzt hat; sie wollen beim Schopfe ergriffen sein, und von ihnen gilt das Dichtermotiv: Was du von der Minute ausgeschlagen, bringt keine Ewigkeit zurück. Wie wir vor acht Tagen an dieser Stelle ausführten, so gibt es für die deutsche Arbeiterklasse im gegenwärtigen Augenblick keine andere und keine höhere Politik, als sich zu rüsten, um jeder Lage gewachsen zu sein, die der revolutionäre Lauf der Dinge schaffen mag.

Das ist keine „Revolutionärsphilister“, sondern es ist die revolutionäre Politik, die, seit dem ersten Tage ihres Daseins, die deutsche Sozialdemokratie getrieben hat. Revolutionärsphilister im wirklichen, im historischen Sinne des Wortes ist in deutschen Arbeiterkreisen nirgends zu finden, es sei denn bei den Revolutionärsphilistern, die sich, in gemüthlicher Abgeschiedenheit von der revolutionären Entwicklung der Dinge selbst, eine revolutionäre Macht sammeln wollen, die stark genug sei, um von vornherein jeden Widerstand zu brechen. Diese Politik mag man, wenn man sonst höflich sein will, eine revolutionärsphilisterische Schreulle nennen.

Die städtische Verkehrsdeputation

beschäftigte sich in ihrer gestrigen Sitzung zunächst mit der dritten Lesung des Vertrages betr. Fortführung der elektrischen Hoch- und Untergrundbahn vom Potsdamer Platz über den Spittelmarkt und den Alexanderplatz bis jenseits des Ringbahnhofs Schönhauser Allee.

Der Vertrag zerfällt in 3 Teile: den eigentlichen Vertrag, ein Angebot der Hochbahn-Gesellschaft an die Stadtgemeinde Berlin betreffend den Bahnerwerb und einen Tausch- und Kaufvertrag zwischen der Stadtgemeinde Berlin und der Hochbahn-Gesellschaft über ein südlich der Rudolfstraße belegenes Terrain von ungefähr 18000 Quadratmeter.

Bei mehreren Paragraphen entspannen sich lange und lebhafte Debatten, doch wurden von der Deputation keine größeren Änderungen sachlicher Natur mehr genehmigt. Die beschlossenen Änderungen bezwecken nur, die zum Teil sehr schwierigen Bestimmungen klarer und präziser zu fassen.

In der Schlussabstimmung wurden die Verträge mit allen gegen die zwei sozialdemokratischen Stimmen genehmigt und beschlossen, den städtischen Behörden die Verträge in der nunmehr vorliegenden Fassung zur Annahme zu empfehlen.

Die beiden sozialdemokratischen Mitglieder mühten ihre Zustimmung vergeblich, weil sie die beschlossene Konzession für das ganze neue Unternehmen bis zum Jahre 1987 nicht gewähren konnten. Befanlich hatten die städtischen Behörden ursprünglich den Plan, diese wichtigste Schnellbahnverbindung am Potsdamer Platz nach dem Spittelmarkt bezw. dem Alexanderplatz als fahrsichere Bahn auszuführen. Dieser Plan fand aber nicht die Zustimmung der Staatsbehörden, die vielmehr die Ausführung und den Betrieb dieser Strecke der Firma Siemens und Halske bezw. der Rechtsnachfolgerin derselben, der „Gesellschaft für elektrische Hoch- und Untergrundbahnen“ zuwies. Es muß daher anerkannt werden, daß die Stadtgemeinde bezüglich der Fortführung der Bahn vom Potsdamer Platz nach dem Spittelmarkt bezw. dem Alexanderplatz sich in einer Zwangslage befindet und suchen mußte, mit der genannten Gesellschaft wegen des Baues und Betriebs dieser Strecke zu einer Verständigung zu gelangen. Keine Veranlassung oder gar Nötigung lag aber für die Deputation vor, der Gesellschaft auch gleich die Strecke Alexanderplatz-Schönhauser Allee zu übertragen und ihr damit das ganze ungeheure Gebiet des Nordens und Ostens Berlins zur wirtschaftlichen Ausnutzung zu überweisen. In diese Strecke ist in den damaligen Verhandlungen mit den Staatsbehörden gar nicht gedacht worden, wie denn auch niemand wird behaupten können, daß diese Linie als Fortsetzung des jetzt schon bestehenden Hochbahn-Unternehmens anzusehen ist. Die Linien vom Alexanderplatz nach Norden und Osten bilden ein ganz neues Verkehrsgebiet, das die Stadtgemeinde unbedingt sich selber hätte vorbehalten müssen und es wäre ein leichtes gewesen, dem reisenden Publikum durch Anschlußbetriebe ab Alexanderplatz dieselben Bequemlichkeiten zu bieten, wie durch das jetzt konzessionierte Unternehmen.

Die wichtigsten Bestimmungen des Vertrages sind nun die folgenden: Die Bahn wird unter dem Leipzigerplatz und der Kochstraße nach dem Wilhelmplatz und unter der Köpenickerstraße, dem Gendarmenmarkt, der Taubenstraße, der Niederwallstraße zum Spittelmarkt geführt (1. Teilstrecke). Sie läuft dann unter der Wallstraße bis zur Inselstraße und nach Unterführung der Spree unter der Kloster- und Brunnerstraße zum Alexanderplatz (2. Teilstrecke). Der Bahnhof Alexanderplatz wird die Möglichkeit des Umsteigens an andere ebenf. anzuschließende Untergrundbahnen gewähren. Vom Alexanderplatz aus wird die Bahn unter der Kaiser Wilhelmstraße bis zum Schönhauser Tor und von hier aus durch die Schönhauser Allee zum Rordring geführt. Bei der Franzosenstraße steigt die Bahn zur Hochbahn auf und wird als solche bis 105 Meter hinter die Stolpischestraße ausgeführt (3. Teilstrecke). Die Dauer der städtischen Zustimmung beginnt mit dem Tage der Erteilung der staatlichen Genehmigung und wird ebenso wie die Zustimmung für die bestehende elektrische Hoch- und Untergrundbahn bis zum 6. November 1987 erlirzt. Die Hochbahn-Gesellschaft verpflichtet sich, für die Bahn und alle späteren Erweiterungen, die zur Bahneinheit gehören, ohne vorherige Zustimmung der Stadtgemeinde keine Anträge auf Ausdehnung der staatsbehördlichen Genehmigung über den 6. November 1987 hinaus zu stellen oder den Betrieb über diesen Zeitpunkt hinaus fortzusetzen.

Die Hochbahn-Gesellschaft zahlt während der Dauer der Zustimmung alljährlich ein Entgelt, welches sich von der gesamten jährlichen Bruttoeinnahme der Bahn berechnet. Das Entgelt beträgt bei einer jährlichen Bruttoeinnahme bis zu einer Million Mark für das Bahnkilometer 2 Proz. dieser Bruttoeinnahme; bei einer Bruttoeinnahme von 1 bis 1 1/2 Millionen Mark für das Bahnkilometer 2 1/2 Proz. u. s. f. steigend.

Die Hochbahn-Gesellschaft zahlt außer dem Entgelt an die Stadtgemeinde in denjenigen Jahren, in welchen der Reinertrag der Bahn 6 Proz. des Anlagekapitals übersteigt, 50 Proz. des überschüssigen Betrages als Gewinnanteil.

Die Fertigstellung der Bahn erfolgt in folgenden Zeitabschnitten:

- 1. die Bahnstrecke vom Potsdamerplatz bis zum Spittelmarkt ist innerhalb dreier Jahre fertigzustellen;
- 2. die Strecke vom Spittelmarkt bis Alexanderplatz ist spätestens bis zum Ablauf des Jahres 1912, und
- 3. diejenige vom Alexanderplatz bis zum Ringbahnhof Schönhauser Allee spätestens bis zum Ablauf des Jahres 1915 fertigzustellen.

In dem Falle der Rücknahme der städtischen Zustimmung oder des Erlöschens der staatsbehördlichen Genehmigung steht der Stadtgemeinde das Recht zu, von der Hochbahn-Gesellschaft zum Zweck des eigenen Betriebes die Abtretung aller der Gesellschaft aus der staatlichen Genehmigung zustehenden Rechte zu verlangen.

In dem Angebot betreffend den Bahnerwerb finden sich ausführliche Bestimmungen über die Grundfah, welche für den Erwerb der Bahn seitens der Stadtgemeinde und der Gesamtheit der Begeunterhaltungspflichtigen maßgebend sein sollen, des ferneren Bestimmungen über die Fristen für die Ausübung des Erwerbsrechtes und die Grundfah zur Ermittlung des Erwerbspreises sowie schließlich Bestimmungen über die Rechtsverhältnisse beim Erlöschen der von der Stadtgemeinde erteilten Zustimmung oder beim Aufhören der staatlichen Genehmigung.

Konferenz der Klavierarbeiter Deutschlands.

Die im Holzarbeiterverband organisierten Klaviermacher hielten zu Zeil eine Konferenz ab, die besucht war von 38 Delegierten. Die Delegierten verteilten in 26 Orten 15265 Klavierarbeiter in etwa 880 Betrieben. Im Holzarbeiterverband sind davon 6006 als Mitglieder. Außerdem waren anwesend der 2. Vorsitzende des Holzarbeiterverbandes Leipz., der Redakteur der „Holzarbeiter-Zeitung“ Deinhard und der Gewerkschafter Thielemann-Chemnitz.

Der Verbandsvorsitzende Leipz. begrüßte die Delegierten namens des Vorstandes. Es ist das erstmal, daß die Klaviermacher eine Konferenz im Verbandsverbande veranstalten. Früher habe man im Vorstände für die Bestrebungen der einzelnen Branchen in dieser Beziehung keine Freude empfunden, da man darin eine Gefahr für die Geschlossenheit des Gesamtverbandes fürchtete. Mit dem Wachsen des Verbandes ist man von jener Ansicht abgekommen, der Verband leidet unter der Abhaltung der Branchenkonzferenzen nicht. Leipz. wünscht den Verhandlungen besten Erfolg. Schon im Jahre 1892 hat eine Konferenz von Klavierarbeitern in Gera stattgefunden, das Unternehmen ging damals von Lokalorganisierten aus, die vom Verbandsverband nichts wissen wollten. Das ist jetzt anders geworden. Im Jahre 1904 sind im Holzarbeiterverband bereits 5189 organisiert, 1905 ist diese Zahl bedeutend gewachsen. Es ist aber noch eine große Zahl unorganisiert. Die Aufgaben der Konferenz, die auch hierzu Stellung nehmen soll, seien also sehr große.

Ueber die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Klavierarbeiter referiert Schulz-Leipz.: Trotz aller Aufforderung haben nur 12 Orte Material gesandt, in diesen gibt es 73 Fabriken mit 4864 Beschäftigten, von denen 2392 organisiert sind. Die Lohnverhältnisse lassen alles zu wünschen. Es sind Löhne angegeben von 15—18 M., denen solche von 22—30 M. gegenüberstehen bis zum Höchstlohn von 44 M. in vereinzelten Fällen. Gearbeitet wird zumeist in Akkord; die Sätze für dieselben Akkordarbeiten sind aber nicht nur von Stadt zu Stadt sehr verschieden, sondern sogar schon von Betrieb zu Betrieb. Die Arbeitszeiten sind höchst unregelmäßig. Es soll in der Wechseltage die 9—10stündige Arbeitszeit bestehen, in Wirklichkeit ist sie aber viel länger. 15 und 16 Stunden sind gar nicht ungewöhnlich. Ueberstunden sind an der Tagesordnung, besonders von Oktober bis Dezember. Wie die Arbeitszeit, so auch die Behandlung, über die man vielfach zu klagen habe.

Man herrscht in vielen Fabriken der Klavierbranche ein Umstand, der die Organisation sehr erschwert. Während man in anderen Betrieben die älteren Arbeiter abdischelt, begegnet man in der Klavierbranche sehr vielen Leuten, die 30, 40 und noch mehr Jahre in demselben Betriebe tätig sind und oft schon mehrere Jubiläen gefeiert haben. Die Arbeitsverhältnisse sind also größtenteils stabil, ein Wechsel findet selten statt. Das erschwert die Agitation. Diese Leute, die so fest sitzen, sind selten in den Verband zu bringen. Die Leute arbeiten lieber billiger, als daß sie die Arbeit wechseln.

In der Klavierbranche sind die Verhältnisse ähnliche wie bei den Klaviermachern.

Am schlimmsten steht es in der Mechanikerbranche. Hier ist bald ausgeschloffen, bessere Verhältnisse zu schaffen. Der Wechsel ist hier ein fortwährender; vielfach werden jugendliche und weibliche Personen beschäftigt. In Leipzig sind z. B. die letzteren zu 50 Proz. vertreten. Die vervollkommnete Arbeitsmethode gestattet, daß jedermann beschäftigt werden kann. Das Organisieren geht hier sehr langsam vor sich. Oft hat man nur 5—6 Organisierte, selbst in größeren Betrieben. Die Arbeitsverhältnisse sind sehr traurige, die Ausbeutung ist grenzenlos. Löhne in der Höhe von 7 M. pro Woche sind selbst in Leipzig nichts seltenes. Dazu herrscht ein raffiniertes Strafsystem, das die elenden Löhne noch auf jede Art zu kürzen sucht. Alle Feiertage werden selbst bei Wochenlöhnen abgezogen. Hier muß man vor allen Dingen zu organisieren suchen, so schwer es auch wird, doch ist eine durchgreifende Besserung dieser Verhältnisse nur bei einem allgemeinen Fortschritt der gesamten Arbeiterschaft zu erhoffen. (Beifall.)

Vor Beginn der Diskussion erstattet die Mandatsprüfungskommission Bericht. Dabei wird festgestellt, daß aus Berlin zwei Lokalorganisierte als Gäste sich gemeldet haben.

Es folgt die Berichterstattung der Delegierten, welche die vom Referenten gerügten Zustände durch Einzelmateriale befestigen.

Der Berliner Delegierte berichtet: Es gibt in Berlin 209 Betriebe mit 6778 Arbeitern. Organisiert sind davon nur 1740 im Verband. Die Statistik ist allerdings nicht genau, da von anderen Organisationen sogar dahin gearbeitet wird, daß Fragebogen nicht ausgefüllt werden. Der Fachverein hat die Karole ausgegeben, daß seine Mitglieder unsere Fragebogen nicht ausfüllen dürfen. Es hat da noch eine Vermittlung durch die Vertrauensmänner stattgefunden. In Berlin sind leider noch Tausende indifferent. Für uns kommen in der Hauptsache 120 Klavierfabriken in Betracht mit 8849 Kollegen, von denen 1131 organisiert sind, aber nicht ausschließlich im Verbandsverband. Man wollte auch in Berlin weibliche Personen einstellen, es hat sich aber nicht als vorteilhaft erwiesen. Beschäftigt sind nur 23 weibliche Arbeitskräfte. Die Arbeitszeit ist zwischen 51—54 Stunden, eine Fabrik hat 66 Stunden, einige aber auch unter 51 Stunden. Ueberstunden wurden bis in die letzte Zeit hinein gemacht, jetzt aber weniger, denn wir weigern uns entschieden, welche zu machen. Wir sind auch der Ansicht, daß es nicht konsequent ist, Aufschlag für Ueberstunden zu verlangen, da man sie dadurch nur schamhaft macht. Man soll die Ueberstunden einfach verbieten. 1896 hat in unserer Branche eine allgemeine Lohnbewegung stattgefunden; der Streik ging verloren. Dagegen hat uns der letzte partielle Streik vorwärts gebracht. Diese Bewegung dauerte 13—15 Wochen, in einem Betriebe sogar 30 Wochen. In 2/3 der Betriebe war der Erfolg ganz oder teilweise, in 1/3 nicht. Auch die Zwischenmeisterbetriebe haben wir, sie arbeiten für die großen Fabriken. Es ist das mehr Hausindustrie. Bei ihnen sind teilweise leidliche Verhältnisse durch gute Organisation geschaffen. Wir haben ferner noch 6 Selbstspielapparat-Fabriken. In diesen ist die Arbeitszeit lang und die Organisation schwach.

Geiling-Berlin berichtet für die Klavierbranche. Es gibt darin 12 Fabriken mit 413 erwachsenen, 5 jugendlichen und 5 weiblichen Arbeitern. Organisiert sind davon im Verbandsverbande 188, in anderen Organisationen 96, insgesamt 284 Personen. Es ist nur Akkordarbeit üblich. Die Arbeitszeit beträgt 50 Stunden im Durchschnitt. Bei Einführung des Galalith an Stelle des Esfenbens wurde eine Zeitlang weniger verdient, bis man sich hineingearbeitet hatte. Jetzt werden die alten Löhne wieder erreicht.

Haupt-Berlin vertritt die Mechanikerbranche. Es gibt in Berlin 11 Betriebe mit 1600 Arbeitern, nur 849 sind organisiert im Verbandsverband. Hier sind beschäftigt 600 weibliche und 37 jugendliche Arbeiter. Die Arbeitszeit ist im Durchschnitt 58 1/2 Stunden, der Durchschnittslohn für männliche Erwachsene beträgt 23,40 M., für weibliche 10,60 M. Der letzte Streik hat etwas Nutzen gebracht. Man versucht aber, möglichst die männlichen Arbeiter zu verdrängen und jugendliche und weibliche Personen an ihre Stelle zu bringen. Sogar an die gefährlichsten Maschinen stellt man schwache, unbrauchbare Leute. Die Organisation ist schwer einzuführen.

führen. Viele scheuen sich, die allgeringsten Angaben zu machen. Nur verlangte Ueberstunden wurden aber doch 25 und 50 Proz. Aufschlag verlangt, da ließen die Fabrikanten keine machen. (Rufe: So wollen wir es ja!) Redner verbreitet sich noch über die Art der Arbeit an den automatischen Tourenmaschinen, die den Arbeiter vollständig zum stumpfsinnigen Sklaven machen.

Schutz-Leipzig betont in seinem Schlusswort, daß sein Referat ganz anders ausgefallen wäre, wenn man ihm das Material überliefert haben würde, das in der Diskussion zutage getreten sei. Jedenfalls würde eine zu wählende Kommission mehr schaffen können.

Es folgt die Beratung der Anträge, die zum 1. Punkt gestellt sind. Nach sehr lebhaft geführter Debatte werden folgende Anträge angenommen:

1. Antrag Hannover: Die Konferenz beschließt, in Zukunft Mittel und Wege zu suchen, um die Affordarbeit abzuschaffen oder die Beseitigung der Schäden derselben durch Affordtarife anzustreben. Es soll darauf hingewirkt werden, daß Lohn und Arbeitszeit überall möglichst einheitlich gestaltet werden, um auf diese Weise der Schmutzfunktions Einhalt zu tun. Zu dem gleichen Zweck verpflichtet die Konferenz alle Kollegen, mit vereinten Kräften in die Agitation einzutreten, um die unorganisierten Kollegen aufzurütteln und sie der Organisation zuzuführen.

2. Antrag Hannover und Hamburg: Die Konferenz verpflichtet alle Kollegen, ein ganz besonderes Augenmerk auf die Ueberstunden zu richten und nach Möglichkeit dahin zu wirken, daß dieselben beseitigt werden. In ganz dringenden Fällen dürfen Ueberstunden nur gegen einen entsprechenden Lohnzuschlag geleistet werden. Wo die Ueberarbeit länger als eine Woche dauert, ist die Einwilligung der Zahlstellenverwaltung einzuholen.

3. Antrag Berlin: Die Konferenz steht auf dem Standpunkt: Es muß überall da, wo es noch nicht besteht, hingewirkt werden, daß die wöchentliche Abschlagszahlung dem im Afford erzielten Verdienst entspricht.

4. Antrag Stuttgart: Es ist dahin zu wirken, daß jedem Arbeiter der den Verhältnissen entsprechende Lohn garantiert wird. Des Weiteren beantragt die Zahlstelle Stuttgart, Erhebungen anzustellen über das Zwischenmeisterystem, das der Selbstständigkeit und dem Vorwärtskommen der Arbeiter bezüglich der Lohnverhältnisse höchst hinderlich ist. Die Konferenz soll dahin arbeiten, daß auch mit diesem unwürdigen, nicht mehr der Zeit entsprechenden Verhältnis aufgeräumt wird.

Am zweiten Konferenztag referierte Siffelds Berlin über: Stellung zur Unternehmerorganisation; wie betreiben wir die Organisation in unserer Branche. Redner geht auf die Verhältnisse, die sich in der Pianofortebranche eingestellt haben, eingehend ein und bespricht dieselben einzeln und eingehend. Wie soll nun gearbeitet werden, damit es besser werde. Neues läßt sich da nicht vorbringen, es müssen vielmehr die alten Agitationsmittel nur mehr gebraucht werden. Zu empfehlen sind da die Hausagitation, das Vertrauensmännerystem, die regelmäßigen Sitzungen mit diesen, die Werkstattversammlungen, die Sektionsbildungen, wo sie nötig sind. Wenn alle diese Einrichtungen gehörig benutzt werden, dann schaffen sie unendlich viel Gutes. Vor allem ist aber die Einsetzung einer Zentralkommission erforderlich, die alle Fäden unter den Kollegen in der Hand hat. Was die Arbeitgeber anbetrifft, so wird oft behauptet, die Klavierarbeiter ständen zu ihnen in im besseren Verhältnis wie andere Arbeiter zu ihren Arbeitgebern. Das ist grundfalsch und die Kämpfe, die mit den Schafmachern in der Pianofortebranche geführt sind, haben das Gegenteil bewiesen. Wir müssen eine starke Organisation schaffen, die der der Arbeitgeber gewachsen ist. Redner hofft, daß die Zersplitterung unter den Arbeitern keine größere Dimensionen annehmen, sondern eingestellt wird zum Nutzen der Arbeiter selbst. (Lebhafter Beifall.)

In der Diskussion führt u. a. Deinhardt aus: Mit der Organisation sieht es noch schlecht aus. Wir haben es mit 20 bis 21 000 Arbeitern zu tun, von denen höchstens 7000 organisiert sind. Sind die alten nicht zugänglich, dann muß bei den anderen Arbeitern und Arbeiterinnen die Agitation einsetzen. Es wird eine Broschüre über die Pianofortebranche erscheinen; die soll jedem in die Hand gegeben werden. Von den Bau- und Möbelwerkstätten weiß man, daß sie bestrebt sind, vorwärts zu kommen. Es ist deshalb auch zu erwarten, daß mit der Zeit die unzufriedenen Elemente in die Klavierfabriken kommen, wegn dort neue Kräfte gebraucht werden. Die Unternehmer in den Pianofortfabriken sind die Schafmachersysteme in der Holzbranche; die treiben selbes zu Konflikten. Man braucht nur an die Kommerzienräte Schiedmeyer und Späthe zu erinnern; die sorgen schon durch ihre Verhalten dafür, daß über kurz oder lang der letzte Klaviermacher in den Verband kommt. Auch die Aussperrungen nutzen uns; sie flären die Arbeiter auf und treiben sie in hellen Haufen in die Organisationen.

Ein trüber Punkt ist allerdings die Lokalorganisation. Nicht an sich ist es trübe, daß es noch eine andere Organisation gibt, sondern es ist bedauerlich, daß diese Organisation uns Anstöße in den Weg wirft. Jedenfalls wird aber die Arbeiterschaft auch in dieser Beziehung nachdenklicher und kommt dann in die Verbände. Wauen wir also mit allen Kräften unseren Verband aus; dann kommen wir vorwärts.

Leopold Berlin stellt durch einen verlesenen Artikel fest, wie gering die Unternehmer über Tarifabmachungen denken. Hier fehlt kein Staatsanwalt ein, trotzdem der Terrorismus der Unternehmer klar zutage liegt. Allerdings sind auch die Unternehmer

unter sich selbst nicht einig. Ihren Arbeitsnachweis in Berlin hat nur ein Unternehmer benutzt: Beschlein. Schließlich hat auch er seinen Meistern den Auftrag gegeben, sich die Leute heranzunehmen, von wo sie zu bekommen sind.

Was die beantragte Zentralkommission anbetrifft, so führt Leipzig noch aus, der Vorstand habe auch dazu Stellung genommen. Er ist nicht gegen die Bildung der Kommission, aber er stellt die Bedingung, daß die Geschlossenheit des Verbandes nicht dadurch beeinträchtigt wird, und daß die Kommission sich stets erinnert, daß sie zu allen Unternehmungen immer das Einverständnis des Vorstandes einholen muß. Die Leitung kann nur der Verbandsvorstand haben. Bei den Sektionsbildungen soll das Verbandsleben nicht leiden, die üblichen Verbandssammlungen sollen immer besucht werden. Redner hofft, daß die Erwartungen, die auf diese Konferenz gesetzt sind, sich erfüllen. Die Konferenz soll nicht Selbstzweck sein, sondern Mittel zum Zweck. Die Agitation soll neu beginnen und fördern, und jeder soll die Verpflichtung mit sich nehmen, mit allen Kräften unermüdet zu agitieren.

Nach dem Schlusswort Siffelds werden die zu diesem Punkt gestellten Anträge diskutiert. Angenommen werden die folgenden:

Antrag Dresden: In Erwägung, daß die Unternehmer der Musikindustrie sich immer enger in Vereine und Industrieverbände zur Bekämpfung unserer Organisation, sowie der sich notwendig machenden Forderungen betreffs Verbesserungen der Arbeits- und Lohnverhältnisse zusammenschließen;

In weiterer Erwägung, daß die Kollegen der Klavierbranche keine beratige geschlossene und gut geführte Masse darstellten, als es zur Erriingung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen erforderlich ist, beantragen die Klavierarbeiter Dresdens: die Konferenz wolle für ganz Deutschland eine Zentralkommission wählen, deren Aufgabe es sein muß, eine enge Verbindung der Musikinstrumentenbranche herzustellen, die Agitation zu überwachen und durch Material zu unterstützen; eventuell auch dort, wo ein Fortschritt nicht zu verzeichnen ist, direkt oder indirekt das Nötige zu veranlassen.

Damit die Zentralkommission fortgesetzt über den Stand und den Fortschritt der Organisation innerhalb unserer Branche unterrichtet ist, sind die Vertrauensmänner resp. die Sektionsleitungen verpflichtet, am Schluss eines jeden Quartals Bericht über die Zahl der Beschäftigten sowie der Organisierten einzufenden. Ebenso ist über eventuelle Lohnbewegungen oder sonstige wichtige Vorkommnisse sofort zu berichten.

Das gesammelte Material ist von der Zentralkommission in geeigneter Weise zu bearbeiten und den Vertrauensleuten resp. Sektionsleitungen als Agitationsmaterial zuzustellen. Damit die Agitation sowie die obigen Bestimmungen in Bezug auf die Verträge an die Zentralkommission in Zukunft recht eifrig und kraft durchgeführt werden, sind die organisierten Klavierarbeiter in den einzelnen Zahlstellen verpflichtet, Sektionsleitungen oder Vertrauensmänner zu wählen, deren Adresse sofort nach der Wahl der Zentralkommission mitgeteilt werden muß.

Die Wahl der Zentralkommission erfolgt durch die Branchenversammlung derjenigen Zahlstelle, die von der Konferenz als Vortritt bezeichnet wird. Die durch die Tätigkeit der Kommission entstehenden Kosten und Ausgaben sind von der Hauptkasse zu decken.

Antrag 2: Bei Einführung von neuem Delegrammaterial (wie jetzt das künstliche Eisenblech, genannt Galalith) sind die betreffenden Arbeiter bis auf weiteres in Lohn zu machen. Nachdem die Kollegen von den Vorteilen und Nachteilen der Masse unterrichtet sind und die Zeit kennen, die zur Verarbeitung derselben notwendig ist, haben sie sofort Bericht an die Zentralkommission zu erstatten, die dann nach überall einen einheitlichen Affordatz vorzuschlagen hat.

Antrag Berlin: Die Konferenz verpflichtet die Kollegen, an allen Orten, wo Mechanikfabriken bestehen, besonders energische Organisationsstätigkeit zu entfalten. Die Kollegen sollen besonders auf das schädliche und geistesstörende Affordunwesen an den automatischen Maschinen (sogen. Tourenmaschinen) aufmerksam gemacht werden.

Abgelehnt wurde ein Antrag, der die Schaffung einer Zentralarbeitsnachweises verlangt. Dabei wurde ausgeführt, daß man überall driliche Arbeitsnachweise von der Zahlstelle aus einrichten soll. Die Unternehmer müssen veranlaßt werden, dieselben zu benutzen.

Eine Broschüre über die Lage der Klavierarbeiter soll später allen Kollegen in genügender Anzahl zur Verfügung gestellt werden.

Als Vortritt für die Zentralkommission werden Leipzig, Berlin, Dresden und Hamburg vorgeschlagen. Leipzig und Dresden lehnen ab. Bei der Abstimmung erhält Berlin 14, Hamburg 21 Stimmen, letzterer Ort ist also als Sitz der Kommission bestimmt.

Versammlungen.

Mafregelungen in den Straßenbahn-Hauptwerkstätten (Vod- und Uferstraße) beschäftigten am Dienstag in den Räumen des Bernhard Hofe-Theaters eine Versammlung der Arbeiter dieses Betriebes. Befanmtlich gelten die Werkstätten der Großen Berliner Straßenbahn schon seit langem als die schlechtesten Arbeitsplätze Berlins für Metallarbeiter, Lackierer usw. Nur dem starken Bezug dieser Arbeiterkategorien aus der Provinz nach der Hauptstadt und dem dadurch bedingten großen Angebot von Arbeitskräften verdankt die Große Berliner, daß sie für ihre Werkstätten unter den

daselbst herrschenden miserablen Lohn- und Arbeitsverhältnissen noch immer die genügende Anzahl Arbeiter bekommt. Und diesen Umstand machen sich die Werkstättenvorsteher denn auch nach Kräften zu Nutze, um die Arbeiter in einem Abhängigkeitsverhältnis zu erhalten, wie man es sonst nur selten in Berlin findet. Selbst in den Staatsbetrieben herrscht nicht eine solche Furcht der Arbeiter vor ihren Vorgesetzten wie hier. Vor zwei Jahren kam es in diesen Werkstätten wegen der kleinen Löhne und der schlechten Behandlung ja zu einem Streik, der jedoch infolge der ungenügenden Organisation der Arbeiter verloren ging. Seitdem ist es in dem Betriebe noch schlechter geworden, als es vorher schon war. Die Betriebsleitung hat es meißerhaft verstanden, das Gros der damals angeworbenen Arbeitswilligen in ständiger Furcht vor Entlassung zu halten. Eine Lohnreduktion folgte der anderen. Sobald aber aus der oder jener Abteilung sich einer ein Herz faßte und untertänig um eine Lohnzulage bat, drohte die Leitung mit Entlassung. Um diesen Drohungen auch den nötigen Nachdruck zu verleihen, wurden zeitweise reichlich neue Leute eingestellt, und dann folgten plötzlich haufenweise Entlassungen aus denjenigen Abteilungen, wo die Unzufriedenheit am größten existierte. Natürlich hielt man sich stets einen Stamm von willfährigen Elementen, die als Mitglieder des sogenannten „Kasservereins“ etwas bevorzugt wurden und dann auf die übrigen Arbeiter einwirken sollten, doch um Himmelswillen nicht einer Gewerkschaftsorganisation beizutreten, weil diese „oben“ nicht gern gesehen sei. In letzter Zeit lernten aber auch die früheren Arbeitswilligen einsehen, daß, wenn sie sich auch noch so launisch benahmen, sie doch niemals samt und sonders „bevorzugt“ werden können. Stets hieß es, wenn dies und jenes Quantum Arbeit nicht fertiggestellt wird, erfolgen Entlassungen. Witten um Aufbesserung der Löhne wurden abgelehnt mit dem geistvollen Hinweis darauf, daß, wenn die Arbeiter mehr Lohn bekämen, sie auch so viel Steuern mehr zu bezahlen hätten, und was derartiger Nützlichkeit mehr sind. So kam es dann, daß sich die allgemeine Unzufriedenheit der Arbeiter bei der Delegiertenwahl zur Betriebskrankenkasse in einer für die Betriebsleitung nicht erwarteten Weise äußerte. Zu diesen Wahlen hatten die „Bevorzugten“ der Direktion eine Kandidatenliste aufgestellt, in der sicheren Hoffnung, daß dieselbe glatt gewählt werde. Doch auch die Organisationen der Metallarbeiter und Lackierer präsentierten eine Liste. Und nun trat das Unerwartete ein: Die Verbandskandidaten wurden gewählt, und die Direktionskandidaten unterlagen. Dieses Wahlergebnis fiel der Betriebsleitung schwer auf die Nieren; hatte sie doch geglaubt, durch ihre einschüchternden Maßnahmen nach dem verloren gegangenen Streik jedes Sympathisieren „ihrer“ Arbeiter mit den gegnerischen Organisationen ein für allemal ausgerottet zu haben. Sie pflog daher weisen Rats, wie der drohende Geist der Unzufriedenheit jetzt am besten zu bannen sei. Das Resultat war, daß sie sämtliche 12 Delegierten und 3 Ersatzmänner einfach entließ. Dabei verfuhr sie auf folgende Weise: Es ist in dem Betriebe „Musik“, daß die Krankenlisten-Delegierten gleichzeitig den Arbeiterausschuß bilden. Hierzu wählen die Delegierten aus sich einen Unterausschuß von vier Mann. Diese vier Mann ließ nun der Betriebsvorsteher zu sich kommen und erklärte ihnen kurz und bündig, daß er sie nicht anerkenne, und um jede weitere Opposition unmöglich zu machen, gab er ihnen ihre Entlassung. Zum Hoßen der übrigen Arbeiter und als berechtigt Wahrzeichen dafür, was der Große Berliner das ihren Angestellten „garantierte“ freie Wahlrecht gilt, ernannte der Herr dann aus den Reihen seiner getreuen „Bevorzugten“ so viel Ausschlußmitglieder, wie ihm paßten. Natürlich war die Masse der Arbeiter und besonders die organisierten mit einem derartig selbstherrlichen Vorgehen nicht einverstanden. Sie beschloßen Protest zu erheben und verbreiteten zu diesem Zweck Handzettel, mittels deren sie zu der am Dienstag abend in der Versammlung einluden. Als nun der Herr Betriebsvorsteher ebenfalls einen solchen Handzettel zu Gesicht bekam, wählte er seiner Zucht keinen besseren Ausdruck zu verleihen, als daß er am Montag auch die übrigen 8 Delegierten und 3 Ersatzmänner entließ. So also sieht die Große Berliner das Koalitionsrecht ihrer Arbeiter! Und das, obwohl der Herr Direktor Rife erst jüngst in der Vertrauensmännerkonferenz der Angestellten wiederholt ausdrücklich betonte, von der Direktion werde niemandem wegen seiner Organisationszugehörigkeit etwas in den Weg gelegt, denn keinem sei es zu verargen, wenn er im Anschluß an eine Arbeitervereinigung seine Lebenslage zu verbessern suche.

In der Versammlung wurde überdies festgestellt, daß auch bereits einige Delegierte aus dem Fahrpersonal auf ähnliche Art gemahregelt worden sind. Die Antwendenden waren sich darin einig, daß in diesem rigorosen Vorgehen gewissermaßen der Anfang zu einem größeren Vorstoß gegen die Organisation der Arbeiter und Angestellten zu erblicken sei und legten es in die Hand der Organisationsleitungen, rechtzeitig entsprechende Gegenmaßnahmen vorzubereiten. Vielleicht wird die Große Berliner von einem Streik überascht, ehe sie es ahnt; denn Druck erzeugt naturgemäß Gegendruck.

Arbeiter-Zamariter-Kolonie. Heute abend 9 Uhr: III. Abteilung in Schöneberg bei Obit, Reinergerstraße 8. Vortrag des Jahntschülers Herrn Gebde über Zahn- und Mundkrankheiten. Gäste willkommen. Neue Mitglieder können jederzeit eintreten. Einschreibebest 25 Pf. Monatsbeitrag 25 Pf. Bibliothek steht den Mitgliedern zur Verfügung.

Auf Veranlassung des Deutschen Vereins für Volkshygiene. Ortsgruppe Berlin e. B., Freitag, den 12. Januar, abends 8 Uhr, im Bürgercafe des Rathhauses Herr Geh. Medizinalrat Professor Dr. Orth über „Entstehung und Verhütung der Tuberkulose“. Der Zutritt steht jedermann unentgeltlich frei.

Theater.
Donnerstag, 11. Januar.
Anfang 7 1/2 Uhr:
Opernhaus. Tristan und Isolde.
Anfang 7 Uhr.
Schauspielhaus. Ohnes und sein Ring.
Neues Opern-Theater. Geschlossen.
Deutsches. Der Kaufmann von Venedig.
Berliner. Der Weineidbauer.
Neues. Ein Sommernachtsstraum.
Anfang 8 Uhr:
Besten. Schätzleise.
Leffing. Die Wildente.
Schiller O. (Wallner-Theater.) Hans.
Schiller N. (Friedrich Wilhelm-Schauspielhaus.) Zwei glückliche Tage.
Kleines. Ghetto.
Teinische Oper. Hoffmanns Erzählungen.
Rebens. Der Weingemahl.
Lebanon. Die Wetterfahne.
Justspielhaus. Der Weg zur Höhe.
Thalia. Bis sich um Hinte.
Sari Weiss. Die lebende Bräute auf Kubo.
Zentral. Der Zigeunerbaron.
Wien. Der Goldbauer.
Deutsch-Amerikanisches. Er und Ich.
Metropol. Auf ins Metropol.
afino. Die goldene Bräute.

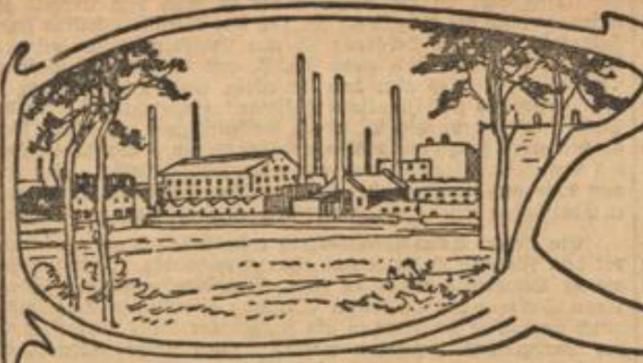
Apollo. Prinzess Rosine. Spezialitäten.
Herrfeld. Familienfest im Hause Beschlein.
Wintergarten. Otto Reutter. — Spezialitäten.
Belle-Alliance. Der grüne Teufel. Spezialitäten.
Walhalla. Nach Afrika, nach Rommer.
Holtes Caprice. Soll und Haben. Nach dem Papstentwurf.
Reichshofen. Stettiner Sönger.
Wassage. Spezialitäten.
Urania. Tondenträhe 48/49.
Abends 8 Uhr: Am Golf von Neapel. Der Hebräer um 6 Uhr: Dr. Theising: Die Entwicklung der Abstammungslehre.
Sternwarte. Invalidenstr. 157/62. Täglich geöffnet von 7 bis 1 Uhr.
Berliner Theater.
Zum erstenmal:
Der Meineidbauer.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Freitag: Edles Blut.
Sonnabend: Gastspiel der Oper des Theater des Westens: Der Opernhall.
Sonntag nachm. 2 1/2 Uhr: Hamlet.
Abends 7 1/2 Uhr: Gastspiel der Oper des Theater des Westens: Die Fledermaus.
Neues Theater.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Ein Sommernachtsstraum.
Freitag: Liebesleute (Amants).
Sonnabend, Sonntag: Ein Sommernachtsstraum.

Kleines Theater.
Abends 8 Uhr:
Hidalla.
Freitag:
Ghetto.
Zentral-Theater
(Operette). 8 Uhr:
Zigeunerbaron.
Luisen-Theater.
Abends 8 Uhr:
Der Goldbauer.
Freitag 1. erstmalig: Die lustigen Weiber von Windsor.
Sonnabend: Die lustigen Weiber von Windsor.
Sonntag nachm.: Die Waise aus Lombeck. Abends: Die lustigen Weiber von Windsor.
Montag: Der Kaufmann von Venedig.
Lustspielhaus.
Abends 8 Uhr:
Der Weg zur Höhe.
W. Noacks Theater.
Direktion: Rob. Dill. Brunnenstr. 16.
Extra-Elite-Vorstellung.
Zum erstenmal:
Der Loder vom Lindkammerhof.
Anf. 8 Uhr. Entree 30 Pf. Ball.

Metropol-Theater
Anfang 8 Uhr.
!Auf - in's Metropol!
Große Jahresrevue mit Gesang u. Tanz in 9 Bildern v. Jul. Freund. Musik von Viktor Hollaender. Rauchen in all. Räumen gestattet.
Walhalla-Theater
Nach Afrika nach Kamerun!
Musik. Vollen mit Ges. u. Tanz in 6 Akten. Anf. 8 Uhr. Rauchen überall gestattet.
Folies Caprice.
Budapester Possen-Theater
132 Lindenstr. 132, Ecke Friedrichstr. Zum 116. Male:
Nach dem Zapfenstreich.
Vorher: Soll und Haben u. d. ausgezeichnete Spezialitäten. Anfang 8 Uhr.
Vorher: Ich & Wertheim u. an der Theaterkassette u. 10 Uhr vorstellungs an. In Vorbereitung: Der Behemo.
Carl Weiß-Theater.
Gr. Franzfurterstr. 132.
Täglich abends 8 Uhr.
Die lebende Bräute auf Kubo.
Sensationelles amerik. Ausstattungsstück mit Ges. u. Ballett in 7 Bildern von James Fox.
Sonnabend nachm. 4 Uhr Kinder-vorstellung. H. Fr.: Hänsel u. Gretel.

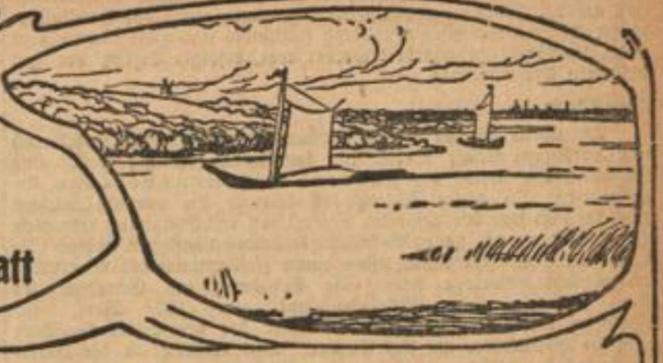
Komische Oper.
Friedrichstr. 101/101a.
Donnerstag, 11. Jan., abends 8 Uhr:
Hoffmanns Erzählungen.
Freitag: Hoffmanns Erzählungen.
Sonnabend: Die Bohème.
Sonntag nachmittag 3 Uhr bei ermäßigten Preisen: Die Bohème.
Abends 8 Uhr: Hoffmanns Erzählungen.
Deutsch - Amerikanisches Theater.
Königsplatzstr. 67/68. Jed. Abd. 8 Uhr:
Gastspiel: Ail. Philipp.
ERUNDICH
Donnerstag nachmittag 3 Uhr:
Halbe Preise!
„Ueber'n großen Teich“.
Trianon-Theater.
Anfang 8 Uhr.
Die Wetterfahne.
Sonntag nachm.: Die herbe Frucht.
Kasino-Theater
Lothringerg. 57. Täglich 8 Uhr.
Die goldene Bräute.
Schauspiel in 3 Akten v. R. Stomromed. Am Neuen Theater 3. n. sensation. Erfolg gebracht.
Vorher: Das brill. bunte Programm.
Sonntag nachmittag 3 Uhr: Das Opferlamme.

Stadt-Theater Moabit
Alt-Moabit 47/49.
Heute Donnerstag, den 11. Januar:
Gastspiel des Bernh. Rosch-Theaters
Uriel Acosta.
Trauerspiel in 5 Akten v. R. Guckelom.
Anf. 8 Uhr. Kasseneröffnung 7 Uhr.
Preise der Plätze:
Entree 30 Pf., nummerierter Pl. 50 Pf.
Vorzugsplätze haben Gültigkeit.
Voranzeige! Sonntag, 14. Januar: Berliner Droschkenkutscher.
Sanssouei. Kottbuserstr. 4a.
Dir. W. Reimer.
Sonnab. Konz., Donnerst.: Hoffmanns
Norddeutsche Sönger
und Tanzkapellen.
Sonnab. 8 1/2, Söndent 8 1/2 Uhr:
Dienstag und Mittwoch:
Theater-Abende.
Gastsp. d. L'Uovo-Ensemble.
Sonnab. 1. d. gr. Theaterkaal u. d. kleineren Söle zur nächst. Saison werden schon jetzt entgegengenommen.
Variété Elysium
Kommandantenstraße 3/4.
Um 9 1/2 Uhr: Aufführung des berühmten Streifenlichters
Paul Steinitz.



Vorort

Beilage des „Vorwärts“ Berliner Volksblatt



Redaktion und Expedition:
Berlin, Lindenstr. 69. Fernsprecher: Amt 17. 1933.

Nr. 8. Donnerstag, den 11. Januar 1906.

Inserate sechsgepaltene Kolonelle 20 Pfg.
Bei größeren Aufträgen entsprechenden Rabatt.

Vorort-Nachrichten.

Zur heutigen Stadtverordnetenwahl in Schöneberg

Sichten wir noch einmal in letzter Stunde an die Arbeiterschaft des zweiten, sechsten und achten Bezirks die Aufforderung, auf jeden Fall von dem ihr zustehenden Wahlrecht Gebrauch zu machen. Glaube niemand, es komme auf seine Stimme nicht an. Den bürgerlichen Gegnern muß trotz ihrer verzweifeltten Anstrengungen eine noch viel größere Niederlage bereitet werden, wie bei den Hauptwahlen im November vorigen Jahres. Das kann aber nur geschehen, wenn von der Arbeiterschaft alles aufgebietet wird, was in ihren Kräften steht.

Im zweiten Bezirk, wo wir mit zwei bürgerlichen Gegenkandidaten zu rechnen haben, muß unbedingt dafür gesorgt werden, daß eine Stichwahl vermieden wird. In ihren Flugblättern suchen der Grundbesitzerverein und der freisinnige Volksverein gegenseitig darin zu wetteifern, daß einer immer besser als der andere den Kampf gegen die Sozialdemokratie zu führen verspricht. Besonders die freisinnige Volkspartei leistet darin ganz außerordentliches, dieselbe Partei, die vor ganz kurzer Zeit dem Vorstande unseres Wahlvereins schriftlich Mitteilung machte, daß der Rechtsanwalt Gottschalk als Kandidat ihrerseits aufgestellt worden ist und die Hoffnung ausspricht, daß wir diesen Kandidaten ohne weiteres unterstützen würden.

Arbeiter, Parteigenossen! Laßt diese Kampfweise unserer Gegner Euch nur noch mehr als Ansporn dienen, jeden Säumigen aufzurütteln und für unsere Kandidaten zu gewinnen, dann werden wir den Sieg davontragen und in verstärkter Zahl in das Stadtparlament einziehen.

Als sozialdemokratische Kandidaten sind aufgestellt im zweiten Bezirk: Restaurateur Ernst Oßf, im sechsten Bezirk: Buchdrucker Paul Ragnan und im achten Bezirk: Maurer Albert Wolframm.

Die Parteigenossen, die am Wahltag, besonders in den Abendstunden helfen können, werden ersucht, sich in folgenden Lokalen einzufinden: Schilling, Ruffhauerstr. 16; Weinberg, Hauptstr. 4; Beltner, Götzenstr. 51.

Charlottenburg.

In der Generalversammlung des Wahlvereins am Dienstag, den 9. Januar begrüßte zunächst der Vorsitzende P. Schmidt die Genossen im neuen Jahr und forderte sie zur regen Tätigkeit für die Partei auf, damit auch unsere Organisation am Ort gesunden, wachsen und gedeihen möge. Ferner teilte er mit, daß die Mitglieder Gabriel und Herrmann durch den Tod aus unserer Mitte geschieden sind. Die Genossen erhoben sich zu Ehren der beiden Verstorbenen von den Plätzen. Hierauf verlas Genosse Baade die sich zur Aufnahme gemeldeten Mitglieder. Da Bescheinigungen nicht vorlagen, erfolgte ohne weiteres die Aufnahme in den Wahlverein.

Sodann gab Genosse Gerde den Bericht der Lokalkommission und Genosse Böseneder den Bibliotheksbericht. Die Neuwahl des Vorstandes ergab folgendes Resultat: erster Vorsitzender: P. Schmidt; zweiter Vorsitzender: M. Kleg; Kassierer: Emil Müller; Beisitzender: H. Baade; Schriftführer: Kelsmann. Revisoren sind die Genossen Rosenthal, Tatusch und Schnell. In die Lokalkommission wurden delegiert die Genossen Brill, Bartels und Schauerbrandt. Als Bezirksführer sind gewählt für den 1. Bezirk Genosse Richter; für den 2. Bezirk Genosse Wetzel; für 3. Bezirk Genosse Schröder; für 4. Bezirk Genosse Reinisch; für 5. Bezirk Genosse Gräfe; für 6. Bezirk Genosse Schmod; für den 7. Bezirk Genosse Hartel; für den 8. Bezirk Genosse Penck; für den 9. Bezirk Genosse Gabel; für den 10. Bezirk Genosse Biedt und für den 11. Bezirk Genosse Eder.

Zum dritten Punkt: „Unsere Stadtverordnetenwahl November 1905“ erklärte Genosse Baade, daß er sich entschieden dagegen wenden müsse, ein derartiges Thema auf die Tagesordnung zu setzen. Es wäre nicht zweckmäßig und unsere Gegner behandeln auch nicht alle interne Angelegenheiten in der Öffentlichkeit. Der Erfolg der Liberalen sei hauptsächlich ihren guten finanziellen Verhältnissen zuzuschreiben, sowie ihrer auch vor den gemeinsamen Mitteln nicht zurückweichenden lokalen Presse. Sodann verlas Genosse Baade den von der kombinierten Vorstandssitzung angenommenen im „Vorwärts“ sowie im Mitteilungsblatt von Groß-Berlin so viel Staub aufwirbelnden Antrag, der lautet:

„Der Vorstand soll mit den Vorständen der Wahlvereine von Niddorf und Schöneberg sich in Verbindung setzen, um eine gemeinsame Beratung zur Beseitigung der für die Vororte ungleichen Preisverhältnisse in die Wege zu leiten.“

Redner wies darauf hin, daß die Auffassung genannter Blätter nur durch die falsche Unterrichtung der Charlottenburger Gewerkschaftskommission entstanden sei. Zur gebräuchlichen Entwidlung der Parteiverhältnisse schlägt Genosse Baade folgende Resolution vor:

Die heutige Generalversammlung des sozialdemokratischen Wahlvereins Charlottenburg zieht aus dem Ausfall der letzten Stadtverordnetenwahlen folgende Lehren:

1. Der Ausbau der politischen Organisation ist noch energischer als bisher in die Hand zu nehmen.
2. Die sozialistische Propaganda in den Gewerkschaften ist von den gewerkschaftlich organisierten Parteigenossen unausgesetzt zu betreiben.
3. Die sozialdemokratische Stadtverordnetenfraktion wird aufgefördert, mit derselben Entschiedenheit wie bisher das unsoziale und undemokratische Verhalten des Charlottenburger Kommunal-Freiwirts zu brandmarken und dafür zu sorgen, daß die Forderungen der großen Mehrzahl der Charlottenburger Bürger, der Arbeiterklasse, an die Kommune mehr als bisher erfüllt werden.
4. Die Verbreitung der sozialistischen Presse und Literatur ist mit allen Kräften zu fördern. Der Gedanke, ein eigenes sozialdemokratisches Organ für Charlottenburg ins Leben zu rufen, wird abgelehnt, weil er mit den Interessen der Parteigenossen von Groß-Berlin in scharfem Widerspruch steht und die Voraussetzung zu seiner Verwirklichung fehlt; dagegen wird der Vorstand beauftragt, beim Zentralvorstand die Einberufung einer Konferenz von Vertretern der drei Städte Charlottenburg, Schöneberg und Niddorf zu beantragen, um eine Ausgestaltung der Vorortbeilage des „Vorwärts“ für diese drei Städte anzugehen. Für die Wahlzeiten wird an Stelle der Flugblätter die Herausgabe einer Wahlzeitung ins Auge gefaßt.

An der sich hieran anschließenden Diskussion beteiligten sich die Genossen Habicht, Wlo und Böttcher in sehr abfälliger Weise über den Ausfall der Stadtverordnetenwahl, während die Genossen Dr. Vorchardt, Waale und Rüdke die irrigen Behauptungen der ersten drei Redner richtig stellten und die Redner sowie die übrigen Parteigenossen ermahnten, nicht durch persönliche und gehässige Diskussion die Aufgaben der Partei zu durchkreuzen.

Die gut besuchte Versammlung wurde leider durch die langatmigen Ausführungen einzelner Diskussionsredner stark gelichtet und erst nach 1/2 Uhr erfolgte Schluß der Versammlung.

Der erste der vollständigen Vortragsabende, welche von der hiesigen Allgemeinen Ortskrankenkasse im Laufe dieses Winters veranstaltet werden, findet am Freitag, den 12. d. M., abends 8 1/2 Uhr, im Saale Rosenstr. 3 statt. Sprecher ist Herr Professor Max Michaelis über „Praktische Hilfestellungen bei plötzlichen inneren Erkrankungen“. Zu diesem Vortrage hat jedermann unentgeltlich Zutritt. Rauchen ist jedoch verboten und Getränke werden nicht verabreicht.

Steglitz.

Gegangen — worden? Der Gemeindeverordnete und Buchdruckermeister Scheufelein, der in den beiden letzten Gemeinderatssitzungen eine so unruhige Rolle spielte, veröffentlichte gestern im Hausbesitzerorgan ein „Eingeländt“, in welchem er feststellt, daß er jede kommunale Zusammengehörigkeit mit dem Mieterverein und seinen Vertretern im Roten Hause ablehne. Vermutlich wird er nun eine Fraktion für sich bilden, denn es ist nicht gut anzunehmen, daß ihn die Hausbesitzer in ihre Mitte aufnehmen werden, nachdem einer ihrer Vorträge — allerdings ebenfalls ein Renegat, denn auch er war früher Mietervereiner — in der letzten öffentlichen Gemeindevorversammlung erklärt hat, daß man Herrn Scheufelein nach dem Vorgefallenen nicht mehr ernst nehmen könne. Oder sollte nunmehr, nachdem der Tapfere angeblich selbst das Nichts zwischen sich und dem Mieterverein gerissen, der Wind aus einer anderen Richtung wehen? Der ganze Stil des Eingeländts und die Einschlebung einiger lateinischer Worte müssen bei demjenigen, der Personenkenntnis hat, den Eindruck hervorrufen, als ob Herr Sch. bereits „gefischt“ worden sei. Auch die Redaktion des Hausbesitzerorgans erteilt dem Linder von gestern heute bereits Absolution, indem sie ihm das Zeugnis ausstellt, daß er in der Sache Weinhausen „sehr freimütig Farbe bekant habe“, und sagt weiter: „er hat sich sehr wader geschlagen!“ — Wie doch manche Leute die Begriffe verwechseln! Der Gemeindeverordnete Fischer stellt in öffentlicher Sitzung seinen Kollegen Scheufelein als einen Menschen hin, der eine Auegerung abstreitet, die von verschiedenen Gemeindevorordneten gehört worden ist und auf Erfordern beschworen werden kann, und die Redaktion der „Stegl. Ztg.“ nennt das „Farbe bekennen“ und „sich tapfer schlagen!“

Wir konnten bei der Verhandlung der kitzlichen Sache nur bemerken, daß Herr Scheufelein die „Farbe gewaschen“ hat, denn er wurde abwechselnd rot und blaß; aber geschlagen oder gar „sehr wader geschlagen“ hat er sich bei dieser Gelegenheit nicht. — Daß Herr Scheufelein sein Mandat auch weiter ausüben will, stellt seiner Unverwundlichkeit ein gutes Zeugnis aus. Doch darüber mögen sich seine Wähler den Kopf zerbrechen — mit oder ohne „principio“.

Nieder-Schönebeide.

Der Wahlverein hielt am Sonntag, den 7. Januar seine Generalversammlung ab. Aus den Berichten des Vorstandes war zu ersehen, daß im vergangenen Quartal außer 5 Vorstandssitzungen drei Versammlungen, darunter eine öffentliche, stattfanden. An Einnahme waren 80,24 Mark zu verzeichnen, denen eine Ausgabe von 17,07 Mark gegenüberstand. Der Zentralkasse wurden 58,50 Mark überwiesen, so daß ein Bestand von 9,67 Mark an Orte verbleibt. Die Abonnenanzahl des „Vorwärts“ an Orte hat sich im verfloffenen Quartal um 20 Prozent vermehrt. Der Vorstand wurde durch die Wahl eines zweiten Vorsitzenden, eines Revisors und eines Beisitzers ergänzt. Die Delegierten der Generalversammlung des Kreises und der Versammlung von Groß-Berlin gaben dann ihre Berichte, an die sich eine Diskussion nicht anschloß.

Auch aus der Gemeindevorversammlung wurde der Bericht erstattet. Besonders hervorzuheben ist, daß der Gemeindevorsteher von Ober-Schönebeide anregte, ein Kaufmanns- und Gewerbegericht für Ober-Schönebeide und Umgegend einzurichten zu wollen und er bat zugleich darum, sich hierin dem Unternehmen anschließen zu wollen. Die Anregung ist eine ganz dankenswerte, aber sie wird schwerlich in die Tat umgesetzt werden, denn es würde dadurch leicht eine Einrichtung geschaffen werden, die dem Arbeiter zum Vorteil gereichen könnte. Unser Gemeindevorstand ist der Meinung, daß die Notwendigkeit einer solchen Einrichtung am Orte gar nicht vorhanden sei, an ihn sei man mit einem derartigen Vorschlag noch nicht herangetreten. Demgegenüber muß festgestellt werden, daß die Arbeiterschaft schon seit Jahren bemüht ist, den Herren durch Eingaben klarzumachen, wie schwer es ist, ohne Gewerbegericht zu seinem Recht zu gelangen; gleichzeitig wurde in jeder Eingabe der Wunsch ausgesprochen, daß man eine Angliederung an ein Gewerbegericht herbeisehne. Da im Frühjahr das Mandat eines unangehörigen Gemeindevorsetzers der dritten Wählerklasse erlischt, so gibt man sich der Hoffnung hin, daß aus der Neuwahl ein Arbeitervertreter hervorgehen werde, der auch bei derartigen Fragen den Herren, die in den Sitzungen nur immer mit dem Köpfchen nicken, den Standpunkt der dritten Wählerklasse energisch zum Bewußtsein bringen wird. Da bei den bisherigen Wahlen die Wahlzeit der dritten Klasse von 9—11 Uhr vormittags festgesetzt war, so wurde eine Resolution angenommen, die dahin geht, unverzüglich an die Gemeindevorsetzung eine Vorlage einzubringen, in der der Wunsch ausgesprochen wird, die Wahlzeit für die dritte Wählerklasse von 5 bis 8 Uhr abends festzusetzen, damit auch jeder Steuerzahler in die Lage versetzt wird, von seinem Wahlrecht Gebrauch zu machen. Weiter wurde beschlossen, in einer nochmaligen Eingabe an die Gemeindevorsetzung die Notwendigkeit der Angliederung an ein Gewerbegericht darzulegen. Genosse Grunow hielt sodann noch einen Vortrag, in dem er die für eine Wahl in Betracht kommenden Bestimmungen klärte. Der Vorsitzende gab noch bekannt, daß am 21. Januar eine öffentliche Versammlung am Orte stattfinden wird.

Ober-Schönebeide.

Wegen Bergchens gegen das Nahrungsmittelgeschäft hatte sich der Schlächter Theodor Drymota von hier vor dem Schöffengericht zu verantworten. Der Angeklagte, der wegen gleichartiger Vergehen schon häufig vorbestraft ist und in dem Verdacht steht, auch Pferdefleisch zu verarbeiten, hatte Glück. Seine auf dem Wochenmarkt in

Ober-Schönebeide am 23. September feilgehaltene Wurst wurde untersucht und festgestellt, daß in derselben Wehl verarbeitet war. Da eine Untersuchung auf Pferdefleisch unterlassen war, konnte ihm festgebachte Fälschung nicht zur Last gelegt werden und so kam er mit 20 M. Geldstrafe davon.

Johannisthal.

Klagen gegen einen Gemeindevorsteher. Krge Bertwächnisse zwischen dem Gemeindevorsteher und einem Teile der Ortsbewohner herrschen seit fast einem Jahre in Johannisthal. Die Weibereien haben jetzt dazu geführt, daß der Gemeindevorsteher Kober die Öffnung des Disziplinerverfahrens gegen sich selbst beantragt hat. Kober ist seinerzeit hauptsächlich auf die Bestätigung des Landrates v. Stubenrauch hin zum Vorsteher gewählt worden. Seine Amtszeit währt noch zwei Jahre, doch will er bereits im April d. J. eine Neuwahl ansetzen, um sich zu vergewissern, ob er auf eine Wiederwahl rechnen kann. Diese Hoffnung scheint indes trügerisch zu sein, wenigstens zählt er die Mehrzahl der Gemeindevorsteher zu seinen Gegnern. Wie weit die Vorwürfe und Beschuldigungen, die man gegen ihn erhebt, begründet sind, wird in verschiedenen Klagen, die augenblicklich die Gerichte beschäftigen, klargestellt werden. Vor allen Dingen aber beschuldigt man ihn, daß er es an der nötigen Kontrolle beim Bau der Kanalisation habe fehlen lassen.

Stralau.

Der sozialdemokratische Wahlverein hielt am Sonntag, den 7. Januar, seine Generalversammlung im Gursch'schen Lokal ab. Genosse Max Schütte erläuterte in einem 1 1/2 stündigen Vortrag die Ursachen der russischen Revolution und ihre Wirkungen. Durch reichen Beifall bezeugten die Anwesenden ihre Sympathien für die russischen Freiheitskämpfer. Sodann gab der Kassierer den Kassenbericht von 1905. Die Einnahme im Jahre 1905 betrug inklusive Kassenbestand vom 31. Dezember 1904: 1. Quartal: Einnahme 383,15 M., Ausgabe 166,10 M.; 2. Quartal: Einnahme 418,40 M., Ausgabe 98,50 M.; 3. Quartal: Einnahme 429,68 M., Ausgabe 175,42 M.; 4. Quartal: Einnahme 374,31 M., Ausgabe 100,68 M. Der Kassenbestand betrug am 31. Dezember 1905 274,25 M. Der Mitgliederstand beträgt 121. Die Mitglieder gehören folgenden Berufen an: Glasarbeiter 92, Restaurateurs 6, Maurer 4, Arbeiter 3, Buchdrucker, Schlosser und Tischler je 2, Handelsmann, Rentier, Bäcker, Bäcker, Agent, Kutscher, Kupfer, Korbmacher, Zimmerer, Lithograph je 1.

Nachdem der Vorsitzende die Anwesenden mit der Reorganisation von Groß-Berlin bekannt gemacht hatte und die Neuwahlen des gesamten örtlichen Vorstandes erledigt waren, forderte der Vorsitzende die Anwesenden noch auf, recht regen für die Partei zu werden.

Wilmerdsdorf.

Eine hartbedachte Versammlung der Maler tagte am 8. Januar im Kassenlokal, Uhländstr. 71 bei Ratusch, und beschäftigte sich mit der bevorstehenden Lohnbewegung. Das einleitende Referat hielt der Kollege Flemming-Charlottenburg. Redner präziserte nochmals unseren aufgestellten Lohnarif in eingehendster Weise und ging dann auf den von den Jungmännern Berlin und der Vororte uns präsentierten Tarif ein, den Redner lediglich als ein gutes Agitationsmittel für unsere bevorstehende Lohnbewegung bezeichnete. Hierauf entspann sich eine rege Diskussion, in der sich sämtliche Redner im Sinne des Referenten ausdrückten und zu einem regen Versammlungsbesuch aufforderten. Es folgte dann die Wahl des Bezirksleiters für Wilmerdsdorf, welche auf den Kollegen Köhler, Sigmaringenstr. 16 fiel. Unter Hinweis auf den Beschluß der letzten Versammlung der Verwaltung Berlin und der Vororte wurde bekanntgegeben, daß in jedem Bezirk die zweite Woche für Bezirksversammlungen bestimmt sei, demgemäß wurde als Versammlungstag der Montag festgelegt. In den Aktionsausführungen, welche dem von Charlottenburg zu wählenden angegliedert wird, werden die Kollegen Albrecht Schulz und Bernhard Heind gewählt. Vom Kollegen Richter, Mitglied des Gewerbegerichts, wurde ein kurzer Bericht vom verfloffenen Halbjahre gegeben. Er erwähnte, falls jemand eine Klage hätte, sich möglichst an den Obmann Glodding, Wilhelmstraße 100 zu wenden, da dieser in Streitigkeiten Anwalt erweise und kostenlos die Klage aufsehe. Auch wies er daraufhin, daß am 29. Januar in Charlottenburg die Gewerbegerichtsahlen stattfinden und sofern Wilmerdsdorfer Kollegen bei einem Charlottenburger Meister arbeiten, dieselben, auch die Pflicht hätten, sich an den Wahlen zu beteiligen. Zum Schluß wurde vom Bezirksleiter aufgefordert, sich Mann für Mann dem Wahlverein anzuschließen sowie auf die Arbeiterpresse, den „Vorwärts“ zu abonnieren. „Lokal-Anzeiger“, „Morgenpost“ und „Deutsches Blatt“ müßten aus dem Hause eines Arbeiters entfernt werden. Die nächste Versammlung findet am 12. Februar statt.

Teltow.

Am Sonntag entgleiste ein Wagen der Dampfstraßenbahn Groß-Lichterfelde—Stahnsdorf kurz vor dem Bahnhof Groß-Lichterfelde-Of. Der Wagen, der fahrplanmäßig 5³⁰ abends vom Bahnhof abfahren sollte, konnte deshalb erst 6³⁰ die Fahrt beginnen. Der Fahrgästen blieb nichts übrig, als den Weg zu Fuß nach Teltow und Stahnsdorf zu machen.

Erkner.

Am Sonntag, den 7. Januar, fand hier eine gut besuchte Volksversammlung statt, in der Gen. K o y l e (Berlin) über die bestehende Preiserhöhung referierte. In seinem circa zweistündigen Vortrage führte Redner den Anwesenden die gegenwärtige Preiserhöhung vor Augen. Reichen Beifall erntete Gen. Koyle für den sehr klar gehaltenen Vortrag. In der Diskussion sprachen sich mehrere Redner im Sinne des Referenten aus. Hierauf wurde folgende Resolution einstimmig angenommen: „Die am 7. Januar 1906 in Degebrödis Gesellschaftshaus Versammelten erblicken in der herrschenden Preiserhöhung eine schwere sittliche Gefahr für die Gesundheit und das Wohlergehen der arbeitenden Klasse. Sie fordern die Regierung auf, unbedingt die Grenzen für ausländisches Vieh zu öffnen. Die Versammlung protestiert, auf das energischste gegen die von der Regierung beliebte Agrarpolitik und verlangt, daß alle Lasten für den Militarismus und Maritimus auf die Schultern der leistungsfähigen Bevölkerung übertragen werden.“ Unter Verschiedenes wurde noch ausserfam gemacht, daß im März dieses Jahres die Gemeindevorsteherwahl stattfindet und sich jeder Arbeiter daran zu beteiligen habe. Es wurde auch eine Resolution dahingehend angenommen, daß die Wahlzeit von 8—8 Uhr nachmittags für die dritte Wählerklasse stattfinden möge, damit jedem Wahlberechtigten dieser Klasse Gelegenheit geboten ist, an der Wahl teilzunehmen. Auch wurde das eigenmächtige Handeln des Gemeindevorsetzers in Sachen des Postbaues

einer scharfen Kritik unterzogen. Nachdem noch darauf hingewiesen, daß am 21. Januar eine Protestversammlung gegen das Dreiflassenwahlrecht zum preussischen Landtag stattfindet und zum Abonnement des „Vorwärts“ aufgefordert worden war, erfolgte Schluß der gut besuchten Versammlung.

Potsdam.

Die zweite Sitzung der Potsdamer Stadtverordneten findet nach nur achtstündiger Pause bereits am kommenden Freitag statt. Das Hauptinteresse wird die Lehrerbeförderungsvorlage betreffen. In dieser Sitzung soll nämlich die vor Weihnachten verabschiedete und von der gesamten Lehrerschaft mit Spannung erwartete Verabschiedung der neuen Beförderungsvorlage vonstatten gehen. Die von einer gemischten Kommission unter Zustimmung des Magistrats umgeänderte Vorlage sieht eine Erhöhung des Grundgehalts für Lehrer und Mittelschullehrer um 100 Mark, für Direktoren, den Oberlehrer, den Leiter der vereinigten Volksschule und die Hauptlehrer um 250 M. vor. Den Lehrern an der Hülfschule soll die bisher gewährte widerrufliche Zulage von 150 M. auf 300 M. erhöht werden. Ebenso sind die Gehälter für Lehrerinnen entsprechend erhöht. Die sich hierdurch notwendig machende Mehrausgabe beträgt 31 500 M. jährlich. — Das sich durch die neue Beförderungsvorlage für die femininistisch gebildeten Lehrer und Lehrerinnen an den mittleren Schulen und der höheren Mädchenschule ergebende Grundgehalt beträgt 1350 resp. 1800 Mark. Wissenschaftliche Lehrerinnen und Lektoren erhalten 1060 M., technische Lehrerinnen 780 M. Zum Gehalt treten die Pensionsabzüge und Dienstalterszulage. — Für die Volksschullehrer und Lehrerinnen ist das gleiche Grundgehalt von 1350 M. resp. 1000 M. vorgesehen. Das Grundgehalt der Direktoren beträgt 2225 M. Zu allen Gehaltsstufen treten ebenfalls Wohnungsgeld und Alterszulagen. Die Gehaltsaufbesserung der Direktoren hat die Kommission davon abhängig gemacht, daß denselben künftig nicht mehr gefaßt werde, während der Schulzeit außerhalb (?) der Schule Nebenbeschäftigung zu treiben. — Die neue Beförderungsvorlage soll am 1. April 1906 in Kraft treten.

Berliner Nachrichten.

Von der Schuljungen-Flottenpende.

Die Einmahlung von Spenden zum Flottenbau beschränkt sich in Berlin nicht auf die eine Lehranstalt, aus der wir am Sonntag über diesen Anflug berichteten. Nach Mitteilungen, die uns inzwischen zugegangen sind, wird auch in anderen der höheren Lehranstalten Berlins (Realschulen, Realgymnasien, Gymnasien) der Klingelbeutel umhergereicht. Hiernach vermuten wir, daß die Sammelaktion allgemein betrieben werden soll. Das wäre aber nur möglich, wenn die höheren Instanzen der Schulverwaltung die Sache gebilligt haben und begünstigen. Das brandenburgische Provinzial-Schulkollegium stand früher solchen Geldsammlungen nicht sehr wohlwollend gegenüber, weil es der Ansicht war, daß sie „gar zu leicht den Charakter der Freiwilligkeit verlieren“. Doch über die Schuljungen-Flottenpende mag „oben“ anders gedacht werden, weil sie ja ein Geschenk zur silbernen Hochzeit des Kaisers werden soll. Da sind wir neugierig, ob man nicht auch noch zu den Gemeindefschulen hinaufsteigen und für Deutschlands Zukunft auf dem Wasser auch die Proletariatskinder mobil zu machen verstanden wird. Wir eruchen unsere Leser, uns sofort eine Mitteilung zukommen zu lassen, wenn der eine oder der andere aus irgend einer Gemeindefschule erfährt, daß dort für die Schuljungen-Flottenpende gesammelt wird. Die Einsender bitten wir, uns genau die Schule und die Klasse zu bezeichnen, in der gesammelt wird, und möglichst auch den Tag anzugeben, an dem dort die Sammelaktion begonnen hat.

108 000 Briefstempel in der Stunde. Eine neue Stempelmaschine von ungewöhnlich großer Leistungsfähigkeit ist kürzlich vom Staatssekretär Kraetz im Briefpostamt befestigt worden. Die Maschine ist von dem norwegischen Maschinenfabrikanten Krag konstruiert. Bei dem neuen Modell werden die zu stempelnden Briefe zwischen zwei rotierenden Rollen durchgeführt, deren eine einen fortlaufenden Stempelabdruck gibt, während die andere als Unterlage dient. Die neue Maschine, die wie alle neueren Stempelmaschinen elektrisch betrieben wird, bewegt sich so schnell, daß sie in der Minute 1800 Briefe stempeln soll. In der Stunde würden dies 108 000 Briefe sein, eine Auslieferung, wie sie kaum jemals an einem einzigen Postamt vorkommen wird. Die hier mit der Maschine gemachten Versuche ergeben Leistungen bis zu 1000 Stück in der Minute, was selbst für den größten Andrang ausreichen dürfte. Von dem älteren norwegischen Modell von Krag unterscheidet sich das neue durch ihre Aufstellvorrichtung für die gestempelten Briefe. Bei der älteren Maschine wurden die Briefe in eine Schnecke mit breiten Rändern getrieben, welche sie Stück für Stück gegen das Brett drückte. Die Wirkung der Schnecke reicht für die große Geschwindigkeit der Maschine nicht vor. Es ist deshalb eine Aufstellvorrichtung nach Art der Bilderschnecke angebracht. Beide norwegischen Maschinen haben sich bisher im Betriebe bestens bewährt. Sie sind nicht nur in Berlin und Hamburg, sondern auch bei verschiedenen ausländischen Postanstalten im Gebrauch.

Einen ersten Schwindel in neuer Auflage betreiben zwei Gauner, deren Tätigkeit um so gefährlicher ist, als sie hauptsächlich kleinere Geschäftskreise aufsuchen. Gestern mittags betrat ein etwa 30jähriger Mann das Gold- und Uhrenwarengeschäft von Häßler, Gollnowstraße 17, und forderte eine Damenuhr. Er ließ sich verschiedene wertvolle Uhren vorlegen, ohne sich jedoch für den Ankauf einer derselben zu entschließen. In diesem Augenblick erschien ein anscheinend dem Arbeiterstande angehöriger Mann, forderte eine Bedenke und verlangte schnelle Bedienung, weil er wenig Zeit hätte. Während sich nun Herr H. mit dem zweiten Käufer beschäftigte, erklärte der Erstere, daß er sich die Sache überlegt habe, auf einen Ankauf der Uhr vorläufig verzichte, und verließ den Laden. In demselben Moment hatte sich der zweite Käufer für eine billige Bedenke entschlossen, bezahlte dieselbe und entfernte sich ebenfalls. Gleich danach bemerkte dann H., daß er das Opfer eines Gaunerstreiches geworden, da gleichzeitig mit den beiden Gaunern auch eine wertvolle Taschenuhr verschwinden war. Die sofort vorgenommene Verfolgung der Schwindler blieb erfolglos.

Eine Aenderung in den Signalen der Automobile wird von den Vororten gewünscht. Als Grund dafür werden die Irritationen, welche durch die jetzigen Signale fortwährend für die Feuerwehren entstehen, angegeben. Die Warnungssignale der Automobile gleichen dem alarmähnlichen Tuten, welches die Wächter in den Vororten bei Ausbruch eines Feuers abgeben. Die Verwechslung, durch welche die Feuerwehren unnötigerweise zum Teil in der Nachtstunde auf die Weine gebracht werden, sind in letzter Zeit wieder so häufig vorgekommen, daß auf eine Beseitigung dieses Uebelstandes gedrungen wird. Man glaubt dies am besten dadurch herbeiführen zu können, daß den Autos ein anderes Signal vorgeschrieben wird.

Eine Bande von Schaulästen, Fahrrad-, Paletotdiebstahlern und Klingelstehlen macht der Polizeibehörde im Westen viel zu schaffen. Im Laufe der letzten Tage wurden allein in Charlottenburg nicht weniger als 35 Schaulästen, Boden-, Paletotdiebstahl und andere Einbrüche verübt. Aus einem Schaulasten am Hause Schlüterstr. 16 raubten die Langfinger zwei wertvolle Kerpelze, einen Strickan und Rufflanpelz. Bei einem Schaulasten diebstahl in der Kantstraße 4a fielen den Dieben ein Dutzend silberne Herrenketten, ein Dutzend Double-Damenuhrketten, sowie eine ganze Anzahl Ohrringe, Broschen, Manschettenknöpfe usw. zur Beute. In dem Zigarrenladen Gochstr. 21 wurden bei einem Einbruch große Quantitäten Zigarren und Zigaretten, sowie bares Geld gestohlen. Ebenso drangen Einbrecher in den letzten Nächten mit Erfolg

in ein Delikatengeschäft in der Giesebrechtstraße 5, in eine Südbrennhandlung Berlinerstraße 111, und in eine Wohnung des Hauses Schloßstraße 88 ein. Bodendiebstähle wurden ausgeführt in den Häusern Kurfürststraße 100, Anekebedstraße 36, Rosanenstraße 6 und Kaiser Friedrichstraße Nr. 88. Bei diesen Einbrüchen hatten es die Diebe hauptsächlich auf Wäsche und Kleidungsstücke abgesehen. Auch die Zahl der Fahrrad- und Paletotdiebstähle ist eine recht ansehnliche. Bei der Ausführung derselben gingen die einzelnen Mitglieder der Bande mit ungläubiger Dreistigkeit vor. Die Anwesenheit der Wohnungsinhaber hielt die gefährlichen Langfinger keineswegs davon ab, ihre unsauberen Pläne auszuführen.

Die Hausfahrungen nach alten Gewehren, die in Berlin aus Anlaß der in Posen und Grünberg i. Schl. entdeckten Affäre veranstaltet werden, dauern hier noch fort. Verbindungen mit dem Althändler Wehring in Posen wurden bisher in Berlin nicht entdeckt, umso mehr, wie bereits mitgeteilt wurde, mit dem Waffenhändler Loll in Grünberg. Dieser war nachweislich noch kurz vor seiner Verhaftung in Berlin. Bei dieser Gelegenheit verfuhr er auch, in den Besitz alter Gewehre zu kommen, er hatte aber damit keinen Erfolg. Dagegen kaufte er damals tausend alte Gewehre zur Ausfuhr nach dem überseeischen Ausland. Die Aufsicht über die Ausfuhr dieser Gewehre reicht bis zum Landungsplatz im Ausland. Die Absender, die den Nachweis einer Bestellung erbringen müssen, haben außerdem für jedes Gewehr eine Bürgschaft von 10 M. zu hinterlegen. Diese bekommen sie nur gegen eine Landungsbescheinigung zurück. Mit der Landung hört die Kontrolle auf, so daß die Gewehre sehr wohl zurückkommen könnten. Aber auch auf anderen Wegen als dem bereits angedeuteten sind alte Gewehre in den Handel gekommen. Bisher konnten Offiziere, Unteroffiziere und Militärbeamte die alten Gewehre zur Erinnerung als Zimmerschmuck usw. zurückhalten. Bei Todesfällen oder wenn der Besitzer ihrer überdrüssig wurde, kamen sie dann an die Zedler. Diese stellten sie ganz offen in ihren Schaufenstern aus. Erst jetzt haben sie die gefährlichen Waren daraus entfernt. In der letzten Zeit ist die Erlangung eines alten Gewehres auch für Militärpersonen schwieriger geworden. Vielfach läßt jetzt die Militärverwaltung die ausgeschiedenen Waffen zerlegen. Auch eine sehr große Zahl alter Patronen ist in den Handel gekommen, vielfach aber auch, wie die hiesigen Hausfahrungen ergeben haben, die Hülsen der neuesten Patronen mit dem Mantel, aber ohne Pulver und Geschloß. Die beschlagnahmten Sachen stellen ein ganzes Musterlager der Modelle dar.

Das Stelldichein. Eine liebevolle Mutter für ihre Kinder suchte durch Heiratsanzeigen ein Mann, der sich bald Herzog oder Hagen, bald Bauer oder Brauer usw. nannte. Junge Mädchen und Witwen, die bereit waren, diesen Posten zu besetzen, fand er auf jede Anzeige in Hülle und Fülle. Wenn er eine engere Wahl getroffen und die Auserkorenen näher kennen gelernt hatte, so brachte er zum Stelldichein hin und wieder auch eines seiner Kinder mit, um ihnen die neue Mutter zu zeigen. Die Mädchen oder Witwen gaben gern einen Teil ihrer Ersparnisse her. Sobald aber der Freier, der sich Postoffizient titulieren ließ, das Geld hatte, war es mit der Liebe aus. Er ließ sich nicht mehr sehen. Gestern folgte eine Gekretzte, die durch ihren Schaden noch nicht hingeworfen war, wieder einer Aufforderung zum Stelldichein und traf zum zweiten Male ihren „Assistenten“. Das Mädchen ließ den Schwindler verhaften. Er wurde als ein 23 Jahre alter Herrmann Reichle aus Rixdorf festgestellt. Der Verhaftete ist verheiratet und Vater mehrerer Kinder.

Beim Schlachten eines Streites lebendgefährlich verletzt wurde gestern am frühen Morgen der Straßenbahnfahrer Heinrich Fehr aus der Besselerstr. 11. Gegen zwei Uhr war vor einem Vierlokal an der Egel der Besseler- und Gutfahrtstraße zwischen mehreren Männern eine Schlägerei entstanden und F., welcher vom Dienste heimkehrend, vorüber kam, trat zwischen die Kämpfenden, um den Streit zu schlichten. Einer der Teilnehmer verstand dies jedoch falsch und schlug mit solcher Gewalt auf den Schädel ein, daß dieser mit gebrochenem Schädel bewußtlos zusammenbrach. Außerdem wurde dem Bedauernswerten das rechte Auge eingeschlagen. Er wurde nach der Unfallstation in der Gutfahrtstraße getragen und nach Anlegung von Notverbänden in die Königl. Klinik in der Fiegelstraße eingeliefert, wo er bedenklich darniederliegt. Der Täter, ein in Rixdorf gefürchteter Wessertrecker, versucht zu entfliehen; er wurde jedoch verfolgt und verhaftet.

Städte- und Feuerbestattung. Den Teilnehmern des Städte- und Feuerbestattungstages, welcher bekanntlich am Montag, den 15. Januar, in der Reichshauptstadt zusammentritt, wird eine interessante Belehrung geboten werden. Auf Antrag des Berliner Vereins für Feuerbestattung hat der Magistrat genehmigt, daß der städtische Verbrennungsofen für Leichenteile in der Distelmeierstraße in Tätigkeit vorgeführt wird. Die Erklärungen werden von sachverständiger Seite gegeben.

Vermißt wird seit dem 11. v. M. die unverheiratete Ella Wilmann, 18. 11. 88 in Berlin geboren. Dieselbe ist etwa 1,45 groß, unterseht, hat blonde Haare, breite Stirn, blonde Augenbrauen, blaue Augen, gesunde Zähne, rundes Gesicht, gesunde Gesichtsfarbe und war bekleidet mit blauem Rock, dunkelblauem Hut mit grünem Bande, weißer Wäsche, schwarzen Schnürstiefeln und Strümpfen. Im Nachricht zu 8044 IV. 37. 03 an die Kriminalpolizei oder ein Polizeirevier wird ersucht.

Der Komet Giacobini konnte am Morgen des 4. Januar auf der Urania-Sternwarte bereits als ein dem freien Auge sichtbareres Nebelfleck in der Helligkeit eines Sternes vierter Größe beobachtet werden. Der Schweif war noch sehr kurz und nur im Fernrohr sichtbar. Der Komet wird aber noch weiter stark an Helligkeit zunehmen und vor Sonnenaufgang in den nächsten Tagen am Südosthimmel eine auffallende Erscheinung sein. Die Urania-Sternwarte wird bei klarem Wetter in der nächsten Zeit von 6 1/2 Uhr früh zur Beobachtung des Kometen geöffnet sein.

Freie Hochschule Berlin. Das Direktorium der Freien Hochschule hat beschloffen, in diesem Quartal keine Vorlesungen zu veranstalten. Die Gründe für diesen Beschluß sollen später noch bekannt gegeben werden.

Gerichts-Zeitung.

Eine prinzipielle Frage, die das Verurteilungsrecht von Ärzten und Hebammen betrifft, wurde in einer Verhandlung vor dem Schwurgericht des Landgerichts I gegen die Hebamme Gröning und die Schneiderin Ratz wegen verübten Verbrechens gegen leibendes Leben angesprochen. Die Angeklagte R., die sich Rutter nannte, hatte die Hälfte der Frau G. zu verbroderischen Zwecken in Anspruch genommen und war in weiterer Folge in eine heftige Erkrankung verfallen. Eine zu Hilfe geholte Hebamme Dörbandt und Dr. Jacobi in Charlottenburg fragten die Patientin nach der Ursache des aufgetretenen Fiebers, Dr. J. mit der Versicherung, daß sie alles ruhig sagen könne, da er und die Hebamme zur Amtsverschwiegenheit verpflichtet wären. Im Vertrauen hierauf teilte die R. beiden die von der Angeklagten G. mit ihr vorgenommenen Manipulationen mit. Während Dr. J. Schweigen bewahrte, begab sich die D. zum Kreisarzt und meldete, daß die R. am Fieber erkrankt sei und erzählte auf dessen Verlangen den ganzen Sachverhalt, was nunmehr zur Anklage gegen die Gröning und die Ratz führte. Zum gestrigen Verhandlungstermin waren die Hebamme D. und Dr. J. als Zeugen und Sachverständige geladen; Rechtsanwält Dr. B. H. n. lehnte beide als Sachverständige wegen Befangenheit ab, indem er geltend machte, daß nach seiner Meinung das Verhalten beider nicht als korrekt angesehen werden könne, die D. aber geradezu § 300 Str.-G. B. verlegt habe. Es sei unnötig gewesen, die fieberkrante R., welche zunächst nur ihr eigenes Verschulden unter Versteilung der Angeklagten G. angegeben hatte, noch weiter ins Gebet zu nehmen; vollständig

überflüssig aber sei die Recherche der D. nach dem Entgelt gewesen, welches die Angeklagte G. für ihre Dienste erhalten habe. Jedenfalls habe die Hebamme D. ihre Amtsverschwiegenheit verlegt. Das Gericht ließ zwar Dr. J. und die D. als Sachverständige zu, hielt es aber doch für nötig, einen Obergutachter in der Person des Medizinrats Hoffmann hinzuzuziehen. In der Sache selbst wurde die G. wegen Verhütung von verübten Verbrechen gegen § 218 mit 9 Monaten, die R. zu 8 Wochen Gefängnis verurteilt. Frau G. wurde aus der Haft entlassen. Der Fall regt dazu an, die Frage der Amtsverschwiegenheit der Hebammen in Strafsachen dieser Art zur prinzipiellen Entscheidung zu bringen.

Ein kleiner Schumannsongreß entwickelte sich gestern in und vor dem Zimmer 55 des Kriminalgerichtsgebäudes. Nicht weniger als 61 Schutzleute waren in einer Strafsache gegen den Schumann Schwie man n wegen Erregung öffentlichen Unvermögens durch unzüchtige Handlungen als Zeugen vor die 7. Strafkammer des Landgerichts I geladen worden. Zwei junge Mädchen, die am 7. Januar v. J. abends durch die Bellevue-Allee gingen, wurden durch einen Schumann kurz hintereinander belästigt, der aus dem Gebüsch in der Nähe des Kleinen Sterns hervor- und in unanständig entblößtem Zustande den Mädchen entgegentrat. Diese brühten sofort ihre Entrüstung aus und riefen dem Unholde zu, daß sie die Sache nicht sieden lassen würden. Sie erlitten einige Tage darauf Beschwerde bei dem Reviervorstande und dieser hatte schon nach der von den Mädchen gegebenen Personalbeschreibung die Ueberzeugung, daß nur der Angeklagte der Frevler sein konnte. Bei der Gegenüberstellung erkannten ihn die Mädchen auch mit großer Bestimmtheit wieder, in welcher sie auf die vielen Einwendungen des Angeklagten hin vorübergehend etwas störanfend zu werden schienen. Der Angeklagte hat in dem vorhergehenden Verhandlungstermin seine Täterschaft unter Hinweis auf die Eintragungen in seinem Postenbuch beharrlich bestritten und nachzuweisen versucht, daß er das Opfer einer Personenverwechslung geworden und es leicht möglich sei, daß ein Schumann aus einem der benachbarten Reviere in Frage komme. Auf Antrag des Rechtsanwalts Bahn waren daher zum gestrigen Termin 61 Schutzleute geladen und wurden den beiden Mädchen gegenüber gestellt. Diese verneinten bei jedem einzelnen die Identität mit dem Täter und blieben dabei, daß der Angeklagte der Mann sei, der sie in so unflätiger Weise belästigt habe. Da Zweifel an dessen geistiger Gesundheit geltend gemacht worden waren, so war zur gestrigen Verhandlung, die unter Ausschluß der Öffentlichkeit stattfand, auch Medizinrat Dr. Hoffmann als Sachverständiger geladen. Nach dessen Gutachten liegen Momente, nach welchen die geistige Gesundheit des Angeklagten zweifelhaft erscheinen könnte, nicht vor. Der Gerichtshof hielt nach den Ergebnissen der Beweisaufnahme die Schuld des Angeklagten in objektiver wie subjektiver Beziehung für dargetan. Dem Gerichtshof erschien es absolut nicht zweifelhaft, daß der Angeklagte in Wirklichkeit der Täter gewesen ist. Der Angeklagte wurde daher zu vier Monaten Gefängnis und drei Jahren Ehrverlust verurteilt. Der Staatsanwalt hatte sechs Monate Gefängnis beantragt.

Vermischtes.

Gegen vierzehn Polen ist wegen der Ermordung der Familie Sollwedel in Kläden Anklage erhoben worden. Von der Familie sind die Ehefrau und mehrere Kinder an den erhaltenen Verletzungen gestorben. Der Ehemann und die übrigen Kinder sind zum Teil lebensgefährlich verletzt worden. Als Täter kommen zwei Brüder T. in Betracht, die übrigen zwölf sind der Mitschuld und Begünstigung dringend verdächtig.

Handwerksburschen-Übersiedelung. In einer Gastwirtschaft zu Schwedenstedt stellten sich vor einigen Tagen zwei Handwerksburschen ein, von denen der eine wegen schwerer Erkrankung außerlande war, weiter zu wandern. Er hatte einen arg zerfetzten Kopf und erklärte, er sei zu Neujahr von mehreren Mitwanderern in einem Streit schwer mißhandelt worden. Bald nach seiner Ankunft starb der Unglückliche, dem man im Stalle Unterkunft gewährt hatte. Sein Begleiter, der bis zuletzt bei ihm geblieben war, wurde verhaftet, da man vermutet, daß er an den Mißhandlungen seines Kollegen beteiligt gewesen ist.

Berliner Marktpreise. Aus dem amtlichen Bericht der städtischen Marktschaffens-Direktion. Rindfleisch Ia 64-68 pr. 100 Pfund, IIa 56-64, IIIa 50-55, IVa 40-48. Kalbfleisch Ia 88-95, IIa 74-85, IIIa 60-72. Hammelfleisch Ia 61-74, IIa 52-62. Schweinefleisch 74-78. Rotwild Hund 40-48 Pf. Hosen Stüd 2,90-3,20, mittel 2,00-2,80. Kaninchen Stüd 0,75-0,90. Hühner pro Stüd, alte 1,10-1,55, junge Ia 0,80-1,30, do. IIa 0,60-0,90. Tauben, junge 0,50-0,72, alte 0,50. Enten junge 1,80-2,40. Gänse pro Stüd Ia 0,00-0,60, IIa 0,00-0,60, pro Stüd Ia 0,65-0,70, IIa 0,00-0,60. Schellfische 12-19 Pf. Runder 23 Pf. pro 100 Pf. Dichte 93-97 Pf. Schlei, mittel 60-60 Pf. Uale, 20 Pf. 0,00, mittel 102-108, klein 0,00, Wüden 00-00 Pf. Karpfen umf. 00 Pf. Laich 00,00. Schottische Vollerlinge (gefalzen) 36-38 Pf. Eier, Schod 5,00. Butter pro 100 Pfund Ia 117-120, IIa 114-117, IIIa 110-114, abfallende 00-00. Kartoffeln pr. 100 Pf. rote 2,00-2,20, Rolen 0,00-0,00. Mehl 0,00-0,00, runde weisse 1,80-2,00. Weizenmehl pr. Schod 7,00-12,00, Weiztobl 7,00-10,00, Rogtobl 6,00-10,00, holl. 14-17 Pf. Saure Gurken, Schod 2,00 Pf., Pfeffergurken 2,00 Pf.

Wetter-Prognose für Donnerstag, den 11. Januar 1906. Mild und teilweise heiter, aber sehr veränderlich mit Regenfällen und lebhaften südwestlichen Winden. Berliner Wetterbureau.

Wasserstand am 9. Januar. Elbe bei Ruffig +1,09 Meter, bei Dresden - 0,58 Meter, bei Regdeburg +1,62 Meter. — Unstrut bei Straußfurt +1,70 Meter. — Oder bei Rathow +1,71 Meter, bei Breslau Oberpegel +5,00 Meter, bei Breslau Unterpegel - 0,94 Meter, bei Frankfurt +1,51 Meter. — Weichsel bei Brahmünde +2,34 Meter. — Warthe bei Posen + 0,74 Meter. — Reye bei Ull - - Meter.

Eduard Möller 307V*
Hüte, Mützen, Pelzwaren
Rixdorf, Bergstr. 24.

Leih-Haus 306V*
Charlottenburg,
Friedrich-Straße 12,
Berlin, Antikamer-Strasse 2.
Besehung von Brillanten, Gold- und
Silberachen, Uhren, Wähern, Wädel,
Kleidungsstücken etc.
**Altestes konz.
Leihhaus**
Charlottenburg,
Wilmersdorferstr. 40 I.
Hohe Besehung. Diskr. Sprechzimmer

Emil Hoegner
Grunewaldstraße 108.
Wäsche-, Weiß-, Woll- und Manufakturwaren.
Vorgezeichnete und fertige Handarbeiten.
Herren-Artikel.
Mitglied von 8 Rabatt- u. Sparvereinen. 268V*